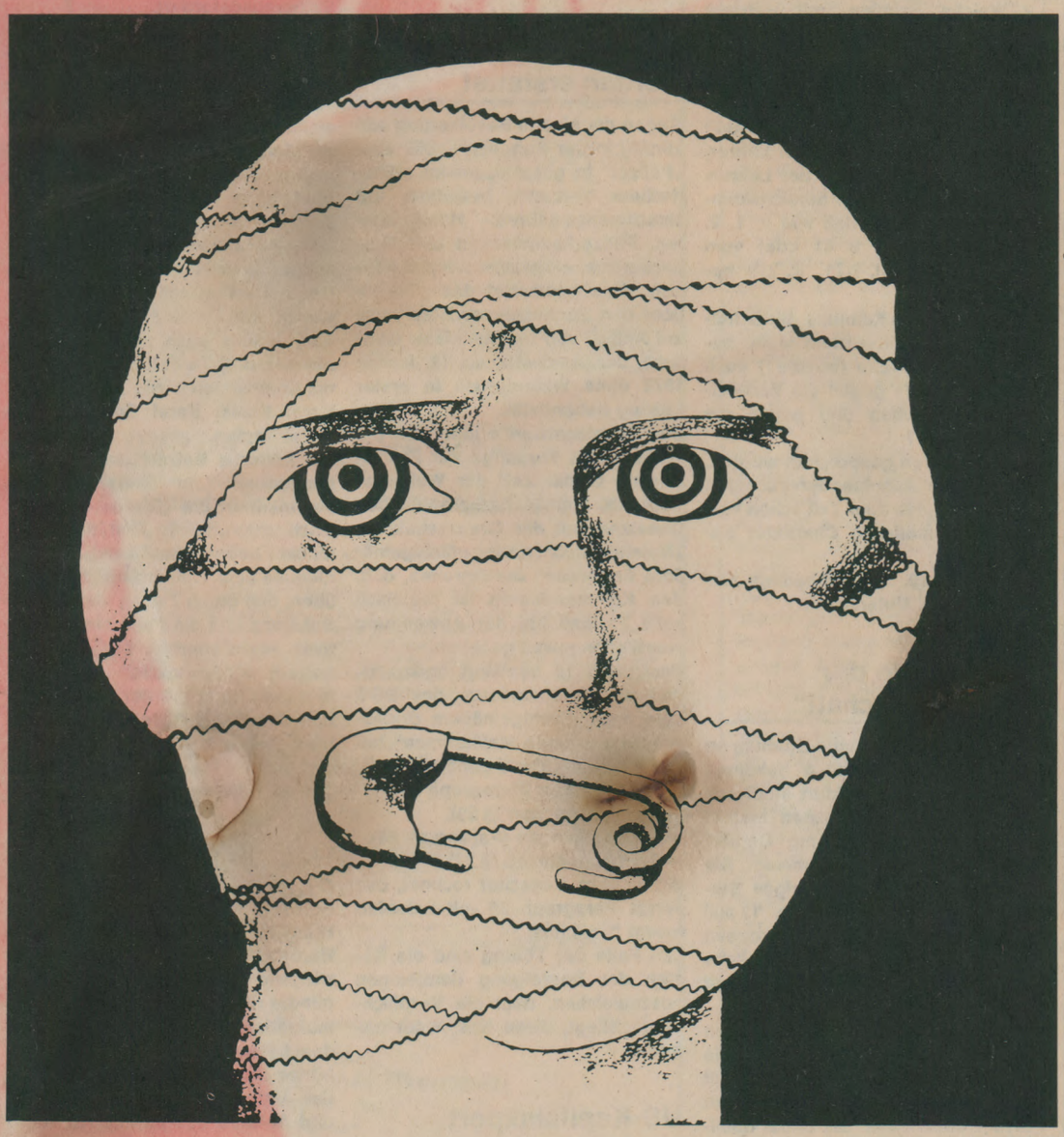
D 20930 E

# links

## Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 32
April '72 DM 1,20



# Wider das Berufsverbot

## Aufruf zur Gegenkampagne

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in der Bundesrepublik auf kaltem Wege unterhalb und außerhalb des Verfassungsrechts administrative Maßnahmen praktiziert oder vorbereitet werden, die im Effekt auf ein neues Sozialistengesetz hinauslaufen. Von der Weigerung des Bremer Senats, das DKP-Mitglied Prof. Horst Holzer zum Beamten zu ernennen, über die gemeinsamen Beschlüsse der Ministerpräsidenten der Länder über „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst", bis zur Ausweisung des marxistischen Theoretikers und Trotzkisten Ernest Mandel durch den Bundesinnenminister werden in immer massiverer Form Repressalien gegen die Vertreter radikaldemokratischer und sozialistischer Auffassungen angewandt. Das Argument, die Bundesrepublik müsse sich gegen „Radikale von rechts und links" zur Wehr setzen,

FORTSETZUNG SEITE 3

## In dieser Ausgabe:

Brief an Genscher zum Berufsverbot 3
Angela Davis-Solidaritätskongress 5

**Kommentare**
Andreas Buro: Besuch in Peking 6
V. S. Josselsohn: Persienreise 7
Kirsten Schäfer: KPF und 'Linksradikalismus' 8
Ekkehart Krippendorff: Hilfe für italienische Genossen 9
Gert Schäfer: Reaktionen zum 'Fall Mandel' 10
Leo Kofler 65 Jahre 11

**Sozialismus**
Hansgeorg Conert: Wohin treibt Jugoslawien? 12

**International**
Hanegbi, Machover, Orr: Klassencharakter der israelischen Gesellschaft (Schluß) 15

**Diskussion**
Willi Michel: Veränderung an der Basis 18

**Zuschriften**
Ansatzpunkte, LSD 20

**Organisationen**
Trikont-Verlag 21
VDS-Mitgliederversammlung 22

**Linker Digest**
Ernest Mandel: Zur Krise der kommunistischen Weltbewegung 23

# links

## Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein – ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

**Redaktion „links"**

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,–) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

**Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro**
**605 Offenbach 4, Postf. 591**
**PSK: Frankfurt/M. 2956 80**

# Informationen

## Wehrertüchtigung

Der Regierungspräsident in Hildesheim „an alle Realschulen in Peine Süd:

Betr.: Verteidigungsfragen in niedersächsischen Schulen

1. Haben Klassen Ihrer Schule an der Selbstschutzgrundausbildung des ‚Bundesverbandes für den Selbstschutz' teilgenommen?
2. Welche Schulen, mit welchen Klassen – Anzahl der Schüler – waren beteiligt?
3. Wurden die Bestimmungen des Erlasses KM v. 14. 3. 1968 IZ–162/2/2 SVBl. S. 102, Heft 4/68 beachtet?
4. Namentliche Meldung der Lehrer, die eine Veranstaltung der Lehrerseminare des Wehrbereichskommandos II gem. Erlaß KM v. 1. 2. 1971 SVBl. 2/71, S. 41 oder vom 16. 6. 1971 SVBl. 7/71, S. 218 besucht haben.
5. Agieren nach Kenntnis des Schulleiters in zunehmendem Maße bestimmte Lehrkräfte (welche?) auch in Ihrer Schule gegen die Verteidigungsbereitschaft und gegen die Bundeswehr?
6. Kann davon gesprochen werden, daß solche Auseinandersetzungen in den Schulen zum Teil schon verfassungsfeindlichen Charakter tragen?

Termin: 4. 10. 1971 (unbedingt einhalten). gez. Unterschrift."

## Hochschule der „Privatwirtschaft"

Das Betriebswirtschafts-Studium an deutschen Universitäten bekommt Konkurrenz. In Frankfurt studieren derzeit am „Europäischen Institut für Unternehmensführung GmbH" 28 Schüler im ersten Semester. Sie bezahlen für ein vierjähriges Studium von acht Semestern 12 400 Mark. Unter dem Namen „European Business School" gibt es ähnliche Institute seit 1967 in Paris und seit 1969 in London.

Dr. Klaus Evard, Direktor des neuen Instituts, hat folgende Ziele: „Die European Business School schließt eine Lücke, die alle Universitäten bisher offenließen: Sie bildet qualifizierten, praxisreifen Führungsnachwuchs für multinationale Unternehmen aus."

## Eisen- und Stahlindustrie – Alternative zum Hochschulstudium

Nach einem neuen Programm der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie werden Abiturienten vom Sommer dieses Jahres an die Chance haben, ohne Studium an einer Hochschule die Voraussetzungen für leitende Positionen zu erwerben. Es ist eine zweieinhalbjährige Ausbildung entwickelt worden, die in eine theoretische und eine praktische Phase eingeteilt ist. Die Teilnehmer praktizieren jeweils 1 bis 5 Monate in den wichtigsten Abteilungen der Mitgliedswerke der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie. Vor dem jeweiligen Praktikum liegt ein Vollzeitunterricht in der Fortbildungsstätte der Wirtschaftsvereinigung in Duisburg. Die neue Alternative zum Hochschulstudium soll zunächst 30 Abiturienten gegeben werden. Sie werden eine monatliche Vergütung von 500 DM im ersten Ausbildungsjahr, von 600 DM im zweiten und von 700 DM im dritten Jahr erhalten.

## Begräbniskosten werden erstattet

Gegen die eigene Bevölkerung soll künftig in der Bundesrepublik eine „Polizei" in geschlossenem militärischem Verband, bewaffnet mit Maschinengewehren, Handgranaten, Panzerkampfwagen und Granatwerfern, eingesetzt werden können. Dies beinhaltet das „Gesetz über den Bundesgrenzschutz", das auf Antrag von Innenminister Genscher der Bundestag am 19. Januar 1972 ohne Widerspruch in erster Lesung behandelte.

Der Gesetzentwurf erinnert an die schlimmsten Vorgänge der Faschisierung in der Zeit der Weimarer Republik. Gemäß Paragraph 3 des Gesetzes soll der Grenzschutz im „Notstandsfall" nach „pflichtgemäßem Ermessen" durchgreifen, d. h. den Kommandeuren ist praktisch volle Freiheit bei der Anwendung von Waffengewalt gegeben.

Paragraph 10 bestätigt nochmals, daß die Kommandeure des BGS „die nach pflichtgemäßem Ermessen notwendigen Maßnahmen" befehlen dürfen. Dazu gehören

- Verhaftungen (Paragraph 20),
- Durchsuchungen (§ 23),
- Haussuchungen (Paragraph 25),
- Beschlagnahmen (§ 27).

Womit Herr Genscher rechnet, das verrät Paragraph 36 mit beispiellosem Zynismus:

„Im Falle der Tötung sind die Kosten der Beerdigung demjenigen auszugleichen, dem die Verpflichtung obliegt, diese Kosten zu tragen."

## US-Kapitalexport geht weiter

Das amerikanische Handelsministerium hat in einer Studie eine Verstärkung der amerikanischen Auslandsinvestitionen befürwortet. Nach einer Mitteilung der amerikanischen Vertretung bei der EWG in Brüssel heißt es hierzu: auf lange Sicht könne die Zahlungsbilanz der USA auf diese Weise entlastet werden. Der Hintergrund für diese Auffassung liegt darin, daß 1970 mit 7,9 Milliarden Doller Kapitalrückfluß fast doppelt so viel Kapital aus amerikanischen Zweigfirmen im Ausland in die USA zurückkehrte, als die USA im Ausland selbst anlegten (4,1 Milliarden). Dagegen waren die ausländischen Investitionen in den USA im gleichen Jahr um 470 Millionen Dollar höher als der entsprechende Kapitalrückfluß. Verständlich, daß unter diesen Voraussetzungen selbst bei negativer Zahlungsbilanz weitsichtige Vertreter des US-Kapitals gegen jede Verminderung von Auslandsinvestitionen auftreten.

## KPI kritisiert Politik in der CSSR

Die jüngsten Vorgänge in der Tschechoslowakei haben die italienischen Kommunisten zu neuer Kritik herausgefordert.

In der Februar-Ausgabe des kommunistischen Wochenblattes „Rinàscita" wird die Frage aufgeworfen, ob in Prag die Rückkehr zu den stalinistischen Methoden der Strafverfolgung innerparteilicher Kritiker geplant sei. Bisher, so schreibt das Blatt, habe man den abgesetzten Parteisekretär Dubcek und seine Gefolgsleute aus der Gesellschaft ausgeschlossen und gedemütigt. Das sei schon schlimm genug gewesen. Jetzt höre man jedoch darüber hinaus auch noch von Festnahmen und Verhaftungen bewährter Kommunisten wie Milan Huebl, Karel Kosik, Karel Bartosek und Karel Kaplan.

Die kritische Betrachtung der Vergangenheit und Gegenwart, so kommentiert die „Rinàscita" diese Nachrichten, lehre, „daß die an der Macht befindliche Arbeiterklasse niemals eine Willkürherrschaft ausüben, daß durch Zwang niemals die Substanz und die Form einer effektiven sozialistischen Legalität veruntreut werden dürfe". Besonders in einem Land mit der Vergangenheit der CSSR dürfe die revolutionäre Disziplin nicht dazu dienen, die andere Meinung zum Schweigen zu bringen.

## Neue politische Prozesse in Portugal

Hunderte Oppositioneller sind im Herbst 1971 verhaftet worden, vorwiegend Gewerkschaftler und Mitglieder der „Bewegung für eine demokratische Opposition" MOD. Zu den bekanntesten Verhafteten gehörten Daniel Cabrita (Vorsitzender der Union der Bankangestellten) und Antonio dos Santos (Generalsekretär der Journalistenunion). Am 25. Januar nun begannen die Prozesse gegen Daniel Cabrita und 3 Mitangeklagte. Die Lage der Gefangenen ist gekennzeichnet durch Mißhandlungen (lange Zeit totales Schlafverbot und Schläge); verschiedene Gefangene durften nicht mit ihren Rechtsanwälten sprechen. Trotzdem wird der Versuch aufrechterhalten, die Prozesse als „öffentlich" zu deklarieren. Aber die Praxis sieht so aus, daß der Gerichtssaal fast nur mit Männern der DGS (Portugiesische Geheimpolizei) besetzt ist.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

# Aufruf zur Gegenkampagne

erweist sich dabei als bloße Schutzbehauptung, weil das sprunghafte Ansteigen neofaschistischer Propagandaerfolge im Falle der NPD seinerzeit derartige Maßnahmen der staatlichen Organe keineswegs zur Folge hatte.

Ganz eindeutig richtet sich die Kampagne gegen „Radikale im öffentlichen Dienst" nicht gegen rechts, sondern gegen links. Dabei geht es nicht um den Schutz des Grundgesetzes und der Grundrechte, sondern vielmehr darum, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte auszuhöhlen, um durchaus verfassungsgemäße Progressivität an ihrer Entfaltung zu hindern und vor allem Angehörige der nachwachsenden Generation einer radikaldemokratischen sozialistischen Bewegung einzuschüchtern bzw. aus beruflichen oder politischen Funktionen herauszuhalten oder zu verdrängen.

Der Begriff der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird von den Veranlassern dieser neuen Sozialistenverfolgung auf verfassungswidrige Weise in ein Bekenntnis zum kapitalistischen Wirtschaftssystem umgefälscht. „Verfassungstreue" wird uminterpretiert in ein Bekenntnis zu gegenwärtigen ökonomischen und politischen Realitäten, die vom Grundgesetz her keineswegs als unabänderlich geschützt sind. Das durchaus mit dem Grundgesetz zu vereinbarende und in Artikel 15 ausdrücklich legitimierte Eintreten für sozialistische Zielsetzungen soll damit illegalisiert werden. Durch eine rechtlich nicht definierte Verwendung des Begriffs „Verfassungsfeindlichkeit" werden dabei die Vorschriften der Artikel 18 und 21 des Grundgesetzes, wonach nur das Bundesverfassungsgericht die Verwirkung von Grundrechten oder die Verfassungswidrigkeit von Parteien feststellen kann, umgangen und die Artikel 3 GG (wonach niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden darf), Artikel 5 GG (der die Freiheit von Lehre und Forschung garantiert) und Artikel 33 GG (der den gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern gewährleistet) praktisch außer Kraft gesetzt.

Der Begriff von „Radikalität", der sich jeder exakten inhaltlichen Bestimmung entzieht, nimmt auf rechtsstaatliche Prinzipien keine Rücksicht mehr, wird zum Instrument der politischen Abschreckung und der Erzwingung von Wohlverhalten im Interesse ökonomisch-politischer Herrschaft. Die neue Sozialistenverfolgung knüpft dabei an überkommene Haßgefühle gegen alles was links ist an, die in Deutschland eine blutige Tradition haben; sie bedient sich jenes Ressentiments gegen „Radikalität", das aus dem historischen Defizit an demokratischer Radikalität gerade in Deutschland resultiert.

Gegenüber dieser Sozialistenverfolgung stellen wir fest: Wer die zur Zeit in der Bundesrepublik herrschende Wirtschaftsordnung als die einzig legale und demokratisch legitime hinstellt, denkt, spricht oder schreibt selbst verfassungswidrig. Das Grundgesetz der Bundesrepublik hat die Möglichkeit einer verfassungsmäßigen Transformation der Wirtschaftsordnung in ein sozialistisches System sehr wohl und ausdrücklich offengehalten, und eben diese verfassungsmäßige Chance einer demokratischen Veränderung des Wirtschaftssystems gehört zu dem im Grundgesetz als unabänderlich erklärten und damit geschützten Kernbestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die neue Sozialistenverfolgung zielt darauf ab, die Chance einer demokratischen antikapitalistischen Bewegung, die im Verfassungstext geschützt ist, in der Verfassungswirklichkeit zunichte zu machen. Dieser Politik des Verfassungsbruchs muß jeder Demokrat entgegentreten.

Wir fordern:

Aufhebung der „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst"!

Kein Berufsverbot, keine beruflichen Nachteile für Sozialisten und Kommunisten im öffentlichen Dienst!

Ungehinderte Lehrtätigkeit auch für Marxisten an den deutschen Hochschulen!

Aufhebung des Einreiseverbots gegen Ernest Mandel!

Erstunterzeichner: Heiner Bremer, Dr. Andreas Buro, Prof. Helmut Fleischer, Heiner Halberstadt, Prof. Arno Klönne, Dr. Alexander Kluge, Prof. Oskar Negt, Sybille Plogstedt, Gert Schäfer, Dr. Eberhard Schmidt, Dr. Herbert Stubenrauch, Klaus Vack, Prof. Michael Vester, Karsten D. Voigt.

Zu dieser Erklärung wurden innerhalb weniger Tage über 300 Zustimmungserklärungen, insbesondere von Wissenschaftlern und Pädagogen, abgegeben, darunter u. a. Prof. Wolfgang Abendroth, Dr. Frank Deppe, Prof. Ossip K. Flechtheim, Prof. Helmut Gollwitzer, Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Prof. Heinz-Joachim Heydorn, Juso-Bundesvorsitzender Wolfgang Roth, MdBü Gerhard Weber.

## Materialien zum Berufsverbot

**1) Diese Erklärung steht mit Unterschriftenlisten zur Verfügung. 10 Listen kosten 50 Pfennig.**

**2) Es gibt die Erklärung als Wandzeitung mit dem Motiv dieser „links"-Titelseite. Format der Wandzeitung DIN A 2. 10 Stück kosten DM 1,—.**

**3) Weiterhin gibt es in der „Reihe Roter Pauker" die Broschüre „Materialien zum Berufsverbot". Preis DM 4,—, bei Abnahme von mindestens 10 Stück je Exemplar DM 3,50.**

**Bezug gegen Voraus-Rechnung über Sozialistisches Büro 605 Offenbach 4, Postfach 591**

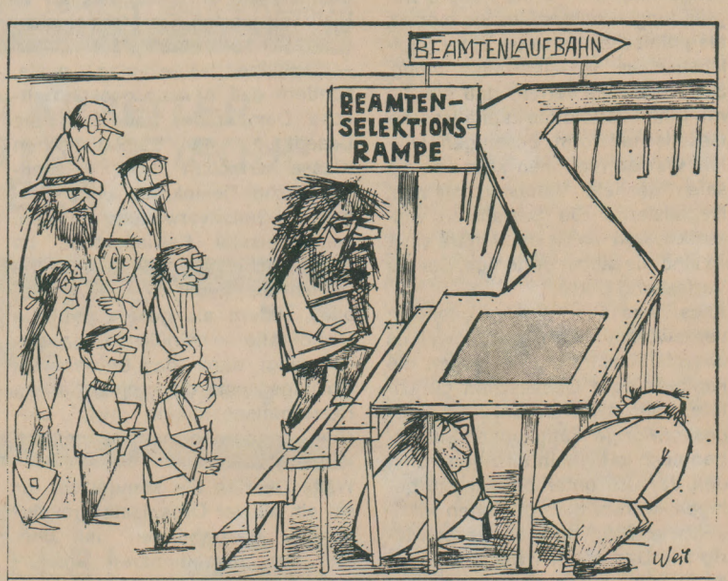
# Offener Brief an Innenminister Genscher

Sie haben es als notwendig erachtet, den Marxisten Ernest Mandel aus der Bundesrepublik abschieben zu lassen. Die öffentliche, wenn auch unhaltbare Begründung dieses staatlichen Willküraktes behauptet, daß Mandel sozialistischer Revolutionär und deshalb als Verfassungsfeind anzusehen sei. Ein konkreter Verstoß gegen geltendes Recht wurde Mandel nicht nachgewiesen, ja nicht einmal vorgeworfen. Obwohl uns bekannt ist, daß es den bestehenden Ausländergesetzen zufolge durchaus in Ihrer Willkür steht, mißliebigen Ausländern die Einreise in die Bundesrepublik zu verweigern, erscheint uns die öffentliche Begründung dieses Willküraktes als so bedeutsam, daß wir uns in einem offenen Brief gegen ihn wenden.

Die politische und inhaltliche Bedeutung Ihres Schrittes beleuchtet unseres Erachtens nicht allein das unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten fragwürdige gegenwärtige Ausländerrecht, sondern darüber hinaus den verfassungswidrigen politischen Versuch, sozialistische Tätigkeit schlechthin als verfassungsfeindlich, antidemokratisch und letztlich kriminell hinzustellen. Gewiß ist es uns nichts Neues, daß auch im wirtschaftlich und zunehmend politisch integrierten Raum der EWG zwar Freizügigkeit für Kapital gilt, Freizügigkeit für Personen, Ideen und Meinungen jedoch nur solange, wie es den jeweiligen staatlichen Machthabern gefällt. Wir halten diesen Willkürakt auch nicht nur deshalb für zutiefst beschämend, weil er einen Mann traf, der durch sein Leben wie wenig andere bewiesen hat, daß ihm Demokratie nicht bloß eine politische Formalität ist, und der schon einmal aus seiner Heimatstadt Frankfurt am Main vertrieben, als Jude und Sozialist in deutsche Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen und erst im April 1945 befreit wurde. In einem Land, in dem vollendete ‚Großzügigkeit' gegen Faschisten, einschließlich der Massenmörder, geübt wird, und in dem die Steigbügelhalter und gesellschaftlichen Verbündeten des deutschen Faschismus sich fast vollzählig wieder in dem ökonomischen, administrativen und publizistischen Machtapparat etablierten, ist der ‚Fall' Mandel mehr als ein unwichtiges Symptom; er ist ein politisches Fanal.

Hier wurde an einem Ausländer ein Exempel statuiert, das den Sozialisten in der Bundesrepublik insgesamt gilt. Wir halten es für einen eklatanten Bruch zentraler grundgesetzlicher Bestimmungen, für eine äußerst gefährliche, politisch betriebene Aushöhlung der grundgesetzlichen Verbürgungen, wie sie Art. 15 und 20 GG beinhalten, sozialistische Tätigkeit, die in der Tat umfassende gesellschaftliche Veränderung zum Ziel hat, als verfassungswidrig oder verfassungsfeindlich hinzustellen. Denn diese Behauptung war der Inhalt sowohl Ihrer öffentlichen Begründung als auch der meisten Pressekommentare zum ‚Fall' Mandel, der in Wahrheit ein Fall der fortschreitenden Uminterpretation, das heißt der politischen Revision des Grundgesetzes in ein antisozialistisches Verfassungsdokument ist. Mandel konnten Sie, da er ein Ausländer ist, ohne weiteres abschieben. Sozialisten in der Bundesrepublik müßten Sie, wollten Sie dieselben Maßstäbe anwenden, wie es sich in der Weimarer Republik schmählich bewährt hat, in ‚Präventivhaft' nehmen.

Sie rufen öffentlich den Eindruck hervor (und fast alle Publikationsorgane festigen und verstärken diesen eklatanten Verstoß gegen Inhalt und Text des Grundgesetzes), daß eine sozialistische Umwälzung der Gesellschaft, die notwendig eine revolutionäre gesell-




‚Klappe auf, ein Radikaler kommt!" Zeichnung: Weil

schaftliche Veränderung ist – da wir heute in einer kapitalistischen Gesellschaft leben – gegen die Verfassung verstoße, verfassungsfeindliche Tätigkeit sei. Sie wissen vermutlich selbst, daß dieser mit allen Mitteln erweckte Anschein nichts weiter als ein Trick ist, der die bestehende Verfassungswirklichkeit, das heißt die heute bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse mit dem Verfassungstext, dem rechtlichen Rahmen der grundgesetzlichen Regelungen und Garantien in eins setzt. Dabei dürfte Ihnen zum Beispiel die Entscheidung des Landgerichts Flensburg vom 24. Juni 1971 zur Frage der Verfassungskonformität revolutionären gesellschaftlichen Wandels nicht unbekannt sein:

„Da für die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie im Grundgesetz überhaupt einen Niederschlag gefunden hat, keine Form vorausbestimmt ist, erscheint der Sozialismus als solcher mit einer freiheitlichen Demokratie im Sinne des Grundgesetzes nicht unvereinbar. Der Programmentwurf läßt deshalb Tendenzen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung nicht erkennen, wenn es etwa auf Seite 30 der Schrift (Seite 31 des Urteils) heißt: ‚Die sozialistische Umwälzung bedeutet die Ablösung der großkapitalistischen Ausbeutergesellschaft durch eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, in der die Freiheit und die Würde des Menschen gesichert sind. Das ist eine grundlegende, eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft. Sie ist nicht möglich ohne die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen werktätigen Volksschichten, ohne die Überführung des großkapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln in die Hände des Volkes'."

Eben der Willen zu einer in diesem gesellschaftlichen Sinn revolutionären Umwälzung, die durch die Normen des Grundgesetzes prinzipiell ermöglicht wird, wird aber Ernest Mandel wie anderen Sozialisten und Kommunisten von Ihnen und den Ihnen Verbundenen zum Vorwurf gemacht und als verfassungsfeindlich – ohne nähere Begründung – unterstellt. Sie mögen, als politischer Vertreter einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, Sozialisten vorwerfen, daß sie die von Ihnen verteidigte kapitalistische Gesellschaftsform beseitigen wollen. Werfen Sie ihnen aber vor, sie seien deshalb Verfassungsfeinde, illegalisieren Sie Sozialisten willkürlich, weil sie Revolutionäre sind, so sind Sie selbst derjenige, der die Verfassung bricht.

Alles, was Sie Mandel öffentlich vorgeworfen haben, sind, soweit es überhaupt zutrifft, zwar gegen die kapitalistische Gesellschaft gerichtete, aber nicht als solche grundgesetzwidrige Tätigkeiten. Sie haben auch in keinem einzigen Punkt den Versuch unternommen, zu belegen, warum die von Ihnen inkriminierte Tätigkeit grundgesetzwidrig sei. Das können Sie in der Tat auch nicht, denn diese sozialistische Tätigkeit ist nicht verfassungswidrig, wohl aber kapitalismuswidrig. Genau diesen Unterschied aber suchen Sie zu verschleiern, um die Öffentlichkeit und die Wähler zu täuschen. Was werfen Sie Mandel vor? Einmal, daß er eine ‚Rätediktatur' anstrebe. Dieser Vorwurf ist falsch. Mandel gehört gerade zu denen, die nie den leisesten Zweifel darüber aufkommen ließen, daß sie Demokraten sind, Demokraten allerdings, die demokratische Institutionen nicht auf den politisch-staatlichen Überbau der Gesellschaft beschränken, sondern die Kernstrukturen der Gesellschaft selbst demokratisieren wollen – deshalb ist er ein Sozialist. In Wahrheit werfen Sie Mandel nicht vor, daß er eine ‚Rätediktatur' – was immer das sein mag – wolle, sondern daß er eine gesellschaftliche Demokratie, das heißt die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft will. Gesellschaftliche Demokratie ohne Formen der Selbstverwaltung in Räten, zum Beispiel Betriebsräten, ist längst nicht mehr denkbar (wobei freilich die heutigen Betriebsräte alles andere als gesellschaftliche Demokratie verwirklichen, da sie, eingeengt durch das Betriebsverfassungsgesetz, die kapitalistischen Herrschaftspositionen nicht brechen, sondern nur etwas mildern können).

Weiter werfen Sie Mandel vor, er sei ein aktiver Organisator ‚revolutionärer Bestrebungen', mit dem Ziel des ‚revolutionären Umsturzes', sei führendes Mitglied der IV. (trotzkistischen) Internationale, dränge zur ‚praktischen Aktion', sei führend am Pariser Mai von 1968 beteiligt gewesen, wolle Zellen und Kader in Betrieben bilden, die bürgerliche Ordnung und den bürgerlichen Staat beseitigen, kurz den Kapitalismus ‚zerschlagen'. All dies richtet sich in der Tat gegen die bürgerliche Klassenordnung und kapitalistische Gesellschaftsformation. Aber was ist daran grundgesetzwidrig? Sind Sie in der Lage, öffentlich und offen darzulegen, was an solcher Tätigkeit verfassungswidrig sei? Sind Sie mithin in der Lage zu begründen, warum Sie Mandel auf Lebenszeit die Einreise in die Bundesrepublik verweigern? Sie entgegnen, Mandel sei eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit". Sagen Sie auch, für wessen „öffentliche" Sicherheit. Die Polizeiformel der öffentlichen Sicherheit stammt aus dem Arsenal des angeblich über der Gesellschaft und den Klassen schwebenden obrigkeitlichen Staates. In einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat muß nachgewiesen werden, ob dessen ‚Staatsfeinde' seine ‚öffentliche Sicherheit', nämlich die Prinzipien sozialer Demokratie und die ihnen konformen rechtlichen Formen verletzen. Sind Sie in der Lage, exakt darzulegen, ob Mandel (und andere Sozialisten) gegen diese Grundgesetznormen verstoßen haben – oder ob sie allein gegen die Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus kämpfen? Wollen Sie letzteres verbieten, so muß Ihnen gesagt werden, daß Sie es sind, der verfassungswidrig die Illegalisierung revolutionärer Opposition betreibt. Wer die Illegalisierung grundsätzlicher Opposition, das heißt sozialistischer Revolutionäre will, erzeugt und betreibt darüber hinaus selbst, was er zu bekämpfen vorgibt: Terror.

Der politischen Rechtfertigung dieser Unterdrückungsmaßnahmen liegt die geschichtslose und unhaltbare Gleichsetzung von Kapitalismus und Freiheit, Demokratie und bestehenden politischen Institutionen zugrunde. Würden Sie sich auf eine tatsächlich politische, offene und öffentliche Diskussion dieser gesellschaftlichen Probleme einlassen, so würden sich die kapitalistische Interessengebundenheit und die durchsichtigen Manöver Ihrer verfälschenden Propaganda leicht nachweisen lassen; solche wahrhaft demokratische Diskussion haben Sie jedoch zu fürchten. Dies ist der wirkliche Grund, weshalb Sie Sozialisten zu unterdrücken und zu illegalisieren suchen. Möglich ist Ihnen das, weil Sie und Ihre Freunde nicht allein über staatliche Gewalt, sondern auch über ein nahezu vollkommenes faktisches Monopol an Kommunikationsmitteln verfügen, da diese in einem kapitalistischen Staat in der Hand von Kapitalisten oder doch des kapitalistischen Staates sind. Immerhin ist es jedoch denkwürdig, daß Sie als Innenminister einer Regierung, deren Mehrheitspartei die Sozialdemokratie ist, die Ziele, in deren Namen einmal die Sozialdemokratische Partei die geschichtliche Bühne betreten hat, deretwegen zahllose Sozialisten eingekerkert, ermordet und gefoltert wurden, deretwegen sie Beruf, Gesundheit, Familie, nicht aber ihre Ehre verloren haben, erneut als ‚staatsfeindliche Bestrebungen' ausgeben, Sozialisten unterdrücken, diffamieren und verfolgen können.

Sie unterstellen Mandel wie andere Revolutionäre der Jurisdiktion des Verdachts. Nicht Handlungen, die gegen bestehende Gesetze, geschweige denn gegen demokratische Prinzipien verstoßen, weisen Sie ihnen nach, sondern Sie machen Gesinnung und sozialistische Ziele des Handelnden zum Hauptkriterium. In unseren Augen hat dieses Verfahren nichts mit Rechtsstaatlichkeit, jedoch einiges mit Terrorismus zu tun. Wir wissen, daß Sie heute keinen direkten, gesetzlosen politischen Terror ausüben; Sie sind kein Faschist. Die Jurisdiktion des Verdachts, die Illegalisierung sozialistischer Opposition, der vergebliche Glaube, daß der Status quo der bestehenden kapitalistischen Herrschaftsordnung für immer bewahrt werden könne, treiben jedoch dazu, neue Formen offen autoritärer Herrschaft zu begünstigen. Die europäischen Länder, in denen Sozialisten und Kommunisten offen unterdrückt und illegalisiert werden (und in denen es auch ein Berufsverbot zum Beispiel im Öffentlichen Dienst für sie und alle Demokraten gibt) heißen: Griechenland, Spanien, Portugal, Türkei. Wollen deutsche Liberale und Sozialdemokraten, die Antisozialisten geworden sind, auch innenpolitisch ein Bündnis mit diesen politischen Diktaturen eingehen, um den Kapitalismus ‚sicherer' zu machen?

Wir wissen: Sozialisten, Kommunisten und Linksliberale arbeiten heute bereits verstärkt und vermehrt in den Betrieben und Verwaltungen, an Hochschulen, Schulen und innerhalb der Jugendverbände, in lokalen Gruppen und überregionalen Verbänden, aber auch als Gruppierungen innerhalb der Parteien, Gewerkschaften, Kirchen etc.

Diese linke Bewegung in der BRD wird der reaktionären Kampagne der politischen Verteufelung, der Kriminalisierung, des Berufsverbots, der Handhabung grundgesetzwidriger Verordnungen und Erlasse entschlossen und gemeinsam entgegentreten.

Offenbach, 5. März 1972

Sozialistisches Büro, gez. Klaus Vack, Sekretär

## Hatz gegen Ausländer?

**Ausländische Arbeiter und Studenten in der Bundesrepublik sollen in Zukunft nach den Vorstellungen von Innenminister Genscher und seinen Verfassungsschützern aus dem politischen Leben ausgeschaltet werden. Dazu soll ein verändertes Ausländerrecht dienen, das den Ausländern in der BRD jede politische Tätigkeit verbietet, die im Widerspruch zu den Kapitalinteressen der westdeutschen Monopole und der Machthaber in Spanien, Portugal, Griechenland, der Türkei usw. steht. Dieser weitere Schritt zum Notstandsstaat ist langfristig vorbereitet. Das geplante Verfassungsschutzänderungsgesetz enthält bereits die wichtigsten Bestimmungen:**

**Verbot aller politischen Tätigkeit, die die „außenpolitischen Belange" der Bundesrepublik stören könnte,**

**polizeiliche Anmeldung aller Treffen und Versammlungen von Ausländern, auch solche in geschlossenen Räumen,**

**Möglichkeiten zum Verbot, die Herstellung demokratischer Zustände in den Heimatländern in Wort und Schrift in der BRD zu propagieren,**

**verstärkter Gebrauch der Abschiebung und die Ausweitung der Kompetenzen für Verfassungsschutz und politische Polizei.**

**Diskussionspapier. Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Stückpreis DM 2,–, ab 10 Stück 50% Rabatt. Bestellungen an Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postf. 591.**

europäischer
**Literatur Anzeiger**

**AN ALLEN UNIVERSITÄTEN, HOCHSCHULEN, AKADEMIEN UND INGENIEURSCHULEN DER BRD UND ÖSTERREICH**

bringt in zweimonatiger Folge: Rezensionen von Neuerscheinungen und Neuauflagen des deutschsprachigen Büchermarktes. Gleichzeitig informieren wir in bibliographischer Form über sämtliche wissenschaftlichen Neuerscheinungen und Neuauflagen.

**Aus dem Inhalt**

Religionswissenschaften,
Theologie – Prakt. Theologie
Philosophie
Psychologie
Recht, (Steuerrecht), Verwaltung
Wirtschaft, Statistik
Soziologie
Politik, Zeitgeschichte, Wehrwesen
Sprach- u. Literaturwissenschaft
Pädagogik, Hochschulen Unterricht
Bild, Kunst, Kunstgeschichte
Musik, Theater, Film
Geschichte, Kulturgeschichte, Volkskunde
Erd- und Völkerkunde
Kartenwerke
Medizin
Naturwissenschaften
Mathematik
Technik, Verkehr
Land- und Forstwirtschaft

Preis: Jahresabonnement DM 12,– inkl. Porto (Außer EWG-Portozuschlag DM 2,–). Dafür erhalten Sie 6 Zeitungsausgaben – und auf Wunsch – kostenlos das bibliographische Verzeichnis, ebenso 6 Ausgaben in zweimonatlicher Folge. Fordern Sie Probehefte an.

**VERLAG europäischer LITERATUR-ANZEIGER**
**8 München 90, Terhallestr. 8**

# Angela Davis – Solidaritätskongress in Frankfurt

In San Jose im US-Staat Kalifornien hat der Prozeß gegen die schwarze Revolutionärin und Kommunistin Angela Davis begonnen. Für die Befreiung von Angela Davis und allen politischen Gefangenen in den USA ruft das Angela Davis Solidaritätskomitee zu dem zentralen Kongreß am 3./4. Juni 1972 in Frankfurt am Main auf.

Der Fall Angela Davis ist ein Fall der politischen Verfolgung der radikalen schwarzen Opposition und der gesamten Linken in den USA: obwohl die amerikanische Verfassung Meinungsfreiheit garantiert, verlor Angela Davis wegen ihrer Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei ihre Professur an der Universität von Kalifornien; obwohl es für ihre Beteiligung an der versuchten Gefangenenbefreiung in San Rafael keine Anhaltspunkte gibt, wurde sie aufgrund eines kalifornischen Gesetzes, dessen Verfassungsmäßigkeit äußerst zweifelhaft ist, des Mordes und der Entführung angeklagt und auf die FBI-Liste der zehn meistgesuchten Personen gesetzt. Offenbar sollte Angela Davis bereits durch die Aufwendigkeit der Fahndung schuldig gesprochen werden, bevor es auch nur zu einem Prozeß kam.

Inzwischen wurde der schwarze Revolutionär George Jackson im Zuchthaus von San Quentin von einem Aufseher ermordet. Inzwischen wurde eine Reihe von Gefangenenrebellionen gegen die unmenschlichen Zustände in den Haftanstalten der USA blutig niedergeschlagen; dabei fanden zuletzt in Attica im Staate New York mindestens 40 Menschen den Tod. Inzwischen hat sich auch die Zahl der politischen Häftlinge in den USA drastisch erhöht.

Die Fälle Angela Davis, George Jackson und Attica sind Beispiele. Beispiele für die zentrale Rolle von Justiz und Strafvollzug bei der Unterdrückung jeder grundsätzlichen Opposition. Wer seinen Protest gegen das bestehende System nicht in die vorgeschriebenen wirkungslosen Kanäle lenkt, kommt vor Gericht und ins Gefängnis. Solche Praktiken greifen auf eine lange Tradition in der amerikanischen Geschichte zurück. Ihre Opfer reichen von den Gegnern der Sklaverei über die ersten Gewerkschaftsorganisatoren bis zu den italienischen Arbeitern Sacco und Vanzetti, die wegen ihrer politischen Überzeugung auf den elektrischen Stuhl kamen. „Dieser Mann ist moralisch schuldig, auch wenn er das ihm zugeschriebene Verbrechen nicht tatsächlich begangen hat, denn er ist ein Feind unserer bestehenden Institutionen", urteilte Richter Thayer über Bartolomeo Vanzetti. Dieses Verdikt gilt auch heute für alle politischen Gefangenen in den USA.

Seit die radikale Bewegung der Schwarzen, Puertoricaner und Mexikaner an Umfang und Intensität zugenommen hat, werden die Justiz und ihr Strafvollzug zu den wichtigsten Waffen der Vertreter der bestehenden Ordnung, um den Status quo zu bewahren, um Krieg, Ausbeutung und Rassismus aufrechtzuerhalten. Das Verbrechen der politischen Häftlinge besteht darin, daß sie eine antikapitalistische Alternative im Innern der amerikanischen Gesellschaft zu entwickeln suchen und daß sie bereit sind, für diese Alternative zu kämpfen. Diesen Mechanismus hat Angela Davis aufgezeigt. Deshalb wurde sie von allen Instanzen des Staates gejagt. Deshalb wurde sie 16 Monate in Haft gehalten. Deshalb wird ihr jetzt der Prozeß gemacht. Deshalb findet der Prozeß in San Jose statt, wo der Anteil der Schwarzen an der Bevölkerung nur 1,7 % beträgt und wo bei einer Meinungsumfrage 64 % der Bevölkerung von vornherein massive Vorurteile gegen Angela Davis äußerten.

Der Prozeß gegen Angela Davis ist ein Prozeß gegen die schwarze Befreiungsbewegung und die amerikanische Linke. Der Prozeß gegen Angela Davis muß zu einem Prozeß gegen die Repression in den USA und eine Demonstration weltweiter Solidarität werden.

Der Solidaritätskongreß am Beispiel Angela Davis wird in einer öffentlichen Kundgebung und mit Arbeitsgruppen den Kampf der amerikanischen Opposition in den Vereinigten Staaten unterstützen und dessen politische Inhalte analysieren und bekanntmachen. Wir rufen auf zu vorbereitenden örtlichen Aktionen und Veranstaltungen und zur Teilnahme an dem Kongreß!

dpa

Frankfurt, 15. März 1972

Angela Davis Solidaritätskomitee

Manfred Clemenz, Lothar Menne, Oskar Negt, Claudio Pozzoli, Klaus Vack

Aufruf und Solidaritätskongreß Am Beispiel Angela Davis unterstützen: Heiner Bremer für die Deutschen Jungdemokraten, Andreas Buro für das Sozialistische Büro, Axel Hübner für den Bund Deutscher Pfadfinder, Dieter Lasse für die Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken", Wolfgang Roth für die Jungsozialisten in der SPD, Hanspeter Weber, Geschäftsführer des Deutschen Bundesjugendringes.

## Für die inhaltliche und organisatorische Gestaltung des Kongresses ist folgendes Konzept vorgesehen:

Samstag, 3. 6. 1972: Kundgebung im Freien (als Redner sind u. a. vorgesehen: Herbert Marcuse, Ernst Bloch, Wolfgang Abendroth, Oskar Negt, Jean-Paul Sartre, Vertreter der schwarzen amerikanischen Bewegung)

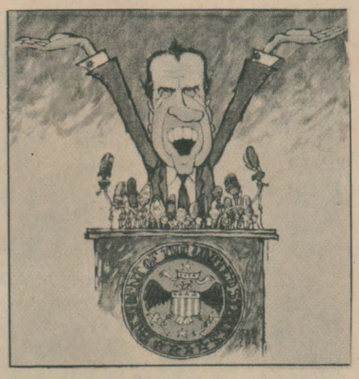
Sonntag, 4. 6. 1972: Vier Arbeitskreise
I Gewalt in der Geschichte der USA
II Polizei, Justiz, Gefängnisse in den USA
III Amerikanischer Kapitalismus, Minderheiten und antikapitalistische Alternative
IV Imperialismus und innergesellschaftliche Auswirkungen in den USA – inneramerikanische Opposition
In allen Arbeitskreisen werden besonders berücksichtigt: Parallelen und Unterschiede: USA – Europa

Plenum der Arbeitskreise
Demonstration

# Besuch in Peking oder die Folgen des großen Schismas

Die Reise Nixons nach Peking hat nicht die Welt verändert. Sie offenbarte nur die Kräfteverschiebungen und Entwicklungen der letzten 15 Jahre. Zwei grundlegende Vorgänge kennzeichnen die Entwicklung seit dem Abschuß des ersten Sputnik in den Weltraum 1957 und der ersten von drei folgenreichen Konferenzen der kommunistischen Parteien im gleichen Jahre. Erstens ist die Vormachtstellung der beiden Supermächte USA und UdSSR zunehmend relativiert worden; dies obwohl ihre Rüstung immer gewaltigere Dimensionen angenommen hat und sie im Rüstungsfeld nach wie vor auf einsamer und unerreichter Höhe thronen. Angesichts des Guerilla-Krieges wurden die hochtourigen Kriegsmaschinen der Großen relativ schwächer, angesichts der ökonomischen Entwicklung Westeuropas und Japans wurde ihr Einfluß gemindert. Zweitens hat sich das sozialistische Lager seither gespalten in zwei miteinander rivalisierende Gruppierungen. Die scheinbar so einfache Welt des Kalten Krieges und der Konfrontation von zwei Lagern ist vorüber. Eine diffizile Welt verschiedenartigster Interessen, Kräfte und Konflikte wird, obwohl immer schon vorhanden, nun überall zum sichtbaren Kennzeichen der weltpolitischen Situation. In ihr werden feinere Formen der Herrschafts- und Einflußsicherung benötigt. Direktes militärisches Engagement im Kampf um die Einflußgebiete im Bereich der ‚Dritten Welt' wird immer riskanter, wie das Beispiel Vietnam wohl nicht nur die USA gelehrt hat. Die Guam-Doktrin, zugeschnitten nach der alten englischen Kolonialtechnik der ‚indirect rule', weist in militärischer Hinsicht den Weg der Großmächte. Beweglichkeit in der Bildung von Koalitionen über die engeren Kerne der jeweiligen Blöcke hinaus dürfte die zweite Antwort auf die neue Lage sein.

Das Schisma der kommunistischen Weltbewegung und die Spaltung der sozialistischen Staaten in zwei Lager läßt sich heute als die Folge der ‚Politik des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande' erkennen. Bald nach 1945 war die UdSSR zwar nicht mehr der einzige sozialistische Staat der Welt, aber weiterhin war sie die stärkste Stütze der sozialistischen Staaten gegen alle Versuche der USA, rollback und containment wirksam werden zu lassen. Die aus den zwanziger und dreißiger Jahren her bekannte Politik, alle kommunistischen und sozialistischen Interessen und Bewegungen den sowjetischen Zielen unterzuordnen, setzte sich dementsprechend nach 1945 und auch nach der angeblichen Entstalinisierung fort. Diese Politik führte, wie zwischen Stalin und Churchill im Herbst 1944 vereinbart, zur Bildung von Einflußzonen der einzelnen Siegermächte, von dort konsequent zur Preisgabe der revolutionären Kräfte in Griechenland, weiter zur Aufforderung an die jugoslawischen Kommunisten, auf eine sozialistische Umgestaltung ihres Landes zugunsten



bürgerlicher Restauration zu verzichten, zum späten Techtelmechtel Stalins mit Tschiang-Kai-Tscheck, zum faulen Vietnam-Kompromiß 1954 in Genf und über weitere viele Stationen nach Persepolis und zur wirtschaftlichen Kooperation mit den griechischen Obristen. Für Moskau war anscheinend die Durchsetzung des Sozialismus in anderen Teilen der Welt, wenn überhaupt, nur als außenpolitischer Akt der Sowjetunion denkbar.

Die inneren Strukturen der Sowjetgesellschaft waren bereits so autoritär-hierarchisch verfestigt, daß ein Übergang zu internationalistischer Solidarität, die immer Gleichberechtigung aller kommunistischen Parteien und herrschaftsfreie, rationale Diskussion unter ihnen voraussetzt, nicht mehr möglich war, als in der Nachkriegsära viele neue Völker unter sehr unterschiedlichen Bedingungen den langen Marsch zur Umgestaltung ihrer Gesellschaft in eine sozialistische antraten. Konnte Moskau auch seinen Führungsanspruch gegenüber den von der Roten Armee befreiten Staaten durchsetzen, so war dies schon bei Jugoslawien, dessen Partisanenarmeen aus eigener Kraft die faschistischen Armeen geschlagen hatten, nicht mehr möglich. Der Versuch gar, das sozialistische China in die moskauzentrische Politik einzupassen, mußte zum großen Schisma führen. Dabei mußte China fast zwangsläufig zum Leitbild all der Parteien, Staaten und Befreiungsbewegungen werden, die von der moskauzentrischen Politik der Sowjetunion keine Hilfe bei der Lösung ihrer Probleme erwarten konnten, also zur Führerin vieler Kräfte der kommunistischen Bewegungen der Dritten Welt im anti-imperialistischen Kampf.

Wenn trotzdem nun die chinesische Führung das Gespräch mit der Führungsmacht des Imperialismus aufgenommen hat, spricht daraus die Besorgnis vor einer möglichen Kooperation von Sowjetunion und USA gegen das Reich der Mitte. Diese Befürchtung ist nicht unberechtigt. Moskau und Washington sind nach der Periode des Kalten Krieges schon längst wieder für einander hoffähig geworden. Sie betreiben koexistentielle Entspannungsübungen nicht nur in Europa und Nahost, sondern auch im militärischen Bereich, wobei möglicherweise nur ein kleiner Teil der Kooperation in Ergebnissen von rüstungsbegrenzenden SALT-Vereinbarungen sichtbar werden mag. Um angesichts starker sowjetischer Truppenkonzentrationen in Fernost gefährlicher Isolierung zu entgehen, spielten die Chinesen Ping-Pong und tafelten mit Nixon.

Für sie heißt Aufhebung von Isolierung in erster Linie Koalitionsfähigkeit, bessere Kommunikation mit den Völkern der Dritten Welt (die Repräsentation Chinas in den UN ermöglicht es ihm, die armen Völker viel besser als bisher zu erreichen) — aber auch Beseitigung der psychologischen Barrieren, durch die sie immer noch von der Arbeiterklasse in den meisten kapitalistischen Industriestaaten getrennt sind. Der Nixon-Besuch war hierzu ein hervorragender, psychologisch wohlkalkulierter Ansatz.

Der Preis für den Ausbruch aus der Isolierung ist allerdings erheblich. Wird es doch Washington nun durch das Abräumen der Sperre zwischen sich und Peking möglich sein, beide kommunistischen Lager gegeneinander auszuspielen, um für sich Zugeständnisse zu erpressen. Außerdem wird China durch Eintritt in das diplomatische Schaukelspiel auch mit solchen Mächten koalieren müssen, die seinen internationalistischen Zielsetzungen, die es zum potentiellen Führer der Völker der armen Welt machen, keineswegs entsprechen. Sein Verhalten im Falle Ceylon und sein Pakt mit der Reaktion in Pakistan signalisieren bereits, was dieser neue Kurs auch bringen kann: Koexistenz mit imperialistischen Staaten und ihren Fellow Travellers auf Kosten internationalistischer Solidarität. Freilich ist dieser Handel, symbolisiert durch den Besuch Nixons in Peking, auch für die USA nicht umsonst, denn Befreiung Chinas aus der Isolierung ist auch für Washington ein erhebliches Risiko. Aber hatte es eigentlich noch Chancen, dieses 700-Millionen-Volk länger abgekapselt zu halten? Freilich müssen die amerikanischen Herrschaftseliten nun neue Manipulations- und Einschüchterungstechniken ersinnen, nachdem die kommunistische gelbe Gefahr (welche Potenzierung an Schrecken!) an Einschüchterungskraft und China als Aggressionsobjekt an Wert verliert. Bekanntlich läßt sich Herrschaft nach innen leichter in einer, wenn auch nur vermeintlichen Welt von Feinden stabilisieren. Ähnlich wie das entspannungsfreudige Bonn wird Washington tendenziell verstärkt dazu übergehen, die innenpolitische Opposition direkt zum Aggressionsobjekt zu machen, um unter dieser Absicherung ‚law and order' nach seinem Sinne praktizieren zu können. Dankbares Objekt für solche Herrschaftstechnik wäre die schwarze Linke in den Staaten, sicherlich langfristig aber auch ein gefährliches Objekt, und zwar dann, wenn aus solcher Taktik der ‚zweite Vietnam-Krieg' im eigenen Lande stattfände und es der Linken in den anderen kapitalistischen Industriestaaten gelänge, Solidarisierung in diesem Konflikt herbeizuführen.

In der sich anbahnenden neuen Ära der Koalitionspolitik hat das gespaltene sozialistische Lager einen außerordentlichen Nachteil gegenüber den USA und den anderen westlichen Industriestaaten: Derzeit sind die Sowjetunion und China nicht miteinander bündnisfähig, ihre Differenzen sind zu groß. Daß davon die imperialistischen Industriestaaten profitieren werden, liegt auf der Hand und es ist wahrscheinlich, daß die Rechnung hierfür von den armen Ländern beglichen werden muß. Schon tönt Rogers, nach der Rückkehr aus Peking, gen Moskau, es habe sich im vergangenen Jahr in Indochina und Nahost nicht die notwendige Zurückhaltung auferlegt, so daß Militärhilfe für Südvietnam, Kambodscha und Laos so lange lebenswichtig sei, wie Moskau und Peking den Gegner weiter unterstützen.

Trotzdem ist mit einer Überwindung des sozialistischen Schismas auf Sicht nicht zu rechnen. Die Überwindung der Spaltung würde die Abkehr Moskaus vom autoritären Stil und vom Führungsanspruch voraussetzen. Das aber wiederum erforderte weitgehende strukturelle Änderungen der so-

wjetischen Gesellschaft im Sinne einer Demokratisierung, Eröffnung herrschaftsfreier Diskussion über die bestehenden Verhältnisse, über verschiedene Wege zum Kommunismus und über Prinzipien internationalistischer Solidarität. Ansätze zu solchem Wandel sind gegenwärtig nicht zu erkennen. Im Gegenteil scheint Moskau eher noch seine autoritäre Führungsposition und seinen Druck auf tendenziell non-konforme Kräfte, Parteien und Regierungen in seinem Einflußbereich verstärken zu wollen. Die jüngste Meldung, Moskau plane ein neues Führungszentrum für die Arbeit der kommunistischen Parteien des COMECON, verweist zusätzlich auf diese weitere Entwicklung im Einflußbereich Moskaus und damit auf die Tendenz zu weiterer Polarisierung zwi-

schen den sozialistischen Staaten. Ob es trotzdem zwischen China und der Sowjetunion möglich sein wird, wenigstens Verständigungsbereitschaft in dem Maße zu erhalten, um gröbste Erpressung durch die USA et al. zu vermeiden, bleibt nur zu hoffen.

So dürfte denn die Schlußfolgerung aus den Pekinger Gesprächen für Befreiungsbewegungen sowie sozialistische und kommunistische Gruppierungen in den kapitalistischen Staaten sein, sich verstärkt auf ihre eigenen Kräfte zu besinnen und sie zu mobilisieren. Ein Mitglied des Zentral-Komitees der Kommunistischen Partei Nordvietnams, der Lao Dong, formulierte dies mit asiatischer Höflichkeit so: „Nixon mag in Peking ruhig seine 21 Salutschüsse bekommen, wir Indochinesen grüßen ihn an jedem Tag mit weit mehr Kanonen."

ANDREAS BURO

# Höfisches Begleitkonzert einer Frühjahrsreise nach Persien

Warum ist der Bundeskanzler in den Iran gereist und hat dem Schah-in-Schah seine Reverenz erwiesen? Einig, einig, einig schallt es aus dem westdeutschen Blätter-, Rundfunk- und Fernsehwald, und jedermann weiß es: non olet. Der seit 1967 verärgerte Reza Schah Pahlevi (einer der bedeutendsten Illustriertenhelden und Opiumzüchter aller Zeiten, Herr über Leben und Tod seiner Untertanen — wem schlüge nicht das Herz höher!), der erlauchte Herr also sollte versöhnt werden, und die „Wirtschaftswoche" (3. 3. 1972) weiß den Grund: „Der diplomatische Canossagang ist vonnöten. Persien ist nach Japan der zweitgrößte Exportmarkt in Asien. Der Wert der deutschen Ausfuhren belief sich 1971 auf 1,15 Milliarden DM. Willy Brandts Reise nach Persien soll den Kaiser wieder versöhnen, um der erfolgreich kooperierenden deutschen Industrie keine Hindernisse in den Weg zu stellen. Die deutsche Industrie hat in den letzten 20 Jahren im Iran rund 130 Millionen DM investiert. Die Bundesregierung gewährte bisher der persischen Regierung 305,5 Millionen DM Kapitalhilfe. Von einer politischen Klimabereinigung hängt es ab, ob die Firmen der Bundesrepublik weiterhin ihre Positionen halten können." Dazu unser Interesse am persischen Öl? „Wir lassen uns von niemandem an Selbstbewußtsein übertreffen", sprach der Regierungssprecher Ahlers am Ort der Frühjahrsreise. Ja freilich. Aus „Staatsraison" reiste der Kanzler nach Teheran, wußte der als Linksextremist des deutschen Fernsehens geltende Herr Merseburger, der unsereinem ins „Stammbuch" schreiben will (uns „linken Dogmatikern, Ideologen, Utopisten" usw., wohlgemerkt), daß in der Außenpolitik eben Pragmatismus und nicht Dogmatismus zählt. Was haben wir nur für kluge besonnene Staatsmänner überall! Die „geopolitische Wirklichkeit" des Irans, der sich gerade politische und militärische Schlüsselpositionen am persischen Golf sichere — durch Annexionen übrigens — sei entscheidend. Denn der Iran „ist die berufene Ordnungsmacht am persischen Golf", belehrt uns ein Kommentar des Hessischen Rundfunks. Die „Welt" spricht gleich von der „Ordnungszelle" in Vorderasien, die wir schätzen müssen. Jedenfalls gilt es allen, „die deutsche Position im arabischen Raum" auszubauen. Von den „Zwängen der Staatsraison" und „gemeinsamen ökonomischen Interessen" berichtet auch die Frankfurter Rundschau, und Herr Merseburger weiß endlich den sozialdemokratischen Leidensweg zu würdigen, wo doch ein Bundeskanzler reisen müsse, der nach Herkunft und Denken wohl eher auf der Seite derer stehe, die in Persien von der Geheimpolizei gefoltert und erschlagen, von Armeegerichten zu Tode verurteilt und von Hinrichtungskommandos erschossen werden. Aber was können wir Realpolitiker dagegen schon tun? Der Herr über Leben und Tod beruhigt uns; schließlich hätten wir nicht nur gemeinsame Interessen, sondern auch eine ähnliche „Lebensphilosophie".

Ist die nüchterne ökonomische Interessensprache nicht herzerfrischend? Ist das besonnene Kalkül unserer Staatsraison nicht von gezügelter Verantwortlichkeit? In der Tat sind Ausmaß und Qualität des westdeutschen Engagements im Iran bedeutsam. Westdeutsche Konzerne wie Bayer, Bosch, Daimler-Benz, Demag, Krupp, Mannesmann und Siemens schlagen nicht nur beträchtliche Profite aus den persischen Massen heraus und stützen das Regime des Schahs ebenso wie angelsächsisches und französisches Kapital einst das zaristische Regime in Rußland. Die westdeutsche staatliche „Entwicklungshilfe" trägt dazu in nennenswerter Weise bei, die auf dem Rücken der persischen Massen vollzogene terroristische kapitalistische Modernisierungspolitik des Schah-Regimes zu finanzieren. Der Iran ist tatsächlich in einer strategisch entscheidenden Position in Vorderasien. Wie es einerseits nicht Wunder nimmt, daß die UdSSR sich um den Schah ebenso eilfertig bemüht wie das „westliche" Lager, so verwundert es auch nicht, daß aufgrund des Israel-Konflikts insbesondere die Bundesrepublik, Frankreich und Japan versuchen, die angeschlagene Position der USA und Großbritanniens in Vorderasien auszugleichen. Ist also nicht alles klar und durchsichtig? Was schert es uns, daß zur Begrüßung des Bundeskanzlers eine Serie von Hinrichtungen in Persien erfolgte? Was geht es uns an, daß der Schah und seine Paladine unverhohlen sich in die „inneren Angelegenheiten" der Bundesrepublik einmischten, was ansonsten als Sakrileg gilt? Ist es nicht gleichgültig, wenn der Schah gegenüber oppositionellen Gruppen dieselbe Sprache führt, die einmal deutsche Sozialdemokraten brandmarken sollte: „Internationale Elemente", „Agenten der internationalen Subversion", die den Iran

„beleidigen" und — furchtbar — „kritisieren", die einen „dekadenten, negativen, ja nihilistischen" Standpunkt haben? Der Schah-in-Schah empfiehlt der Bundesrepublik, wie er in einem „Exklusiv-Interview" mit Löwenthals ZDF-Magazin darlegte, solche „Gesetze" gegen Diversanten, wie sie „jeder Staat" brauche, in dem „regiert" werden soll. Einfühlsam meint der Herr, daß wir endlich unsere Schuldgefühle aus der nationalsozialistischen Zeit überwinden und schnellstens solche „Gesetze" erlassen sollten. Rasch gibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung zur Reorganisation des Verfassungsschutzes den Rat und Hinweis: daß die Verfassungsschutzbehörde „bisher keine Ausländer überwachte, die auf deutschem Boden gegen die Verfassungen in ihren Heimatländern tätig wurden", müsse schleunigst geändert werden. „Eine gesetzliche Änderung, die diesem in vieler Hinsicht unbefriedigenden Zustand abhelfen soll, ist jedoch im Gange" (8. 3. 72). Ausgezeichnet! Sie weiß auch, daß Brandts Frühjahrsreise nach Persien „Ausdruck des Willens zu einem nüchternen und den linken Rand der Kanzlerpartei links liegenlassenden Kurs" ist. Die Reise in den Iran stärke ebenso die Stellung des Schahs wie die Persepolis-Feiern. War es nämlich damals ein Erfolg für den Schah, daß es den im Lande operierenden Guerilla-Organisationen nicht gelang, „einem der Gäste ein Haar zu krümmen", so sei heute die „Lage ernster geworden". Denn zweifellos ist eine „größere Zahl von Terroristen" vorhanden, die „unerkannt — trotz aller Bemühungen der persischen Geheimpolizei — auf dem Land, in den Provinzstädten und sogar mitten in Teheran stehen und darauf warten, zu einem für ihre Zwecke günstigen Zeitpunkt Guerilla-Aktionen größeren Stils einzuleiten". Bei der Reise des Kanzlers könne es nicht allein darum gehen, für die Bundesrepublik Rohölimporte oder einen besonders wichtigen Exportmarkt zu sichern. „Unweigerlich wird vielmehr die Auseinandersetzung des Schahs mit den persischen Guerilla-Banden auch bei dem Besuch Brandts im Mittelpunkt stehen. Der Schah . . . kann für seinen Standpunkt beim deutschen Kanzler Verständnis erwarten", auch was die internationalen Elemente in der Bundesrepublik angeht (FAZ, 4. 3. 72). Die Zeitung fährt anderswo fort: die Schule des Verfassungsschutzes in Köln hat „mehreren ausländischen Staaten mit gefährdeter innerer Sicherheit Ausbildungshilfe" erteilt. „Welche Länder dies im einzelnen waren, wird ungern aufgezählt, aber es schienen im wesentlichen asiatische gewesen zu sein, die Ursache hatten, nach intensiverer Radikalismus-Überwachung zu streben" (8. 3. 72). Einen Tag zuvor wiesen die klugen Köpfe darauf hin, daß der „Erfolg der Reise Brandts hauptsächlich vom Ergebnis seiner Gespräche mit dem Schah über politische Fragen abhängen" wird, denn die „Handelsbeziehungen zwischen Persien und Deutschland waren auch vor dem Besuch Brandts schon so gut, daß sie sich kaum mehr verbessern, aber leicht durch politische Mißverständnisse beeinträchtigen lassen" (7. 3. 72). Wenn das so ist — und „Stimmen aus der Wirtschaft" lassen daran keinen Zweifel — was hat dann Brandt in Teheran gewollt? Allenthalben wird aufs Ölgeschäft hingewiesen. Auch hierzu sind die „Stimmen aus der Wirtschaft" jedoch eindeutig: bei dem publizistisch hochgespielten Plan direkter Öllieferungen von Persien nach der Bundesrepublik, ohne Beteiligung der internationalen Ölgesellschaften, handelt es sich zwar um persische Wünsche, die aber in absehbarer Zeit aus den verschiedensten Gründen nicht zu verwirklichen sind. Weniger offiziell gesagt: das bombastisch angekündigte Projekt einer deutsch-iranischen Erdölgesellschaft „vom Bohrloch bis zur Tankstelle" ist eine publizitätsträchtige Flause, die übrigens auch nirgendwo verbindlich gemacht wurde. Es mag sein, daß die Bundesregierung zur Auffüllung ihrer Ölreserve eine gewisse (einmalige) Menge iranischen Öls beziehen wird. Das hochgespielte Projekt jedoch wird — geht es nach dem Willen der „deutschen Wirtschaft" — aus folgenden Gründen nicht zustande kommen: es wären Investitionen von kaum überschaubarem Ausmaß nötig, die unwirtschaftlich sind, das heißt keinen Profit abwerfen; die Aufstellung eines neuen Tankstellennetzes in der Bundesrepublik zu einem Zeitpunkt zu erwägen, da allenthalben Zapfsäulen stillgelegt werden, ist unsinnig; der deutsche Mineralölverbrauch könne von einem persischen Direktgeschäft weder eine sichere noch eine kostengünstige

Belieferung erwarten; schließlich sei es heute sehr viel schwieriger, Öl zu verkaufen als Öl zu beziehen, denn die Nachfrage ist geringer als das Angebot. Das Außenministerium und das Wirtschaftsministerium äußerten sich übrigens ähnlich (vgl. FAZ 8. 3. 72; FR 9. 3. 72).. Das Öl war es also nicht in erster Linie, was Brandt nach Persien führte. Die Handelsbeziehungen sind es, nach Aussagen der „Wirtschaft", auch nicht gewesen. Was hat Brandt dann mit seiner Frühjahrsreise beabsichtigt? Ein schlichter Routinebesuch war sie ebensowenig wie ein bloßer „Canossagang". Brandt hat von Teheran aus freundliche Worte für die „arabische Welt" gefunden. War die Reise ein Schachzug, um die westdeutschen politischen und ökonomischen Aktien in den arabischen Ländern aufzubessern? Sollte der Iran von einer bevorstehenden Anerkennung der DDR abgehalten werden? Handelte Brandt nach Absprache und im Auftrag des „westlichen Bündnisses", um die Positionen gegen die UdSSR im vorderasiatischen Raum auszubauen? Was ist der Preis, den die Bundesregierung zu bezahlen hat, um die imperialistischen Positionen des „Westens" zu halten?

Unsere konzertierten Medien wollten gegenüber unserem Häuflein „Dogmatikern" eine nüchterne Sprache führen. Die großen leeren Worte von „Staatsraison" und „ökonomischem Interesse" lösten sich in die offene oder unterschwellige Parteinahme für die „Ordnungsmacht" Persien auf. Nebenbei erfuhren wir sogar, daß der Schah Furcht vor den „Guerilla-Banden" im eigenen Land hat und aus Furcht und Haß die „internationalen Umtriebe" in der Bundesrepublik unterdrücken lassen will. Die auf dem Rücken der persischen Massen erfolgende kapitalistische Modernisierungspolitik einer terroristischen Oligarchie, die sich um den Pfauenthron vereinigt, droht im Innern zu scheitern. Der Schah-in-Schah braucht Dollars und DM, um sich über Wasser halten zu können. Die Bundesrepublik soll Finanzhilfe gewähren und sich als „Ordnungsmacht" in Persien wie im eigenen Land bewähren. Sie hat eine Rolle zu spielen in der konterrevolutionären Strategie des „westlichen" Bündnisses — nun auch in verstärktem Umfang in Asien. Dieses globale imperialistische Engagement ist nicht nur die Kehrseite der mit der europäischen „Entspannungspolitik" verbundenen Frontbegradigung in Mitteleuropa, sondern vermutlich auch der wirkliche Grund der Frühlingsreise nach Persien. Wenn, um den staatsmännischen Herrn Merseburger noch einmal zu zitieren, Brandt mit dem Herzen auf der Seite der persischen Sozialrevolutionäre steht, so gehen jedenfalls seine Füße über die Leiden der gewaltsam niedergehaltenen persischen Massen ebenso hinweg wie über die Leiber der zu Tode gequälten und erschossenen Revolutionäre. Jedermann weiß, daß das Regime des Schahs eine blutige, freilich kapitalistisch modernisierende Despotie ist, die jede Opposition im Keim zu ersticken sucht. Gegen ihren ungehemmten Terrorismus gibt es wahrscheinlich nur eine realitätsgerechte Antwort: Guerilla-Kampf. Der Schah-in-Schah ließ in diesem Winter in herrscherlicher Größe eine Schneekatastrophe in seinem Lande dementieren, weil er in St. Moritz gerade Ferien unter der Schickeria verbrachte und nicht gestört sein wollte. Während in Persien der Ausnahmezustand ausgerufen wurde, ließ seine Majestät alle aus Persien kommenden Katastrophenberichte als Lügen dementieren (FR 12. 2. 72). Hoffen wir, daß das persische Volk seinem Despoten demnächst einen Daueraufenthalt im Schweizer Exil verschaffen und seine Unterdrücker davonjagen wird.

VINZENZ S. JOSSELSOHN

# Die KPF und der „Linksradikalismus"

Als René-Pierre Overney von einem Werkschutzleiter bei Renault erschossen wurde, fand die gesamte französische Linke zusammen — bis auf die Kommunistische Partei und den kommunistischen Gewerkschaftsverband (CGT). Während die sozialistische Gewerkschaft CFDT zu einem Streik bei Renault aufrief, lehnte die CGT einen Streik strikt ab. Während sich sämtliche sozialistischen Organisationen an einem Demonstrationszug in Paris beteiligten, einschließlich Abgesandter der (sozialdemokratischen) Sozialistischen Partei Mitterands, der christlichen Studenten und der Liga für Menschenrechte mit Daniel Mayer, blieben KPF und CGT der Demonstration fern, riefen zu Ruhe und Ordnung auf und schmähten die „Gauchistes". Kamen zu dieser Demonstration 20 000 Personen, so zur Beerdigung Overneys über 100 000. Der stellvertretende Sekretär und faktische Führer der KPF, Georges Marchais, erklärte: „Das darf nicht wieder so anfangen wie 1968". Das gaullistische Parteiblatt „La Nation" lobte ihn. Selbst der liberale „Combat" fragte: „Starb Overney für nichts"? Die CGT erklärte die Bewegung zu einem „großen politischen Provokationsmanöver zugunsten der Regierungsmacht". Die Gaullisten würden die „Linksextremisten" benutzen, um die Kommunisten zu bekämpfen. Der Generalsekretär der CGT, Seguy, sagte freilich: „Die ‚Gauchistes' dürfen die KPF und uns nicht unterlaufen." In wilder Projektion ging er so weit, zu behaupten, die „Linksextremisten" würden von den Kapitalisten mit Berechnung in den Betrieben eingestellt, um die kommunistische Gewerkschaft zu diskreditieren. Daß täglich „Linksextremisten" aus den Betrieben hinausgeworfen werden, scherte ihn nicht. Für die französische Öffentlichkeit ist es eine offen ausgesprochene Erkenntnis, daß dort Ruhe in den Betrieben ist, wo die CGT ein faktisches Monopol gewerkschaftlicher Organisation besitzt. Sie weiß, daß die KPF Furcht vor den „Gauchistes" empfindet, und daß die CGT durch ihr Wohlverhalten erreicht, daß ihr politische Tätigkeit in den Betrieben gestattet wird. Währenddessen klagt die „Humanité", das Zentralorgan der KPF, den Sender „Europa I" an, über Ort und Parolen der Demonstration berichtet und damit das Spiel der „Gauchistes" getrieben zu haben; sie selbst hielt die faktische Nachrichtensperre ebenso ein wie der staatliche Rundfunk und das Fernsehen.

Der Vorsitzende der PSU, Rocard, wie alle anderen bedeutenden Repräsentanten der „Gauchistes", Krivine, Geismar, Sartre, Simone de Beauvoir, riefen zur Einheit der Linken auf. Rocard sagte: „In dieser Situation ist die Einheit aller antikapitalistischen Kräfte unbedingt notwendig, und jene, die die Initiative ergriffen haben, sich auszuschließen, luden sich eine unerhörte Verantwortung vor der Arbeiterbewegung auf." Der Generalsekretär der sozialistischen Gewerkschaft CFDT, Edmond Maire, klagte die KPF und die CGT an, sich im Kampf gegen den Klassenfeind auf dessen Seite zu schlagen. Er — gewiß kein unrealistischer Spinner — schlug einen mehrwöchigen Streik vor, um der fortschreitenden staatlichen Repression in Frankreich entgegenzutreten und forderte dazu auf, mit den Streitigkeiten unter verfeindeten Brüdern Schluß zu machen und eine Aktionseinheit zu bilden. Vor einer Tagung der in der CFDT organisierten Ingenieure sagte er: „Wir wissen, daß die Kommunistische Partei und die CGT den ‚Gauchisme' als Feind Nr. 1 ansehen, weil sie sich weigern, zu analysieren, was sich im „Gauchisme" ausdrückt, weil sie in jedem Streik eine Manipulation der „Gauchistes" sehen, weil sie einen ungeheuren Fehler begehen. Sie unterstützen nicht nur, was sie zu bekämpfen vorgeben, sondern sie fallen auch dem Kampf gegen die Unterdrükkung in den Rücken . . . Unser Willen dagegen ist es, eine Einheitsaktion in den Betrieben gegen die Eskalation der Repression herbeizuführen."

Wir wissen zur Stunde nicht, wie sich die Ereignisse in Frankreich weiter entwickeln werden. Wir wissen jedoch — zumindest für absehbare Zeit — daß sich die französische Kommunistische Partei so entschieden und starr auf ihren Weg als „Ordnungsmacht" begeben hat, daß sie jede Massenaktion und jede revolutionäre Tendenz als „Unruhe" und „Spiel des Klassenfeindes" denunziert und bekämpft. Schon ist es keine ungerechtfertigte Polemik mehr, der KPF jenes berühmte Wort in den Mund zu legen: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde."

Im Mai 1968 hatte die KPF ihre ursprüngliche Passivität, sodann ihre massiven Erstickungsversuche der Bewegung vor allem damit begründet, daß sie eine Intervention der Armee und ein schreckliches Blutbad fürchte. Heute ist es unübersehbar geworden, daß sie nicht allein aus taktischen, sondern aus prinzipiellen Gründen „revolutionäre Unruhe" ablehnt, sie zu ersticken sucht, wo sie aufflammt, und schon ganz in der Sprache des ordnungsliebenden juste milieu die „Extremisten" denunziert. Ein „Klima dauernder Unruhe wie im Mai 1968" schaffen zu wollen, gilt ihr sozusagen als schlimmstes politisches Vergehen. 1968 wunderte sie sich, nach der kläglichen, schwankenden, perspektivelosen Rolle der etablierten Organisationen der Linken in der Mai-Revolte, über die eklatante Wahlniederlage. Dieses Mal will sie sich von Anbeginn als Hüter der Ordnung empfehlen. Was zum ersten Mal seit der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit die Arbeiterklasse als revolutionäre Kraft, die Perspektive eines revolutionären Bruches in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften aufblitzen ließ, gilt den westeuropäischen Kommunisten als zu verhinderndes Unglück. Ganz auf die Kalkulation parlamentarischen Machterwerbs und in der Tat eher auf politische Machterschleichung als auf revolutionäre Veränderung durch die vielberufene Arbeiterklasse ausgerichtet, bietet sich die KPF sozusagen als Ersatzgaullismus an. Nicht durch die Befreiung von den autoritären Bindungen und vielfach konterrevolutionären Bewußtseinsformen (wie sie heute zweifellos die Masse der französischen Wähler jedenfalls so lange kennzeichnen, wie es nicht zu einer tatsächlichen emanzipatorischen Wende kommt), sondern durch ihre Manipulation im Dienste einer anderen autoritären Ordnungsmacht, der KPF, sucht diese eine gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen.

Die westeuropäischen kommunistischen Parteien kennen vielfach — aus historischen und gegenwärtigen Gründen — auch was die Verteilung der Emotionen betrifft heute keinen schlimmeren Feind als die „Linksradikalen". Während die KPF ein Bündnis mit der Sozialdemokratie und liberalen Gruppen anstrebt, die sogenannte fortschrittliche Demokratie, richtet sich die KPI, freilich gegen einen nicht unbeträchtlichen innerparteilichen Widerstand, auf die „Konzilsrepublik", das heißt auf ein Bündnis mit den Christlichen Demokraten ein. An die Stelle der auch von der KPF noch propagierten „antimonopolistischen Demokratie", ist hier schon die zunehmende Bereitschaft getreten, mit den „modernen" Großunternehmen, das heißt mit vielbekämpften „Monopolherren" zu paktieren. FIAT in der UdSSR — FIAT als Partner der KPI, ein vollkommener Zufall ist dies nicht. Sind die westeuropäischen kommunistischen Par-

teien längst zu autoritär strukturierten, reformistischen Bewegungen geworden, und versuchen sie nun auch, die sonntägliche revolutionäre Phrase als Ballast abzuwerfen, so zeigen die jüngsten Ereignisse in Frankreich mit seltener Deutlichkeit die politischen Konsequenzen der autoritären reformistischen Linie. Wie immer sie den außenpolitischen und innenpolitischen Kalkülen des „sozialistischen Lagers" um die UdSSR entsprechen mag — wir müssen uns, ohne in subjektivistische Verratsvorstellungen zu verfallen, mit aller Entschiedenheit darauf einstellen, daß für absehbare Zeit von den westeuropäischen kommunistischen Parteien keine revolutionären Impulse ausgehen, daß sie uns vielmehr immer dann aufs äußerste bekämpfen werden, wenn wir ihre Koalitionspolitik und ihre Linie als Ordnungsmacht gefährden. Hierbei handelt es sich nicht nur um Resultate taktischer Überlegungen, die von unseren abweichen, sondern offensichtlich um fatale Konsequenzen sowohl der historischen Traditionen und Fixierungen als auch der strukturellen organisatorischen Zwänge und gesellschaftlichen Perspektiven dieser Parteien. So verschieden sie unter sich auch sind (die KPF ist eine andere Partei als die KPI, diese natürlich sehr verschieden etwa von der DKP), so scheinen sie doch insgesamt — wieder allerdings in verschiedener Intensität — durch die Untauglichkeit der UdSSR und ihres Lagers, als revolutionärer Bezugspunkt für eine kommunistische Transformation in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften zu dienen, in Wahrheit gelähmt zu werden und deshalb in die ausgetretenen Pfade einer, vermutlich illusionären, reformistischen Strategie und zugleich autoritären Organisation zu fliehen.

KIRSTEN SCHÄFER

# Tut etwas für die italienischen Genossen!

Bei allem Interesse, das revolutionäre Gruppen, Verlage und Einzelne den italienischen Verhältnissen in den letzten Jahren entgegengebracht haben, bei aller Intensität, mit der die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der italienischen Linken in der Bundesrepublik verfolgt wurden, bei allen Kontakten, die von in der Bundesrepublik frustrierten Militanten mit italienischen Genossen hergestellt wurden in der Hoffnung, hier stünde jener revolutionäre Durchbruch unmittelbar bevor, der dort vorläufig nicht zu erwarten scheint, wurde und wird ein so wichtiger Einzelfall wie der des Anarchisten Valpreda und seiner beiden Mitangeklagten so gut wie völlig ignoriert. Es war und ist gut und politisch richtig wie wichtig, die Angela Davis-Kampagne weltweit und so auch in der BRD zu unterstützen; aber es ist zumindest ebenso wichtig, wenn nicht gar wichtiger, weil nicht zuletzt erfolgversprechender, auch und gerade in der BRD eine großangelegte Kampagne zugunsten von Valpreda zu organisieren. Worum handelt es sich in aller Kürze?

Am 12. Dezember 1969 explodierte in einer Mailänder Bank während der intensivsten Geschäftszeit eine Bombe, der mehrere Menschen zum Opfer fielen, Tote und Schwerverletzte. Diese Bombe beendete faktisch abrupt den „autunno caldo", den heißen Herbst der bisher intensivsten Mobilisierungskampagne der italienischen Arbeiterklasse und leitete die Phase der Repression und der Kompromisse seitens der etablierten linken Parteien und Gewerkschaften ein, an deren vorläufigem Ende die gegenwärtige Wahlkampagne steht mit dem — vermutlich erfolgreichen — Ziel der Zementierung rechter parlamentarischer Mehrheiten. Unmittelbar nach diesem Massaker wurde zunächst ein bis dahin wenig bekannter Mailänder Anarchist namens Pinelli verhaftet, der während der ersten Verhöre einen angeblichen Selbstmord durch Sprung aus dem Fenster des Polizeigebäudes beging: alle Indizien sprechen dafür, daß Pinelli keineswegs Selbstmord beging, vielmehr möglicherweise die ihm zugedachte Rolle eines linken Sündenbocks nicht mitspielte und dann aus dem Wege geräumt werden mußte; erst gegenwärtig hat es die Witwe durchgesetzt, daß ein Prozeß gegen den — inzwischen beförderten! — verantwortlichen Beamten eingeleitet werden konnte. Sodann verhaftete man einen weiteren Anarchisten, Valpreda, gemeinsam mit einigen Genossen. Im Kontext der Strategie, den „heißen Herbst" unter allen Umständen zu beenden, war es absolut unumgänglich, einen Verantwortlichen für das von der Öffentlichkeit mit tiefem Schock spontan verurteilte Massaker auf der außerparlamentarischen Linken zu finden. Polizei und Staatsanwaltschaft haben sich seither kompromißlos darauf festgelegt, in Valpreda et al. diesen Schuldigen zu präparieren.

Valpreda sitzt seit mehr als zwei Jahren im Gefängnis. Die gesamte Anklage gegen ihn besteht auf der Aussage eines Taxifahrers, der Valpreda angeblich zum Tatort gefahren hat und der ihn bei der polizeilichen Gegenüberstellung sofort wiedererkannte; inzwischen wurde bekannt, daß diesem Taxifahrer zuvor ein Bild Valpredas gezeigt und ihm bedeutet worden war, daß er diesen Mann wiederzuerkennen habe. Die Aussagen dieses Taxifahrers selbst jedoch sind im Detail überaus widersprüchlich und aufgrund inzwischen angestellter Tests sogar unglaubwürdig — aber die Verteidigung kann ihn nicht ins Kreuzverhör nehmen: er ist inzwischen verstorben, nachdem er noch kurz vor seinem Tode seine Aussagen erneut zu Protokoll gab, ein Verhör jedoch, zu dem entgegen den gesetzlichen Bestimmungen die Verteidigung nicht hinzugezogen wurde. Ebenso jedoch verstarben auf mehr oder minder verdächtige Weise etwa ein halbes Dutzend möglicher Zeugen der Verteidigung, die den Beweis erbringen konnten, daß das Bombenattentat von faschistischen Gruppen geplant und aufgeführt worden sei — ein junger Deutscher, der dazu Aussagen gemacht hatte, verschwand in einem Irrenhaus und ist seitdem nicht mehr auffindbar. In der Presse wird offen darüber spekuliert, ob nicht die Staatsanwaltschaft bzw. die Polizei bzw. die rechte politische Klasse ein Interesse daran habe, daß auch Valpreda im Gefängnis stürbe: sein Gesundheitszustand ist in der Tat nach mehr als zwei Jahren Haft ernsthaft angegriffen und sein Tod wäre für die Beteiligten die Lösung eines zunehmend unangenehmen Dilemmas.

Valpreda dpa

Ende Februar begann endlich in Rom der lange erwartete Prozeß. Bereits in den ersten Prozeßtagen drohte die Gefahr, daß die vermeintliche Beweislast gegen Valpreda und Genossen einen raschen Freispruch unumgänglich machte — es gab keine. In der Zwischenzeit waren mehrere Bücher erschienen und kriminalistische Nachforschungen angestellt worden, die es für die Verteidigung — der sich auch der renommierte Lelio Basso zugesellt hatte — ein Leichtes zu machen schien, die Anklage zu widerlegen. Ebenso aber ist inzwischen das Parlament aufgelöst und sind die Neuwahlen für den 6. Mai ausgeschrieben worden; die weite Publizität, die das Valpreda-Verfahren hatte, und die peinlichen Enthüllungen, die gemacht wurden und in schneller Folge zu erwarten schienen, machten es zur dringenden Notwendigkeit, den Prozeß zu verschieben: nichts leichter als das — das römische Gericht, dem, da hier die Sache leichter manipulierbar erschien, der Fall mit fragwürdigen Begründungen sogleich übertragen worden war, erklärte sich für nicht zuständig und überwies den Fall zurück nach Mailand. Das dürfte in der Sache bedeuten, daß der Prozeß nunmehr erst im September frühestens — also nach den Wahlen — neu eingeleitet wird; falls es auch dann zu unliebsamen Enthüllungen kommen sollte, wird bereits heute erwogen, den Prozeß auf außerhalb Mailands weiter zu verlegen. Nach italienischem Recht kann ein Verdächtigter wie Valpreda bis zu acht Jahren ohne Prozeß inhaftiert bleiben.

„Il Manifesto", das sich trotz großer Bedenken für eine Wahlbeteiligung ausgesprochen hat, hat sich jetzt entschlossen, Valpreda zum Kandidaten zu machen. Für die linksliberale Presseöffentlichkeit zumindest besteht kein Zweifel an Valpredas Unschuld bzw. an der Verantwortlichkeit faschistischer Gruppen an den Vorgängen vom Dezember 1969. Inzwischen jedoch bleiben Valpreda und seine beiden Genossen (der vierte Inhaftierte, Merlino, gilt als infiltrierter faschistischer agent provorateur, und es ist durchaus möglich, das er allein auf freien Fuß gesetzt werden wird) weiterhin in Haft und zum Schweigen verurteilt. — Die USA sind weit entfernt; die Haftentlassung von Angela Davis dürfte sicher nur zum allergeringsten Teil auf die Anteilnahme etwa der bundesrepublikanischen Linken zurückzuführen sein; Italien jedoch liegt näher. Dessen Regierung und politische Klasse ist entschieden sensibler (und verwundbarer) für Kritik, wenn sie von einer lautstarken europäischen Meinungsöffentlichkeit artikuliert wird. Es stünde den westdeutschen Genossen gut an, wenn sie sofort und mit aller Energie eine großangelegte Kampagne zugunsten Valpredas organisierten. Dabei geht es nicht nur, aber auch, ganz entscheidend um die Individuen selbst, die als Opfer der italienischen Justiz und der italienischen Reaktion einem schleichenden Tod entgegensehen; es geht auch darum, der italienischen Linken, die sich in größerer Bedrängnis sieht, die einer stärkeren Repression ausgesetzt ist, als es bisweilen denen erscheinen mag, die ihre Hoffnung auf Italien setzen. Es sollte möglich sein, „Freiheit für Valpreda" so zu organisieren, wie es für Angela Davis der Fall war.

EKKEHART KRIPPENDORFF

# Erste Reaktionen zum „Fall Mandel"

Das Sozialistische Büro hat in einem offenen Brief an Bundesinnenminister Genscher und in anderen Analysen begründet, warum der „Fall Mandel" mehr und anderes ist als ein unwichtiges Symptom beim Versuch der Reaktion, die Institutionen des kapitalistischen Staates wieder zu säubern und vorgeschobene Positionen vor allen in den Bereichen von Schule und Hochschule zu kassieren. Erste Reaktionen auf die von uns und anderen eingeleiteten Initiativen zum Berufsverbot und zur Kampagne gegen die gesamte Linke zeigen jedoch neben Erfreulichem auch eine erschreckende Tendenz; sie soll hier kurz angezeigt werden, um ihr entgegenzutreten.

Leider feiern bei der notwendigen Gegenkampagne der Linken kurzsichtiger Opportunismus und verstocktes Sektierertum durchaus fröhliche Urständ. Wollen so auf der einen Seite linke Sozialdemokraten in der Regel (nicht aber etwa die Jungsozialisten) sich an der Kampagne gegen die Reaktion nur beteiligen, wenn die DKP entweder ausgeklammert oder gänzlich ausgenommen wird, so pflegen auf der anderen Seite einige Kleingruppen und die DKP selbst (nicht aber alle ihre Mitglieder und Freunde) sich wichtiger vorzukommen als es in ihren Augen eine gemeinsame Anstrengung aller Linken sein kann, der reaktionären Offensive entgegen zu treten. Während die Reaktion nach dem Muster vorzugehen scheint: ‚getrennt schlagen, vereint diffamieren' scheint bisher die Linke häufig darauf zu antworten: ‚getrennt marschieren, vereint verlieren'. Die reaktionäre Kampagne will alle linken Kräfte in der BRD — von den Linksliberalen und linken Sozialdemokraten bis zu den „nicht-revisionistischen" Kommunisten — treffen. Die angegriffene Linke brachte es bisher nicht fertig, bei allen unvermeidlichen Differenzen eine solidarische, entschlossene und situationsgerechte Antwort zu finden. Denn sie hält es zu einem guten, wenn auch unverantwortlichen Teil immer noch für wichtiger, ihr Schattenboxen untereinander fortzusetzen.

Hier soll nicht ein dumpfes Einheitspathos gepredigt werden. Es ist vollkommen klar, daß aus anderen Gründen als nur denen subjektiven Unvermögens zwischen den sozialistischen Gruppen in der Bundesrepublik (und nicht nur hier) Differenzen für absehbare Zeit unüberbrückbar sind und daß es auch unsinnig wäre, sie zu verwischen. Zur Kritik steht vielmehr der sektiererische Dogmatismus, angesichts eines auf die gesamte Linke zielenden Angriffes nicht einmal einen Minimalkonsens der gemeinsamen Abwehr zustande zu bringen, sondern stattdessen den Angriff der Reaktion zum Anlaß zu nehmen, die eigenen Idiosynkrasien und Verhärtungen an konkurrierenden Gruppen auszutoben. Das hat sich, gewiß nicht zufällig, besonders bei den ersten Reaktionen auf den „Fall Mandel" gezeigt.

Wir wissen alle, daß der Trotzkismus für die DKP wie für verwandte Richtungen der Leibhaftige ist. Der Haß auf Trotzki und all jene, die sich auf ihn berufen, hat tiefverwurzelte historische (und aktuelle) Gründe — in der Tat hat bis heute kaum ein Kommunist oder Sozialist die offene kämpferische Sprache des großen Revolutionärs und Marxisten-Leninisten Leo Trotzki gegen die Herrschaftselite der UdSSR, gegen das epochale Versagen und die historischen Verbrechen der von ihr geführten offiziellen kommunistischen Weltbewegung gefunden. Wen würde es also wundern, wenn sich DKP und SEW nicht gerade dafür begeistern, zum Beispiel für Ernest Mandel in die Bresche zu springen? Doch darum geht es gar nicht; DKP und SEW hätten in diesem persönlichen Fall sich zurückhalten und schweigen können. Tatsächlich haben sie jedoch in der Sache, die auch sie politisch unmittelbar betrifft, die selbstverständlichste Solidarität in der Abwehr eines hier und heute gemeinsamen und gefährlichen Gegners in den Wind geschlagen. In gleichlautenden offiziösen Aussagen — von der Westberliner „Wahrheit" bis zur „UZ" — verkündigten sie, einem Wunschbild folgend, daß gerade Mandel zur „Statuierung eines Exempels" ausgesucht worden sei, weil die Reaktion wisse, daß „Mandels konvergenzlerische antisozialistische Theorie (usw.) nicht die Spur einer Gefahr für das spätkapitalistische System" bedeute und so Solidaritätsaktionen in ineffektiver Weise kanalisiert werden sollten"; denn schließlich sei Mandel nichts als ein Antikommunist, der „seine Feindschaft gegen die Sowjetunion und den existenten Sozialismus pseudolinks und pseudowissenschaftlich verschleiert". Was DKP/SEW unter „ineffektiv" verstehen, ist deutlich: ineffektiv ist, was ihnen nicht unmittelbar und speziell nützt. Entscheidend aber ist, daß sie es wieder einmal nicht übers Herz bringen, sich in einer wichtigen politischen Sache, die hier freilich durch einen kommunistischen Gegner der DKP repräsentiert wird, zu solidarisieren — natürlich nicht um der Person Mandels willen, sondern nur um der politischen Sache willen, die auch die DKP treffen soll und tatsächlich trifft.

Während die DKP es zu Recht als eine Selbstverständlichkeit ansieht, daß alle Sozialisten — auch dann, wenn sie von der DKP nichts oder wenig halten — sich zur Abwehr gegen antikommunistische Unterdrückungsmaßnahmen zusammenschließen, nimmt sie aufs Neue dagegen für sich in Anspruch, sich nur dort zu engagieren, wo ihre Empfindlichkeiten unangefochten bleiben. Als fadenscheinige, unhaltbare Begründung hierfür gibt sie — allerdings in der typischen Arroganz entliehnter Macht — vor, daß der Reaktion eine „Solidarisierung mit dem Vertreter einer ‚Lehre' (!), die nirgendwo die Welt verändert hat noch sie je verändern wird, lieber ist als Solidarisierung etwa mit Vertretern des wissenschaftlichen Sozialismus". Wenn es auch fast nicht mehr zu fassen ist, daß die DKP immer noch den grotesken Anspruch erhebt, den wissenschaftlichen Sozialismus auf alleinseligmachende Weise für ihresgleichen gepachtet zu haben, so ist es um so klarer, daß sie nach wie vor in ihrem rigiden, autoritären Führungsanspruch verharrt und zugleich für sich eine Solidarität in Anspruch nimmt, die sie ihren marxistischen Gegnern zynisch und kleinlich verweigert.

Die Zeit, in der sie sich mit der Aura, das Gefäß der „historischen Notwendigseit" zu sein, umgeben und ihrer Politik einen Glorienschein verleihen konnten, ist für Parteien dieser Richtung jedoch endgültig vorbei. Ihre Arroganz ist nicht mehr als ein Zeichen innerer und äußerer Schwäche. Ihre mangelnde Souveränität im Umgang mit Gegnern ist aber auch eine politische Gefahr. Wenn in diesem Augenblick nicht alle linken Kräfte in der Bundesrepublik eine — wie immer abgestufte — gemeinsame Politik gegen die Angriffe der Reaktion finden, dann sind sie geschlagen, ehe sie sich noch zu schlagen begonnen haben. Auch wenn wir zum hundertsten Mal den billigen Gassenhauer der umgedrehten Antikommunismusschablone erwarten dürfen, ist es nötig, diesen Skandal offen auszusprechen.

Wie es für uns selbstverständlich bleibt, uns im Kampf gegen Unterdrückungsmaßnahmen, die Mitgliedern und Anhängern der DKP gelten, zu beteiligen, so ist es für uns jedoch auch eine handgreifliche Wahrheit, daß erst dann, wenn Sozialisten und Kommunisten in der Bundesrepublik endlich gelernt haben werden, sich bei aller Gegnerschaft ihrer wahnhaften Ausschließlichkeitsansprüche zu entäußern — daß erst dann eine wirkliche Chance zum arbeitsteiligen Aufbau einer antikapitalistischen Massenbewegung in der Bundesrepublik und für den erfolgreichen Kampf gegen Anschläge der Reaktion besteht.

GERT SCHÄFER

## Ernest Mandel: Aus der Antwort an den Westberliner Senat

Worum es sich in Wirklichkeit handelt, ist die rigide Verhinderung jeglichen Marxismus-Studiums an den Hochschulen überhaupt, das von Marxisten selbst getragen wird. Zunächst hieß es, es gebe keine wissenschaftlich kompetenten Marxisten. Nachdem mir jedoch Senator Stein die Kompetenz ausdrücklich bestätigt hat, heißt es nun, politisch-aktive Marxisten könnten nicht berufen werden. Da aber die politische Praxis integraler Bestandteil des Marxismus ist, wird dadurch jegliche Berufung wirklicher Marxisten unterbunden. Letztlich beweist der Westberliner Senat damit, daß er Gegner einer wirklich pluralistischen Hochschule ist. Er stellt sich damit zugleich ein Minderwertigkeitszeugnis aus, weil diese Gegnerschaft nur aus der Furcht vor einer geistigen Auseinandersetzung entstehen kann. Daß ich an der Freien Universität weder Bomben schmeißen noch Maschinengewehre aufstellen will, ist selbstredend. Es geht ausschließlich darum, den zahlreichen sozialistischen Studenten die Gelegenheit zu geben, im Rahmen ihres Universitätsstudiums einen Unterricht zu ermöglichen, der ihren Bedürfnissen entspricht und gleichzeitig Marxisten und Nichtmarxisten in die Lage zu versetzen, ihre Ansichten bezüglich der wissenschaftlichen Analyse und theoretischen Erfassung der Ökonomie einer Gesellschaft miteinander zu konfrontieren. Mir kommt eine solche Konfrontation nur gelegen, denn der Marxismus gedeiht in einer Atmosphäre ständiger, scharfer, wissenschaftlicher Kritik am besten. Daß der Berliner Senat sich fürchtet, spricht Bände über die fehlende Zuversicht zu seinen eigenen Ideen und die ihm fehlende Bereitschaft, auch nur einige Elemente von Selbstverwaltung an der Universität praktizieren zu lassen. — Durch diesen Versuch der Restauration der autoritären Hochschule werden ständige Unruhen offen und zynisch provoziert.

**(Der volle Wortlaut Mandels Antwort an den Westberliner Senat ist in der Broschüre MATERIALIEN ZUM BERUFSVERBOT dokumentiert; Bezug über Sozialistisches Büro.)**


## Zum 1. Mai . . .

. . . stehen verschiedene Materialien zur Verfügung (ab 22. April 1972), die bei den Veranstaltungen zum Tag der Arbeit verteilt oder auch verkauft werden sollten:

1) Mai-Ausgabe „links", ab 10 Stück je Exemplar 30 Pfennig, ab 30 Stück je Exemplar 20 Pfennig.

2) Arbeiter-Wandzeitung „Erster Mai" (Bild und Text DIN A 2 quer), ab 30 Stück je Exemplar 50 Pfennig, ab 100 Stück je Exemplar 10 Pfennig.

3) Zeitungsflugblatt „Am Beispiel Angela Davis", ab 30 Stück je Exemplar 10 Pfennig, ab 100 Stück je Exemplar 5 Pfennig.

Bestellungen ab sofort an Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Tel. 0611 — 83 25 93

Lieferung nur gegen Voraus-Bezahlung.

Leo Kofler:
**Zur Dialektik der Kultur**

Dieser Sammelband erscheint aus Anlaß des 65. Geburtstages von Leo Kofler. Er bringt sechs Beiträge. Diese Arbeiten zur marxistischen Methodik und ihr Verhältnis zur Philosophie verdeutlichen Koflers Position. Essays über die Bildungsideologie im Spätkapitalismus und das Demokratieverständnis des modernen Bürgertums zeigen die Spannweite seines Denkens auf, das konsequent am historischen Materialismus festhält. Besonders aktuell ist Koflers Versuch der Grundlegung einer neuen Sozialanthropologie. Hierbei setzt sich der Autor intensiv mit der „Frankfurter Schule" auseinander. Eine kritische Einleitung von Günter Maschke, auf das Gesamtwerk von Kofler bezugnehmend, versteht sich als Aufforderung zur Diskussion.

**Makol 20**
**ca. 240 Seiten, Preis DM 12.–**

**makol Verlag**

**Bezug gegen Voraus-Rechnung über Bücher- & Papervertrieb 605 Offenbach 4, Postfach 591**

**ROTE ROBE**

**Erscheint 6mal jährlich Auflage 4.220 — Preis für das Einzelheft DM 1.50 — Jahresabonnement DM 8.— plus Porto**

**Aus dem Inhalt von Heft 6/71:**
- Antikommunismus und KPD-Verbot
- Zur Funktion und Qualifikation von Verfassungshütern
- Anwälte der SPK von der Verteidigung ausgeschlossen
- Betriebsfrieden und vertrauensvolle Zusammenarbeit: zur Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes
- Schmidt probt den Notstand
- Zum Entwurf eines Werksarztgesetzes
- Mord an Georg von Rauch

**Heft 1/72 bringt unter anderem:**
- Die objektiven Grundlagen der zweiten Verfolgungswelle
- Antikommunismus und KPD-Verbot (2. Teil)
- Prozeß gegen Kronzeugen — Zum Ruhland-Prozeß
- Zum Prozeß gegen Johann von Rauch
- Der Heidelberger Cabora-Bassa-Prozeß
- Ministerpräsidenten beschließen Säuberung
- Zu § 129 StGB „Kriminelle Vereinigung"
- Arbeitszwang durch Einstweilige Verfügung
- Betriebskrise und Arbeiterinteressen
- Zum Aussperrungsurteil des Bundesarbeitsgerichts

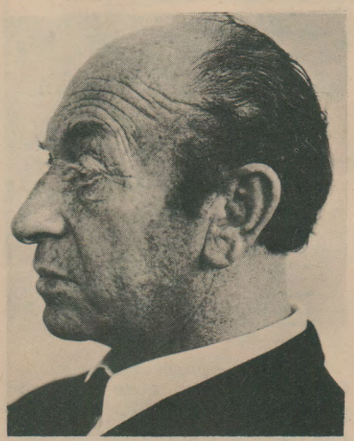
**Probeheft und Abonnement bei:**

**ROTE ROBE-Verlag**
**69 Heidelberg, Werrgasse 7**

# Leo Kofler 65 Jahre

In einer Zeit, in der sich in der Bundesrepublik Deutschland kaum einer öffentlich als Marxist bezeichnen konnte, ohne auf das Unflätigste geschmäht, von Staatsschutzinstanzen überwacht, in seinem Beruf verfolgt und mit Inhaftierung bedroht zu werden, in dieser Zeit, also vor wenig mehr als einem Jahrzehnt, gehörte Leo Kofler zu den sehr wenigen, die unbeirrbar und aufrecht blieben. Er hat darüber hinaus die Autonomie besessen, die unvermeidliche gesellschaftliche Isolierung, das klare Wissen, in diesem Augenblick allein für eine verschwindende Minderheit zu sprechen, auch ohne den Preis der starren Anlehnung an den institutionalisierten „Marxismus-Leninismus", sein Machtsystem und seine jeweiligen Wendungen, ertragen zu können. Leo Kofler, 1947 Professor für Geschichtsphilosophie in Halle und Direktor des dortigen Instituts für Historischen Materialismus, war schon 1951 zur Flucht aus der DDR gezwungen worden; er entkam ein paar Stunden vor dem Zugriff der Geheimpolizei. Kofler war der Parteifeindlichkeit geziehen worden, weil er der SED bürokratisch-mechanizistisches Denken vorwarf und ihr wenig Chancen bescheinigte, auf diesem Wege eine wirklich sozialistische Gesellschaft in Deutschland aufzubauen. Er hatte im besonderen eine „völlige Neuorientierung in der Schulungs- und Erziehungspraxis" gefordert, darauf hinweisend, daß das materialistische Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein nicht ein mechanizistisches Zweischichtenmodell und alles andere als die mindere Wichtigkeit des gesellschaftlichen Bewußtseins, gar in der Periode des Übergangs zum Sozialismus, beinhaltet, daß vielmehr der Begriff gesellschaftlicher Totalität ernst zu nehmen sei. Ein philosophischer Wasserträger des Stalinismus entgegnete ihm damals, wohl in der Meinung, etwas Bedeutsames auszusprechen: „Marxisten verstehen unter Materialismus die Lehre, daß das Materielle primär, das Geistige sekundär ist", warf — ausgerechnet ein stalinistischer Vulgäridealist — Kofler „idealistische Verfälschung des Marxismus" vor und nannte ihn selbstredend einen „imperialistischen und trotzkistischen Sowjetfeind".

Es war kein Zufall, daß in der DDR nichtstalinistische Kommunisten mit dem größten Haß verfolgt wurden, und es war auch kein Zufall, daß sie in der Bundesrepublik den schwersten Stand hatten. Leo Kofler hat den Mut und die Charakterstärke bewiesen, trotz alledem seinen Kampf fortzusetzen, als marxistischer Schriftsteller, in der Arbeiter- und Jugendbildungsarbeit, als Lehrer, Theoretiker und politischer Kämpfer.



Unter den andersartigen Bedingungen der Bundesrepublik nahm er den Kampf gegen eine sich verbürgerlichende Arbeiterbewegung und gegen die Arbeiterbürokratie auf. Er verwies mit Bestimmtheit auf den theoretischen Sinn und die weltgeschichtliche Dimension des Marxismus. So ist es ihm auch — als einem hegelianischen Marxisten — nicht zuletzt die Kraft theoretischer Einsicht, die ebenso vor perspektivelosem Opportunismus wie vor der Verstümmelung und Unterdrückung der Wirklichkeit durch das bürokratische Machtkalkül bewahrt. So schrieb er in einem alten Aufsatz „Volkstribun oder Bürokrat?" einmal:

„Der geschichtliche Sinn einer jeden großen Bewegung, die sich die Veränderung der Zustände zur Aufgabe macht, ist, solange sie noch fern vom Ziel steht, das Denken in bedeutenden weltgeschichtlichen Dimensionen. Deshalb ist die ausgebildete Theorie, wenn auch als bewegliche und stets von neuem die Probleme durchdenkende, die Seele einer jeden solchen Bewegung. Die bedeutende Theorie ist das Gefäß des Weltgeistes (in einem nicht metaphysischen Sinne), der in ihr seine verborgensten Absichten zu erkennen gibt und durch sie sich im entscheidenden Augenblick praktisch verwirklicht. Die Theorie ist sowohl der Born, in dem sich das Wissen um die Sache über die Schranken des Augenblicks, der zu philisterhaften Enge und zur Abfindung mit dem kleinlichen Erfolg verleitet, hinaus aufbewahrt, als auch die Kraft, die der Tat nach langem Warten den Mut der Konsequenz verleiht ... Die Theorie ist also das Sprachrohr der Weltgeschichte bis zurück in den alltäglichen Aufgabenkreis hinein, ohne dessen Beachtung sie allerdings zu einem bloßen utopischen Widerhall eines hohlen historischen Echos zu entarten droht, zu einem ethischen Postulat ohne wirkliche Beziehung zur Realität. Sie ist es, die Freiheit gewährt im Dschungel der Entfremdung ... Die Phrase von der bürgerlichen Freiheit ist nicht deshalb Phrase, weil nicht gewisse Freiheiten das Individuum wirklich freier gemacht haben, sondern weil es durch Entfremdung seines Denkens außerstande gesetzt wird, über diese Freiheiten zu verfügen. Im Kopfe des „fortschrittlichen" Bürokraten verkehrt sich alles. Er mißt nicht die augenblicklichen Teilaufgaben an den Bedürfnissen der Weltgeschichte, sondern diese an jenen. Sein zum technisch-formellen Vollzug herabgesunkenes Spezialistentum erzeugt den Haß gegen den theoretischen Störenfried, der ihn an seiner aufopferungsvollen Arbeit für das „Mitglied" hindert. Das ist aber das Mitglied, wie es gerade geht und steht, in seiner totalen Entmenschlichung als Träger von zum Teil der einfachsten Notdurft dienenden, zum Teil kapitalistisch-vermaterialisierten Bedürfnissen verarmseligt ist ... Dieses Surrogat drängt sich dem Bürokraten als Objekt seiner Tätigkeit auf, für die er nunmehr keiner Theorie bedarf. Er geht über sie zur Tagesordnung über, zur Ordnung des Tages, die die Ordnung der Entfremdung ist."

Auch wer die hegelianisierende Konzeption des Marxismus (wie ich) nicht teilen kann, wird durch Koflers Arbeiten belehrt. Sein großes Werk zur „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft", seine „Wissenschaft von der Gesellschaft" sowie zahlreiche literatur- und kultursoziologische Arbeiten (zuletzt: Zur Dialektik der Kultur, Makol-Verlag Frankfurt 1972) beweisen seinen unstreitigen theoretischen Rang. Es versteht sich, daß dieser bedeutende marxistische Wissenschaftler keine Chance erhielt, an einer Hochschule der Bundesrepublik zu lehren.

Wir grüßen den Genossen Leo Kofler.

GERT SCHÄFER

**Leo Kofler: Technologische Rationalität im Spätkapitalismus. Ein Beitrag zu einer profilierten Ideologie technokratischer Rationalität in einer irrationalen Gesellschaft. Eine ideologiekritische Ergänzung zum Richta-Report. 160 Seiten, DM 6,–. Bezug über Bücher- & Papervertrieb.**

# Wohin treibt Jugoslawien?

## Etappen, Tendenzen und Widersprüche der Transformation einer Übergangsgesellschaft

Hansgeorg Conert

Es ist in den vergangenen Wochen wieder still geworden um Jugoslawien. Die kroatische Krise scheint bereinigt. Personen in der Spitze der kroatischen Republikorganisation des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) sowie der Regierung traten zurück oder wurden abgelöst, zahlreiche Verhaftungen, insbesondere von Studenten und anderen Intellektuellen, wurden vorgenommen. Über Prozesse und Urteile verlautete bislang nichts.

Wir haben bereits in einem Kommentar in der Januar-Ausgabe von ‚links' bezweifelt, daß die eruptive Manifestation gesellschaftlicher Teilinteressen in nationalistischer Gestalt die jugoslawische Führung dazu veranlassen könnte, ihre ökonomischen und gesellschaftspolitischen Grundkonzeptionen ernsthaft zu überdenken und infragezustellen. Wie bereits üblich, richtete Tito wortstarke Drohungen an die Adresse anonymer Gegner. Die Ursachen der Konflikte liegen für ihn – und auch das ist nicht neu [1] – nicht in den eigentümlichen ‚marktsozialistischen' Produktionsverhältnissen, sondern in Bereichen des Überbaus: „... ich denke, daß im BdKJ eine ideologische Krise besteht. Sie besteht nicht seit unseren Vorbereitungen auf die Verfassungsänderungen, sondern schon seit langem ... Wie ist es zu dieser ideologischen Krise gekommen? Dazu ist es auf Grund eines Nichtbegreifens verschiedener antisozialistischer Erscheinungen gekommen. Vor unseren Augen wurden verschiedene Symposien wie jene auf Korcula, in Novi Sad usw. durchgeführt. Auf diesen Symposien werden alle möglichen Ideen dargelegt. Es wird über verschiedene Ideologien diskutiert, aber am wenigsten wird über die Anwendung des Marxismus auf die gegenwärtigen Entwicklungsprozesse des Sozialismus in Jugoslawien und in der Welt überhaupt gesprochen ... Sofern man an einzelnen Fakultäten wie den ökonomischen und anderen vom Marxismus und von der marxistischen Ökonomie spricht, bringt man das mit allen möglichen Richtungen und allen möglichen Klassikern, sowohl marxistischen als auch bourgeoisen, durcheinander.' [2]

Die Verbreitung antisozialistischer Denk- und Verhaltensweisen wurzelt demnach in der Abkehr von der marxistischen Wirtschaftstheorie an den Hochschulen, nicht aber in der realen Preisgabe gesamtgesellschaftlicher Verfügung über das gesellschaftlich erzeugte Mehrprodukt zugunsten syndikalistischer Aneignungsformen. So sucht Tito auch die Lösung der Probleme in

Randkorrekturen außerhalb der Produktionsverhältnisse: ‚Wir werden bald die 2. Konferenz der BdKJ haben. Auf dieser Konferenz werden wir auch gewisse Statutenfragen erörtern müssen.' Die Grundorganisationen seien zu groß, um die ideologische Führungsrolle der BdKJ wirksam in der Bewußtseinsbildung der Mitglieder realisieren zu können. ‚Wenn jedoch die Grundorganisationen kleiner sind, werden Bedingungen für eine bessere Erziehung und für ein wahres kommunistisches Leben in dieser Umgebung geschaffen. Natürlich müssen auch zu Hause die kommunistischen Verhaltensnormen gelten. Dann wird man leichter auch eventuelle Gegner im BdKJ kontrollieren können ...' [3]

Inzwischen fand Ende Januar die 2. Konferenz des BdKJ statt [4]. Hier zerstreute Tito eventuelle Spekulationen auf einen innenpolitischen Kurswechsel [5]. Stane Dolanc, der hier zum Sekretär des nunmehr achtköpfigen Exekutivbüros des Präsidiums des BdJK gewählt wurde, hatte bereits in der Vorwoche die gleiche Versicherung in der BRD gegenüber führenden Sozialdemokraten ausgesprochen und – obgleich doch augenscheinlich viel weniger manifest als nationalistische und andere Gegentendenzen – den Neostalinismus verurteilt [6].

In dem erwähnten Kommentar hatten wir die These vertreten, die Reaktivierung nationalistischer Forderungen sei eine Konsequenz der Freisetzung gesellschaftlicher Partialinteressen durch die marktwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse Jugoslawiens. Dieser Zusammenhang wurde in der im ganzen recht ausführlichen Berichterstattung der bundesdeutschen Informationsmedien negiert. Der Autor einer marxistischer Tendenzen völlig unverdächtigen amerikanischen Zeitschrift formuliert ihn dagegen sehr präzise: ‚Rivalität zwischen den Republiken, wie immer, ist nur eine Form des ökonomischen Konflikts. Die Liberalisierung der jugoslawischen Wirtschaft wurde begleitet vom Aufkeimen von Wirtschaftsverbänden, regionalen Interessenverbänden, Industrielobbies und anderen Vereinigungen von Sonderinteressen, so komplex, vielfältig und unzählig wie im Westen.' [7] Die wesentlichen Etappen dieser ‚Evolution eines Systems' sollen im folgenden in aller Kürze angedeutet werden.

### Tendenzen der Entwicklung von Arbeiterselbstverwaltung und sozialistischer Marktwirtschaft

Die Modifikation des bis dahin zentralistisch-bürokratischen Systems der Wirtschaftsplanung und -leitung durch Einführung von Elementen einer Arbeiterselbstverwaltung wurde in Jugoslawien eingeleitet mit dem ‚Grundgesetz über die Leitung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe und der höheren Wirtschaftsverbände durch die Arbeiterkollektive' vom 27. Juni 1950. Offiziöse jugoslawische Darstellungen erwecken seit Jahren gern den Eindruck, die sich im Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung ausdrückende Konzeption einer Übergangsgesellschaft zum Sozialismus und Kommunismus sei die wesentliche Ursache für den Bruch zwischen Jugoslawien und den Parteien und Staaten des Kominform im Frühjahr und Sommer 1948 gewesen. Das ist aber zweifelsohne unzutreffend. Der Hauptgrund für diesen Bruch lag darin, daß Stalin sowjetische Herrschaftsinteressen gefährdet wähnte durch Titos Ambition, Jugoslawien zum Zentrum einer Balkanföderation mit Bulgarien, Rumänien, Albanien, Ungarn und (nach dem erwarteten Sieg der Linkskräfte im Bürgerkrieg) Griechenland zu machen. Daß die Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens gegenüber der UdSSR und dem Kominform nicht einzulenken bereit war, drückt sowohl das auf die eigene Befreiung von der faschistischen Besetzung gegründete Selbstvertrauen, wie auch eine zunehmende Verärgerung über bestimmte sowjetische Vertrags- und Beraterpraktiken aus. Theoretisch-konzeptionelle Divergenzen über Wesen und Gestalt der Übergangsgesellschaft sind für diese Zeit aber nicht nachweisbar. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang die Interpretation Sweezys, daß die jugoslawische Partei- und Staatsführung nach der als Folge des Bruchs mit den bisherigen Verbündeten eingetretenen außenpolitischen Isolierung ihre Loyalitätsbasis im Inneren habe erweitern und stärken müssen und so auf eher pragmatische Weise zur Einführung der Arbeiterselbstverwaltung gekommen sei. [8]

Das Selbstverwaltungssystem und die Regulative der ‚sozialistischen Marktwirtschaft' (dieser Begriff wurde 1952 offiziell eingeführt) wurden seither ständig erweitert und modifiziert. Als Ergänzung der Arbeiterselbstverwaltung in den Industriebetrieben wurden im April 1952 die kommunalen Vertretungsorgane (zu dieser Zeit: ‚Volksausschüsse') durch ‚Produzentenräte' erweitert. Im Januar 1953 wurde die Verfassung grundlegend revidiert, u. a. das Selbstverwaltungsprinzip verfassungsrechtlich verankert und die Produzentenräte anstelle der bisherigen 2. Kammern auch innerhalb der Vertretungsorgane der Republiken und der Föderation eingeführt. Die Abkehr von der sowjetkommunistischen Konzeption der Führungsrolle der Kommunistischen Partei und deren zumindest intendierte Beschränkung auf ideologisch-erzieherische Funktionen sollte die vom VI. Parteikongreß im November 1952 beschlossene Umbenennung der KPJ in ‚Bund der Kommunisten Jugoslawiens' ausdrükken. 1955 wurden die Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden erweitert und die Kommunen zu den Grundeinheiten der sozialistischen Demokratie erklärt. Die aus pragmatischen und eklektischen Ansätzen entwickelte Konzeption einer von genuin sozialistischen Prinzipien geprägten Übergangsgesellschaft wurde erstmals verbindlich zusammengefaßt in dem Programm, das der BdKJ auf seinem VII. Kongreß im April 1958 in Lubljana annahm. 1961 wurde das Selbstverwaltungsprinzip von den Betrieben auf alle ‚Arbeitsorganisationen' (d. h. z. B. auch auf Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungen etc.) ausgedehnt.

1963 schließlich wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die Edvard Kardelj, der dem Verfassungs-

**Belgrader Zeitung „Student"**

ausschuß vorstand, als „eine Verfassung des absterbenden Staates" bezeichnete. Die vielfältigen, bis dahin erfolgten Modifikationen des Selbstverwaltungssystems wurden hiermit zu einer zumindest in der Konzeption bemerkenswerten, stringenten Ordnung unmittelbarer, sozialistischer Demokratie vereinigt. Zugleich erfolgte die Umbenennung des Staates aus ‚Föderative Volksrepublik' in ‚Sozialistische Föderative Republik'. Da der jugoslawische Reformeifer jedoch inzwischen in eine Reformmanie umzuschlagen scheint und man zudem merkwürdigerweise detaillierteste betriebliche oder verwaltungsmäßige Verfahrensregeln zu Verfassungsnormen macht, hat es bereits bis 1971 nicht weniger als 42, zum Teil einschneidende Verfassungsänderungen gegeben.

Parallel zu den Dezentralisierungsschritten im politisch-administrativen Bereich wurden in der Wirtschaft etappenweise die verbindliche zentrale Planung, die Einflußnahme staatlicher Instanzen auf Entscheidungen der Unternehmen sowie die gesamtgesellschaftliche Verfügung über Teile des in den Betrieben erzeugten Mehrprodukts abgebaut. Seit 1961 verlagert man sogar beachtliche Kompetenzen auf eine Entscheidungsebene noch unterhalb der Unternehmen, nämlich auf ‚Ökonomische Einheiten'. Solche bilden innerhalb der Unternehmen Betriebe oder Betriebsteile, für die aufgrund ihrer technisch eigenständigen Funktion im Produktionsprozeß eine gesonderte Rentabilitätsrechnung erfolgen kann.[9]

## Die Wirtschaftsreform von 1965

Den entscheidenden Einschnitt in der skizzierten Entwicklung bildet jedoch die Wirtschaftsreform von 1965 mit ihren nachfolgenden Erweiterungen und Modifikationen. Bis dahin verblieb, zum Teil durch fortgeltende Normen, andererseits auch durch Diskrepanzen zwischen Normen und Praxis, ein dem sozialistischen Anspruch eben noch gerechtwerdenes Maß an gesamtwirtschaftlicher Beeinflussung der einzelwirtschaftlichen Entscheidungen sowie gesamtgesellschaftlicher Verfügung über Teile des Mehrprodukts bestehen. Erst im Zuge dieser Reform wurde mit marktwirtschaftlichen Prinzipien in einer Weise ernst gemacht, die auch Apologeten des staatsinterventionistisch gesteuerten Kapitalismus für antiquiert halten und die Jugoslawien heute zuweilen als letzten Hort des laisser-faire-Liberalismus erscheinen lassen.

Die Reform von 1965 ist eine Reaktion auf Widersprüche im jugoslawischen Wirtschaftssystem, die sich z. B. äußerten in einer die Produktionsfähigkeiten ständig übersteigenden Nachfrage (sowohl nach Investitions- wie nach gehobenen Verbrauchsgütern), in den permanenten außenwirtschaftlichen Defiziten, in einer entsprechend enormen Inflationsrate[10], in Disproportionen zwischen einzelnen Wirtschaftsbereichen, in niedriger Arbeitsproduktivität und dem Zurückbleiben technischer Innovationen u. a. m.

Es erhebt sich jedoch die Frage, weshalb die Lösung der Probleme im Weitertreiben der marktwirtschaftlichen Konsequenzen und nicht in der Entwicklung von Formen und Methoden der verbindlichen Planung gesamtwirtschaftlich entscheidender Größen und Proportionen, bei gesellschaftlicher Verfügung über einen ausreichenden Teil des in den Einzelunternehmen erzeugten Mehrprodukts, gesucht wurde? Eine gesicherte Antwort auf diese Frage würde die Analyse einer Fülle verschiedenster empirischer Daten verlangen, über die wir überwiegend nicht verfügen. Hypothetisch kann jedoch unterstellt werden, daß im Gefolge der ökonomischen und politischen Dezentralisierungsmaßnahmen bis 1965 innerhalb der jugoslawischen Führungseliten in Partei, Staat und Wirtschaft die technokratischen Kräfte, in Koalition mit Teilen der alten bürokratischen Fraktion, dominierenden Einfluß gewannen. Zudem profitierten sie von den Kämpfen innerhalb der letzteren, wie z. B. durch die Ausschaltung Rankovics und seiner engeren Anhänger 1966. Zwar konzedieren selbst jugoslawische Darstellungen die Unpopularität des extremen ökonomischen Liberalisierungskurses in der Arbeiterschaft. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß der jugoslawische Weg nicht nur einer kleinen Privilegiertengruppe, sondern breiteren gesellschaftlichen Schichten ein geringeres Maß von Konsumbeschränkung auferlegt, als z. B. die staatssozialistischen Länder vergleichbaren Entwicklungsniveaus. Dadurch erhält die technokratische Elite eine bestimmte Basis in der Gesellschaft, wenn auch, bzw. gerade weil die Fetischisierung von PKW, Eigenheim etc. in Jugoslawien zu den gleichen Deformationen des gesellschaftlichen Bewußtseins der Werktätigen führt wie im Kapitalismus.

Sah Marx die mögliche Freiheit im Bereich der gesellschaftlichen Produktion gerade darin, daß „... die assoziierten Produzenten diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinsame Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden ..."[11], so verrät die im Hinblick auf die Wirtschaftsreform von 1965 offiziell formulierte Absicht der „Emanzipation der Wirtschaft von der Politik", daß die jugoslawische Führung der Steuerungsfähigkeit der Marktgesetze mehr vertraut als dem

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Nr. 1 — 2. Jahrgang — DIE BEFREIUNG DER ARBEITERKLASSE MUSS DAS WERK DER ARBEITERKLASSE SELBST SEIN — Nürnberg 25. Februar 1972

**Aus dem Inhalt dieser Ausgabe**

Seite 1 Die Krise des jugoslawischen Sozialismus
Seite 4 Das Ergebnis des Metalltarifkonfliktes
S. 5 Neues Kampfbewußtsein in Baden-Wttbg.
Seite 8 England im Strudel des Klassenkampfes
Seite 9 Brief der JUSOS
Seite 10 Neuer Reformismus?
S. 10 Systemüberwindende Reformen
S. 11 Zum Revisionismusproblem (R.Luxemburg)
S. 11 "Demokratische Volkspartei"
S. 12 Parlamentarische Demokratie
S. 13 Gewerkschaftspolitik
S. 13 Mitbestimmung
S. 14 Die Betriebsnahe Tarifpolitik
Seite 15 Schwere Regierungskrise in Italien
Seite 18 Leserbrief
Seite 19 Standort und Aufgaben unserer Gruppe
Seite 22 Dänemark: Der Weg zurück
Seite 23 Informationen: China (Lin Piao / Tibet)
Seite 28 Der indische Subkontinent in Gärung
Die Flucht in den Krieg:
Die ökonomische und soziale Ausweglosigkeit
Die Machtpolitik der soz. Großmächte
Ein neues Kräfteverhältnis in Süd-Asien
Der Niedergang Pakistans - Die Tragödie von Bengalen - Das Falschspiel der indischen Bourgeoisie - Indien in der Entwicklung zur Existenzkrise - Die Verelendung der Massen in Indien und Pakistan - Explosionsherd in Bengalen - Polarisierung der Klassen

*Die Krise des jugoslawischen Sozialismus*

Die harten Maßnahmen Titos in Kroatien - Ablösung der Partei - und Staatsführung, Massenverhaftungen von Studenten, Zerschlagung des Kulturverbandes "Matica Hrvatska" - erfolgten in einem Augenblick, in der Jugoslawien einer akuter Krise mit der Gefahr des Zusammenbruchs des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zusteuerte. Nicht umsonst drohte Tito mit dem Einsatz der Armee, die in diesem Augenblick die stärkste integrierende Kraft gegen die Auflösungserscheinungen in Jugoslawien darstellt.
Der Vielvölkerstaat, bestehend aus 6 Teilrepubliken und 2 autonomen Gebieten ist kein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Von Nordwesten nach Südosten besteht ein krasses wirtschaftliches und zivilisatorisches Gefälle. Ökonomisch am weitesten entwickelt sind Slowenien und Kroatien. Serbien kommt an zweiter Stelle. Am rückständigsten sind das frühere Bosnien, Montenegro und besonders Mazedonien. Es muß natürlich Aufgabe einer sozialistischen Staatsführung sein, dafür zu sorgen, daß die rückständigen Gebiete sich im Laufe der Zeit angleichen. Ohne Hilfe der entwickelten Landesteile geht das nicht.
Seit den Staats- und Wirtschaftsreformen von 1965/66 zeichnete sich ein chaotisches Gegeneinander von Teilinteressen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ab. In Kroatien bestand die Hauptforderung der Nationalisten in der Verwendung der Devisen aus dem Fremdenverkehr und der Exportindustrie für weitgehende Verwendung im eigenen Bundesland. Die abgelöste Kroatische Parteiführung sah solchen und ähnlichen Forderungen, deren absurdeste die eigene Vertretung Kroatiens in der UNO war, tatenlos, wenn nicht mit Sympathie zu.
Die Zagreber Zeitschrift "Praxis", um die sich eine marxistisch-philosophische Gruppe schart,

## Arbeiterstimme

Organ für klassenbewußte Arbeiter. Von Arbeitern gemacht. Erscheint 5x im Jahr. Zu bestellen bei: Hans Kunz, 85 Nürnberg, Peterstraße 16a



Ein Buch, das – mit einer Fülle z. T. vertraulicher Dokumente – den theoretischen und praktischen Konflikt zwischen Gewerkschaftsbürokraten und betrieblicher Basis zur Sprache bringt:

## Fritz Vilmar: Mitbestimmung am Arbeitsplatz

Basis demokratischer Betriebspolitik

**2. erweiterte Auflage. 124 S. DM 9.80**

Das Urteil eines IGM-arbeitsdirektors:

„Die Vertrauensleute erwarten zu viel. Besonders dann, wenn sie, noch angereichert durch die Theorien von Vilmar und Matthöfer, von unseren Schulen zurückkehren. Ihre Vorstellung über Arbeitsgruppensprecher und der Verantwortung ist geradezu grotesk."

**Hermann Luchterhand Verlag GmbH**
**545 Neuwied, Postfach 1780**

# Neu im Verlag 2000

### Reihe Roter Pauker Materialien zum Berufsverbot

Das drohende Berufsverbot, zumindest aber Disziplinarstrafen und permanenter Druck durch Gesinnungsschnüffelei und Denunziation könnten bei progressiven Lehrern und Lehrerstudenten leicht die von den Herrschenden beabsichtigte Wirkung haben: als Reaktion wird nur noch vorsichtig taktiert, Konfliktvermeidungsstrategie wird groß geschrieben. Zu untersuchen wäre stattdessen, inwieweit nicht Konflikte für jeden Lehrer notwendiger Bestandteil eines demokratischen Unterrichts sein müssen; zu fragen ist also, was aus den bisherigen Konflikten zu lernen ist, welche realistischen Perspektiven der Lehrerberuf für Linke eröffnet und welche Fehler vermieden werden können.

In den „Materialien zum Berufsverbot" werden 18 Schulkonflikte von Lehrern durch ausführliche Zusammenfassung dokumentiert, sowie Kurzdarstellungen zu 19 weiteren Schulkonflikten gegeben. Weiterhin enthält die Schrift den Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. 1. 1972 über „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst", sowie eine politische und rechtliche Einschätzung dieser „Grundsätze" und juristische Ratschläge für die Betroffenen. Dokumentiert ist Ernest Mandels Antwort an den Westberliner Senat. Eine ausführliche und genaue Literaturliste gibt Hinweise auf 74 Titel zu Konflikten von Pädagogen in der Schule, Konflikten im außerschulischen Bereich sowie bibliographische Angaben zu Konflikten von Journalisten, Ärzten, Assistenten etc. und zur Situation von progressiven Lehrern und Möglichkeiten der Veränderung in der Schule.

**72 Seiten, Preis DM 4,–**

### SLB-Info Nr. 10

Die neueste Ausgabe des Informationsdienstes des Sozialistischen Lehrerbundes bringt Berichte über die Arbeitstagung sozialistischer Lehrer, die SLB-Thesen „Zur Situation und Aufgabe von sozialistischen Lehrern", die Kritik des KSV am SLB und eine SLB-Kritik am KSV-Paper.

**36 Seiten, Preis DM 2,50**

### Reihe Roter Pauker Unterrichtseinheit ARBEIT

Helmut Böttiger, Wulfgar von Koerber und Jutta Kühn legen in dieser Ausgabe die ausführliche Darstellung ihrer Unterrichtseinheit ARBEIT vor, die im Herbst 1971 die Fröndenberger Schule, die Kapitalinteressen heimischer Firmen und die Düsseldorfer Schulpolitiker ungewöhnlich heftig aufregte. Aus dem Inhalt: Sachanalyse, didaktische Analyse, Unterrichtsziele, Unterrichtsinhalte, Verlaufsplanung und sämtliche Arbeitsblätter.

**88 Seiten, Preis DM 5,–**

**Verlag 2000 GmbH**
**605 Offenbach 4, Postfach 591**

eigenen Vermögen, eine gesamtgesellschaftlich optimale Entfaltung der Produktivkräfte zu gewährleisten. So wurden 1965 auch die Jahreswirtschaftspläne, die bis dahin für entwicklungsbestimmende Größen noch einige verbindliche Auflagen enthalten hatten, abgeschafft. Die Wirtschaftsplanung wurde reduziert auf ‚Gesellschaftspolitische Pläne', die allgemeine Entwicklungsprognosen für fünf Jahre enthalten und die nur für die Politik staatlicher Organe verpflichtend wirken sollen. Eine offiziöse jugoslawische Schrift formuliert die Wendung im Bereich der Wirtschaftsplanung so: „Zum Unterschied von den einstigen staatlichen Plänen, mit denen den Unternehmen konkrete Produktionsverpflichtungen u. a. vorgeschrieben wurden, bestimmen die ‚gesellschaftlichen Wirtschaftspläne' ... im wesentlichen nur gewisse grundlegende Proportionen, innerhalb deren sich in der Planperiode die gesellschaftliche Produktion und Aufteilung bewegen soll. Unter diesen Umständen besitzen die Unternehmen heute weit größere Möglichkeiten, mit ihren eigenen Plänen, Programmen usw. ihre Wirtschaftsbetätigung in jener Richtung zu regeln und auszurichten, an der sie unmittelbar interessiert sind." [12]

Bereits zum 1. 1. 1964 waren die allgemeinen gesellschaftlichen Investitionsfonds aufgelöst worden. Ihre Mittel, aus denen zwischen 1955 und 1963 im Jahresdurchschnitt 40 % der Investitionen finanziert worden waren [13] (10–18 % weiterhin aus gesellschaftlichen Sonderfonds), wurden an Banken übertragen, deren Anteil an den Gesamtinvestitionen von 1 % 1955–1963 auf über 45 % 1964 anwuchs. In den von der Bundesversammlung im Juli 1966 verabschiedeten ‚Investitionsthesen' wurden u. a. Investitionen jugoslawischer Unternehmen in andere sanktioniert. Damit, daß die Investoren an den Erträgen der mittelaufnehmenden Betriebe partizipieren sollen, wurde erstmals offiziell der Grundsatz der Ablehnung arbeitsfreier Einkommen aufgegeben.

Der Absicht, die gesamtgesellschaftliche Verfügung über das Mehrprodukt weiter zugunsten der Dispositionskompetenzen der Unternehmen einzuschränken, entsprechen einige weitere Maßnahmen der Wirtschaftsreform: neben dem Wegfall der 15%igen Abgabe vom Nettoeinkommen an die gesellschaftlichen Investitionsfonds wurden die an die öffentlichen Körperschaften abzuführenden Steuern in Höhe von 17,5 % des Lohnfonds auf 10,5 % reduziert sowie auch die Verzinsung der Grund- und Umlaufmittel halbiert. Die Teilhabe der öffentlichen Haushalte am Nettoeinkommen der Unternehmen wurde so von 31,4 % 1961 auf 18,9 % 1966 gesenkt. Die bis dahin von den Unternehmen zu tragende Umsatzsteuer wurde auf die Endverbraucher überwälzt. Die hierdurch (und wegen anderer Maßnahmen der Wirtschaftsreform) ansteigenden Preise machten die Masse der Werktätigen mit geringen und durchschnittlichen Einkommen zum Träger der Lasten der Reform. Für 1965 hatte man mit Preissteigerungen von 24 % gerechnet; im September lag der Index der Lebenshaltungskosten im Vergleich zum Vorjahr jedoch bei 155. Allein die Mieten stiegen wegen des Wegfalls von Subventionen um 110 %. Generelle Regelungen für einen Teilausgleich dieser enormen Reallohnsenkungen wurden nicht erlassen. Es blieb den Unternehmen überantwortet, dieses Problem nach ihrem jeweiligen Vermögen zu lösen.

Ein erklärtes Ziel der Reform war, die jugoslawische Wettbewerbsfähigkeit auf dem (kapitalistischen) Weltmarkt zu stärken. Diesem Zweck sollten u. a. dienen: die Abwertung des Dinar von 750 = 1 Dollar auf 1 250 = 1 Dollar, die Senkung der Einfuhrzölle von durchschnittlich 23,3 % auf 10 % sowie eine ganze Reihe von Preiserhöhungen, insbesondere für Rohstoffe und Investitionsgüter. 1965 lag das Außenhandelsdefizit auch bei ‚nur' 2,5 Mrd. Dinar gegenüber 5,4 Mrd. im Vorjahr; bereits 1967 hatte es jedoch den Stand von 1964 wieder überschritten und erreichte 1969 8,2 und 1970 15 Mrd. Dinar.[14] So wurde 1971 eine neue starke Abwertung des Dinar erforderlich.


### Neu im Bücher- & Papervertrieb

**Dokumentation, Abenteuerspielplatz Märkisches Viertel, DM 7,50**

**Internationale Marxistische Diskussion 22, „Base Ouvrière", Revolutionäre Betriebsarbeit bei Renault-Flins, DM 6,–**

**IMD 21, Massimo L. Salvadori/Vittorio Rieser, Rätesystem und Maoismus, DM 5,–**

**IMD 13, Martin Nicolaus, Die Objektivität des Imperialismus, Anti-Mandel; Ernest Mandel, Die Widersprüche des Imperialismus, DM 8,–**

**IMD-Arbeitspapier 4, Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen? Eine Kontroverse zwischen Manifesto und Lotta Continua, DM 2,30**

**Angela Davis, Materialien zur Rassenjustiz, DM 9,80**

**Peter Brückner, Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus, Sozialpsychologie der antiautoritären Bewegung I, DM 7,20**

**Michael Vester, Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß, Zur Soziologie der Arbeiterbewegung, DM 16,80**

**Leo Kofler, Zur Dialektik der Kultur, Sechs Beiträge, DM 12,–**

**Karl Korsch, Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung, eine quellenmäßige Darstellung, DM 2,–**

**Johannes Ernst Seiffert, Unterdrückte Bildungsinhalte aus Geschichte und Kultur – ihre Bedeutung im Neuaufbau des Curriculum und der Lehrerbildung, DM 2,90**

**Fritz Vilmar, Mitbestimmung am Arbeitsplatz, DM 9,80**

**Bezug gegen Voraus-Rechnung über Bücher- & Papervertrieb 605 Offenbach 4, Postfach 591**


In dem Zusammenhang der Wirtschaftsreform gehört auch das im Juli 1967 verabschiedete Gesetz über Auslandsinvestitionen in jugoslawischen Unternehmen. Es begrenzte diese auf 49 % des Grundvermögens. Da bis März 1971 erst 27 entsprechende Verträge (über insgesamt 40–50 Mill. Dollar) zustande gekommen waren,[15] wurden die in dem Gesetz enthaltenen restriktiven Bedingungen (z. B. 35%ige Gewinnsteuer, 20%ige Reinvestierungspflicht, gewisse Erschwernisse der Gewinntransferierung) offen kritisiert. Mitte 1971 wurden dann diese Restriktionen teilweise aufgehoben und durch die Verfassungsänderung XXII Abs. 4 das ausländische Kapital ausdrücklich unter Schutz gestellt.

Von informierter bürgerlicher Seite wird die jugoslawische Wirtschaftsreform seit 1965 so kommentiert: „Es hat den Anschein, daß im Laufe der letzten Jahre in der jugoslawischen Wirtschaft die anarchischen Elemente das Übergewicht erhalten haben. Indizien dafür sind die liberalistischen Auffassungen über die Bedeutung der Konkurrenz, die offensichtliche Unterbewertung der Planung der Wirtschaftspolitik und die Bestrebungen, die Unternehmensteile noch weiter zu verselbständigen." [16]

(Im abschließenden Teil des Artikels soll auf weitere ökonomische und gesellschaftliche Konsequenzen der Wirtschaftsreform eingegangen und eine allgemeine Kritik der jugoslawischen Entwicklung formuliert werden.)

**Anmerkungen**

[1] Siehe z. B. Titos Rede vom 29. 8. 1969 in Zadar, in: Internationale Politik, Beograd, vom 5. 9. 1969 S. 17 ff.

[2] Abschlußrede von J. B. Tito bei der Tagung des Präsidiums des BdKJ am 2. 12. 1971, Borba vom 5. 12. 1971, zitiert nach ‚Weg und Ziel', Wien.

[3] ebenda.

[4] Die Parteikonferenzen des BdKJ finden alljährlich zwischen den alle 5 Jahre tagenden Parteikongressen statt. Etwa ein Viertel der Konferenzteilnehmer sind ständige Delegierte, die übrigen werden von den Grundorganisationen gewählt.

[5] Frankfurter Rundschau vom 29. 1. 1972.

[6] Frankfurter Rundschau vom 24. 1. 1972.

[7] Shoup, Paul: The Evolution of a System, in: Problems of Communism, Washington, vol. 18, Jahrg. 1969, n 4-5 S. 67 ff., eigene Übersetzung.

[8] Sweezy, Paul in: Bettelheim, Dobb, Foa u. a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie, Wagenbach Rotbuch 11, Berlin 1969 S. 39 f.

[9] Siehe: Lemán, Gudrun: Stellung und Aufgaben der ökonomischen Einheiten in den jugoslawischen Unternehmungen, Berlin 1967.

[10] Die Preise von 1952 = 100 gesetzt, betrugen 1967: industrielle Einzelhandelspreise = 206, Lebenshaltungskosten = 371, landwirtschaftl. Einzelhandelspreise = 483, Preise für Dienstleistungen = 640. Quelle: Dobias, Peter: Das jugoslawische Wirtschaftssystem. Entwicklung und Wirkungsweise, Tübingen 1969, S. 131. Seit 1967 stieg das Preisniveau in Jugoslawien in noch rascherem Tempo an.

[11] Marx, Karl, Das Kapital Bd. III S. 828.

[21] Die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, Beograd 1970 (in deutsch) S. 52/53.

[13] Die gesellschaftlichen Investitionsfonds wurden gespeist aus Abgaben der Unternehmen, nämlich einer Art Kapitalsteuer sowie Gewinnsteuern sowie aus den Zinsen für Investitionskredite (nur ein Teil der Mittel wurden als verlorene Zuschüsse vergeben).

[14] Statistisches Jahrbuch Jugoslawien 1971, Beograd 1971 S. 74.

[15] Osteuropäische Rundschau, München, Juli 1971, S. 13 ff.

[16] Lemán, Gudrun: Ungelöste Fragen im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien Nr. 37, Köln 1969 S. 11.

# Zum Klassencharakter der israelischen Gesellschaft

Haim Hanegbi
Mosche Machover
Akiva Orr

## Schluß-Teil

### Vertrauenskrise in der Histadrut

Mit der Entstehung des Staates Israel im Jahre 1948 wurde die Integrierung der Histadrut in das herrschende zionistische System immer klarer sichtbar. Der ökonomische Sektor der Histadrut mit seinen Konzernen und seinem immensen Reichtum bildet einen Teil des öffentlichen Sektors, dessen Entwicklung mit der wachsenden Zahl der neuen Einwanderer und dem ständigen Einfließen von Kapital Schritt halten mußte. Die Histadrut machte es möglich, daß die Wirtschaft nationalisiert wurde. Die jahrelang von Histadrut-Führern propagierte Theorie, daß der ökonomische Sektor der Histadrut eine Grundlage zum Aufbau des Sozialismus sei, brach mit der Unabhängigkeit des Staates zusammen. Ein anderes oft genannte Argument, daß der ökonomische Sektor der Histadrut den Arbeitern gehöre, wurde auch entwertet. Landwirtschaftsminister Haim Gvati, der einer der Hauptführer der Histadrut ist, mußte bei der Histadrut-Konferenz 1964 zugeben: „Uns ist es nicht gelungen, diesen immensen Reichtum in sozialistische Zellen umzuleiten. Uns ist es nicht gelungen, unserem ökonomischen Sektor ein der Arbeiterklasse entsprechendes Wesen zu erhalten. Tatsächlich gibt es keine Wesensmerkmale, die ihn vom Rest des öffentlichen Sektors, manchmal sogar vom privaten Sektor, unterscheiden. Sowohl Atmosphäre als auch Arbeitsbedingungen und auch menschliche Beziehungen unseres ökonomischen Sektors unterscheiden sich in keiner Weise von anderen Industrieunternehmungen."[29]

Das Verhalten des israelischen Arbeiters gegenüber der Histadrut kann diese Bemerkungen nur unterstreichen. Unter vielen anderen Beweisen ist der interessanteste ein Zitat aus dem 1966 von der Histadrut veröffentlichten Jahrbuch: „Eine sehr beträchtliche Anzahl von Arbeitern bemerkt kaum die gewerkschaftlichen Aktivitäten der Histadrut, und sie ist der Ansicht, daß ihre Situation sich nicht verändern würde, wenn es keine Gewerkschaft gäbe." Gemäß einer von der Histadrut veranstalteten Umfrage, deren Resultate im Jahrbuch aufgeführt sind, steigt die Zahl der Arbeiter, die der Meinung sind, daß die an ihren Arbeitsplätzen gelegenen Geschäftsstellen der Gewerkschaft (in Israel Arbeiterkomitees genannt) von der Histadrut unabhängig sein sollten. 20 % der Lohnempfänger gaben an, daß in ihren Firmen entgegen der Empfehlung der Histadrut Streiks ausgebrochen seien,

**Sadat: „Die Entscheidung für die Schlacht ist gefallen"** Daily Mirror

47 % finden, daß in bestimmten Fällen die Arbeiter auch ohne Erlaubnis der Histadrut streiken sollten. – Das Jahrbuch fährt fort: „Was die Aktionskomitees betrifft, so sind die Ergebnisse aus dieser Umfrage sogar noch ernster. (Aktionskomitees werden gegen die Erlaubnis der Histadrut gebildet, anläßlich wilder Streiks oder ähnlicher Aktionen.) Gegenüber 8 % Lohnempfängern, die feststellten, daß ausgebrochene Streiks gegen den Willen der lokalen Gewerkschafts-Geschäftsstellen waren, waren 29 % der Meinung, daß solche Streiks in bestimmten Fällen gerechtfertigt seien. Kurz, die Tendenz, mit der etablierten Ordnung zu brechen, wird immer spürbarer, was die Arbeitsbedingungen betrifft..." Dieselbe Publikation zeigt, daß die Mehrheit der Histadrut-Mitglieder glaubt, daß die Gewerkschaftskonferenz keinen Einfluß auf die gewerkschaftliche Spitze hat. Und von der Minderheit, die glaubt, daß gewöhnliche Mitglieder einen Einfluß ausüben, findet wiederum die Mehrzahl, daß dieser Einfluß nicht genügt. Die Antwort auf die Frage: „Warum sind Sie Gewerkschaftsmitglied?", wurde gemäß einer offiziellen Quelle von 70 % mit: „Es geschah ganz automatisch" oder „es wurde veranlaßt" oder „weil es eine abgemachte Sache war" oder „wegen der sozialen Sicherheit" beantwortet. Eine Minderheit (16 %) gab an, daß sie aus ideologischen Gründen dazugehöre; 15 % hingegen sagten, daß sie Mitglied seien, weil die Histadrut die Interessen der Arbeiter vertrete.

Das Jahrbuch zieht den Schluß, daß eine 55%ige Mehrheit der Mitglieder aus freiem Entschluß beigetreten sei, 1/3 (24 %) trat automatisch bei der Einreise nach Israel ein und 1/5 (20 %) stellten fest, daß sie automatisch bei ihrer Eintragung als Arbeitnehmer Mitglied geworden seien. Histadrut-Führer, Industriekreise und Regierungsmitglieder zeigen jetzt offen ihre Sorge über das, was man die „Vertrauenskrise" der Arbeiter gegenüber der Histadrut nennt. Die Krise wird von Jahr zu Jahr stärker. Dies ist tatsächlich auch der Grund für die Umbesetzung der Führung bei der Histadrut im Jahre 1969, als Itzhak Ben-Aharon den Platz des ehemaligen Generalsekretärs Aharon Becker einnahm; Ben-Aharon ist bekannt für seinen energischen rhetorischen Stil und seine Arbeiterklasse-Phraseologie, die er gewöhnlich benutzt. Der ehemalige und der neue Generalsekretär sind beide Mitglieder der herrschenden Arbeiterpartei.

### Wilde Streiks und Aktionskomitees

In der kurzen Geschichte der Arbeiterkämpfe in Israel hat es gewisse Streiks von Wichtigkeit gegeben. Der erste von ihnen, der bekannte Streik der Seeleute, fand 1951, verhältnismäßig kurz nach der Schaffung des Staates Israel, statt; danach folgte 1962 eine Serie von wilden Streiks auf die Abwertung des israelischen Pfunds; die dritte Streikwelle – und zwar der Post-Bediensteten und Hafenarbeiter von Ashdod – war 1969.

Der Streik der Seeleute war der gewaltigste in der Geschichte der Streiks in Israel. Das Kampffeld waren der Hafen von Haifa und israelische Schiffe, die dort oder im ausländischen Hafen lagen. Dieser Streik stellte eine Besonderheit dar, denn erstens streikten junge Seeleute ohne Gewerkschaftstradition; zweitens war ein Konflikt aus der Frage entstanden, wie die Masse der Seeleute ihren Gewerkschaftsdelegierten zu wählen hatten. Für diejenigen, denen die Natur der Histadrut nicht unbekannt ist, ist es nicht überraschend zu erfahren, daß diese sofort alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel gegen die Streikenden einsetzte. Die Streikführer wurden vor ein „internes Tribunal" geschleppt und in die Armee abgeschoben. Riesige Polizeieinheiten gingen mit Gewalt gegen die Streikenden vor.

Die Streikwelle von 1962 brachte eine Organisationsform hervor, die jetzt „Aktionskomitee" heißt. Wieder einmal wurden die beiden Fronten klar gezogen: die Histadrut auf der einen Seite der Barrikade, die Arbeiter auf der anderen. Während dieser Periode wurden die ersten Schritte unternommen, die Aktionskomitees zu einer Gruppe auf nationaler oder wenigstens auf regionaler Basis zusammenzufassen. Jedoch bleibt dieser Versuch ohne Erfolg. Die Streiks von 1969 schließlich waren eine Warnung an Regierung und Arbeitgeber, daß Streiks trotz einer Situation von Krieg und „nationaler Einheit" möglich sind. Der Streik der Postbediensteten zeigte, daß die israelische Regierung Befehle zur Mobilisierung gegen die Streikenden und mit Billigung der Histadrut aussprach, um sie wieder gemäß den geltenden Gesetzen zur Arbeit zu zwingen. Die Streikenden brachen die Gesetze des Staates und wurden vor Gericht gestellt, aber das Verfahren wurde nie abgeschlossen. Noch ein Faktor charakterisiert den Kampf der Hafenarbeiter in Ashdod. Die Histadrut drohte, die Militanten der örtlichen Gewerkschaften vor ein „internes Tribunal" zu stellen, jedoch behaupteten sich die Militanten mit Unterstützung der Arbeiter. Der Prozeß wurde in Anwesenheit von Fernsehkameras abgehalten und wurde über das ganze Land ausgestrahlt. Die Arbeiter wurden als El-Fatah-Agenten und als „Saboteure" beschuldigt. Die Histadrut drohte ihnen auf folgende Weise: „Falls Sie für schuldig befunden werden, wird man drakonische Maßnahmen gegen Sie ergreifen, d. h.: Verlust der Vorteile der sozialen Sicherheit für Sie und Ihre Familie". Die Arbeiter kämpften weiter und wurden so von Angeklagten zu Anklägern. Die öffentliche Meinung war gegen die Leitung der Histadrut, so daß diese sich um ein schnelles Ende des Prozesses bemühte, ohne daß sie einen Urteilsspruch fällte.

### Die Parteien der zionistischen Rechten

Während die Histadrut von den Parteien der zionistischen Linken kontrolliert wird, spiegeln die anderen beiden Machtzentren, die Regierung und die Jewish Agency, ein weiteres Zentrum des zionistischen Standpunktes wider. Das

Wahlsystem ist proportional gegliedert, wobei jede Partei bei den Wahlen eine Liste für das ganze Land herausgibt. Die 120 Sitze im Knesseth (israel. Parlament - G.L.-) werden entsprechend an Parteien verteilt, die mehr als 1 % der Gesamtstimmen erhielten.

Von den dreißiger Jahren an bis hinein in die sechziger Jahre bestand die zionistische Rechte aus zwei Parteien, den „Allgemeinen Zionisten" und Herut (Freiheit). Die Allgemeinen Zionisten standen für das Privatkapital in Palästina, d. h., für die Zitruspflanzer, andere Landbesitzer und die Industriellen. Sie bildeten eine typische kapitalistische Partei mit denselben Slogans wie im Westen, außer, daß sie eher dafür waren, die Macht der Gewerkschaften zu begrenzen, als daß sie die Wirtschaft vollständig in private Hand überführen wollten. Die Herut hatte ihre Basis nicht so sehr in wirtschaftlichen Interessen wie die Allgemeinen Zionisten, sondern mehr im militanten und extremistischen Zionismus. Ihre Schlagwörter lauteten (ab 1930): „Zwei Ufer hat der Jordan; das eine gehört uns und das andere auch" und „Judäa fiel mit Blut und Feuer, und mit Blut und Feuer wird es auch wieder auferstehen". Sie forderten eine Politik der militärischen Eroberung, nicht die der kolonisatorischen Besiedlung, wie etwa die zionistische Linke es anstrebte. Die Herut wandte faschistische Taktiken an, mit braunen Hemden und bewaffnetem Terror. Die Mehrzahl ihrer Anhänger waren orientalische Juden, die sich durch die rohen und nationalistischen Slogans angezogen fühlten. Mitte der sechziger Jahre verschmolzen diese beiden Parteien unter der Führung des Herut-Vorsitzenden Begin und bildeten den Herut-Liberalen-Block „Gahal" (in Israel steht „liberal" für „konservativ"). Zum ersten Mal in der israelischen Geschichte wurde die Herut ins Kabinett aufgenommen. Das war am Vorabend des Junikrieges; sie bildete hierbei einen Teil des sogenannten nationalen Einheitskabinetts. Jedoch verließ sie 1970 das Kabinett Golda Meirs, weil diese den Rogers-Plan akzeptierte, der ja Israel zum Rückzug von der Waffenruhegrenze von 1967 aufrief. Ebenso wie die zionistische Linke erhält auch Gahal den größten Teil der finanziellen Unterstützung von der Jewish Agency.

## Probleme der zionistischen Linken

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis in den heutigen Tag hinein ist der Hauptpfeiler des zionistischen Unternehmens die zionistische Linke gewesen; besonders diejenigen Emigranten, die aus Osteuropa zwischen 1904 und 1914 gekommen waren. Die Linke war immer reformistisch und nationalistisch, aber noch in dieser Eigenschaft hat sie sich wegen der ihr innewohnenden Konflikte zwischen Zionismus und Sozialismus wieder gespalten.

Ihre Konflikte können in 3 Abschnitte zusammengefaßt werden:

1. Außenpolitik

Welche Haltung soll gegenüber dem Imperialismus im Mittleren Osten und anderswo eingenommen werden und gegenüber der sozialistischen Bewegung in der ganzen Welt, besonders da, wo der Kampf gegen den Imperialismus oder die Kooperation mit sozialistischen Bewegungen den zionistischen Bestrebungen widerstreitet?

2. Klassenkampf

Welche Politik soll gegenüber den jüdischen Arbeitgebern in Palästina und dem kapitalistischen Sektor innerhalb des Zionismus geführt werden?

3. Sozialistischer Internationalismus

Soll der Kampf gegen den Kapitalismus in Palästina gemeinsam mit den palästinensischen Bauern und Arbeitern oder getrennt von ihnen geführt werden; sollen andere revolutionäre Bewegungen unterstützt werden?

Alle diejenigen, die sich in der Antwort auf diese Punkte unterschieden, waren noch Zionisten, d. h. sie sahen ihr Hauptziel in der Errichtung und Bewahrung eines ausschließlich jüdischen Staates, in den die Juden aus der ganzen Welt einwandern konnten.

Außerhalb der zionistischen Linken gab es immer einige Gruppen, die die antizionistische Linke bildeten. Ihr Hauptproblem waren nicht die eben dargelegten politischen Schwierigkeiten; ihre Unterschiede betrafen Strategie und Taktik im Kampf gegen Zionismus und für Sozialismus in Palästina. Wir werden sie später noch untersuchen.

Von den zionistischen Parteien ist die Mapai (israelische Arbeiterpartei) die weitaus wichtigste: sie wurde 1930 gegründet und verdankt ihre Entstehung dem Zusammenschluß zweier kleiner Parteien. Sie ist seit 1948 die vorherrschende Partei in allen Koalitionsregierungen in Israel. Ursprünglich stimmten beide Sektionen der Mapai der Idee zu, daß die exklusiven Ansprüche der Juden in Palästina Vorrang vor der Zusammenarbeit mit den arabischen Bauern und Arbeitern haben müssen. Jedoch hatten sie unterschiedliche Auffassungen über das Ausmaß der Klassen-Zusammenarbeit mit zionistischen Arbeitgebern. Der Entschluß zur Vereinigung kam auch erst, als man in diesem Punkt zu einem Übereinkommen gekommen war. Man einigte sich auf eine Politik, die den zionistischen Interessen den Vorrang vor Klasseninteressen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft gab und die Mapai wurde zum Hauptprotagonisten der Politik, nach der nur Juden beschäftigt werden sollten. Daß hieß, daß die jüdischen Arbeitgeber gezwungen wurden, nur Juden zu beschäftigen, und sowohl arabische Arbeiter als auch jüdische Arbeitgeber wurden oft durch Terror und Gewalt zur Durchführung dieser Politik gezwungen. Dies war der wichtigste interne Streitpunkt der jüdischen Gemeinschaft in den dreißiger Jahren, in dem schließlich die Mapai siegte, wodurch sie sich ihre vorherrschende Rolle sicherte.

Politische Führer wie Ben-Gurion, Eshkol und Golda Meir haben sich bis heute an diese Politik gehalten und spielen noch immer in Israel die tonangebende Rolle. Die Mapai hat sich nie als marxistisch oder revolutionär betrachtet, sondern vielmehr als sozialistisch und reformistisch; jedoch, obwohl Golda Meir noch 1950 vom „Sozialismus in unserer Zeit" sprach, erhebt diese Partei heute keinerlei Anspruch mehr auf eine Zugehörigkeit zum Sozialismus. Bei allen Konflikten zwischen den Kräften den Imperialismus und des Antiimperialismus im Mittleren Osten hat diese Partei bewußt mit dem Imperialismus kollaboriert und sogar heimlich intrigiert (siehe Suezkrieg). Sie hat ein klares Interesse an der Dauer des imperialistischen Einflusses in diesem Gebiet und faßt jeden Sieg der antiimperialistischen Kräfte als Bedrohung Israels selbst auf.

Nach 22 Jahren der Regierung sind in dieser Partei gewisse Veränderungen eingetreten; die wichtigste war das Aufkommen einer Technokratie, die sich aus Armeeoffizieren rekrutiert, die als Verwaltungsbeamte und Spezialisten in die Wirtschaft gingen[30]. Diese Gruppe steht in Konflikt mit der alten Garde und verweist auf den wachsenden Einfluß der Armee in der israelischen Politik im ganzen; erstens aufgrund ihres technischen Wissens und zweitens wegen der wachsenden Bedeutung des Militärs seit dem Junikrieg. Als Ben-Gurion 1965 seine Macht verlor, folgten ihm viele aus dieser Gruppe und bildeten die Rafi (Israelische Arbeiterliste). Als die Technokraten jedoch erkannten, daß Ben-Gurion nicht mehr an die Macht kommen konnte, beeilten sie sich, sich wieder der herrschenden Partei anzuschließen. Die neue geeinte Partei trägt jetzt den Namen Ha'avoda (Die Arbeit), und es ist anzunehmen, daß gerade diese neue Gruppe, wenn die alte Garde abtritt, die vorherrschende Kraft in der israelischen Politik sein wird.

Die zweitgrößte zionistische Partei ist die Mapam (Vereinigte Arbeiterpartei), die in den späten vierziger Jahren gebildet wurde. Ihre Hauptkomponente ist Hashomer Hatz'air (Die Junge Garde). Ursprünglich hatte sich die Mapam als marxistisch und revolutionär bezeichnet und einen binationalen Staat in Palästina vorgeschlagen. Jedoch sollte durch die Konstitution eine jüdische Majorität gewährleistet sein; bis diese durch Einwanderung erreicht sei, sollte Palästina unter „internationaler Treuhandschaft" stehen. Die Konzeption des Staates mit zwei Nationen wurde 1947, als die UNO und die UdSSR die Teilung Palästinas anerkannten, fallengelassen. Die Mapam hat immer etwas links von der Mapai gestanden, was gewerkschaftliche Fragen anging, und – wenigstens verbal – in Dingen der Außenpolitik. Jedoch hat sie sich dem Zionismus immer loyal gegenüber verhalten, was dann zur Kollaboration mit dem Imperialismus, z. B. bei der Suezkrise, führte.

In der israelischen Politik folgt die Mapam der Mapai zwar immer mit Protest, jedoch ist sie das Hauptinstrument, um den Zionismus gegen die Kritik von Sozialisten, Marxisten und Revolutionären im In- und Ausland zu schützen; sie spielt diese Rolle heute immer noch, wenngleich seit 1967 weniger ausgeprägt. Die Mapam zeigt immer ihre Kibbutzim als neue Art des kommunalen Lebens vor, erwähnt jedoch nie, daß sie sich häufig auf dem Land befinden, von dem die arabischen Bauern vertrieben worden waren; daß es kein einziges jüdisch-arabisches Kibbutz gibt, und daß alle Kibbutzim durch zionistische Fonds unterstützt werden[31]. Die Mapam spricht vom „Recht der Juden auf Selbstbestimmung in Palästina"; sie meint dabei jedoch nicht das Recht der jüdischen Bevölkerung, die jetzt in Israel lebt, sondern die politischen Rechte des Weltjudentums in Palästina. Wie alle Zionisten besteht auch die Mapam auf einem israelischen Einwanderungsrecht, welches Juden automatisch die Einwanderung garantiert, während sie es jedem anderen verweigert. Wie alle anderen zionistischen Parteien wird auch die Mapam von der Jewish Agency finanziert; dadurch ist es ihr möglich, einen Parteiapparat mit Tageszeitungen und einem Publikationsnetz für das Ausland aufrechtzuerhalten.

Der permanente, mit antiimperialistischen Zügen durchsetzte Konflikt mit der arabischen Welt, zwingt den Zionismus, sich in steigendem Maße vom Imperialismus abhängig zu machen. Durch diesen dauernden Druck wird die zionistische Linke stark nach rechts gedrückt. Auf dem langen Weg seit ihrem Ursprung aus dem Rußland von 1905 hat die zionistische Linke nach und nach ihre Vorstellungen von Revolution, Sozialismus und Antiimperialismus über Bord geworfen. Jeder Ruck nach rechts läßt eine Splittergruppe zurück, die den abgelegten Slogans treubleibt.

Der letzte Ausläufer dieser Art ist die Siah (Israelische Neue Linke). Sie wurde 1967 von Mitgliedern der Mapam gebildet, die sich der Zusammenarbeit der Partei mit dem Dayan-Eshkol-Begin-Block widersetzten. Sie betont immer wieder den Mangel an Friedensbereitschaft in der israelischen Politik. Jedoch, obwohl sie sich als marxistisch und revolutionär bezeichnet, fühlt sie sich dem Zionismus zugehörig. Der Herausgeber einer ihrer Zeitschriften erklärte neulich: „Unser Kampf, das Bild Israels zu verändern und eine Friedenspolitik zu festigen, muß in jedem Falle auf den grundsätzlichen und konsequenten Fundamenten des Staates Israel und den zionistischen Prinzipien aufgebaut sein[32]. Gleichzeitig erwarb die Siah die Unterstützung junger Israelis, die der offiziellen Linie ablehnend gegenüberstehen; ihr zweiter Kongreß, der 1970 in Tel Aviv stattfand, wurde von 350 Menschen – hauptsächlich Ex-Mapam- und

Ex-Maki-Mitgliedern – besucht. Die verabschiedeten Resolutionen forderten Frieden ohne Annexion arabischer Gebiete, Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung für das palästinensische Volk, Gespräche mt Arabern und Palästinensern ohne Vorbedingung und Annahme der Jarring-Mission durch Israel.

## Die nicht-zionistische Linke

Außerhalb des zionistischen Lagers bestehen zwei Kräfte: die Kommunistische Partei Israels (Rakah) und die Matzpen-Gruppe. Die israelische KP wurde in den späten zwanziger Jahren gegründet und war von Anfang an eine stalinistische Partei. Sie ist es auch bis heute geblieben. Diese Partei hat sich in ihrer Geschichte oft zersplittert. Oft ging es dabei um die Frage, welche Stellung man angesichts des arabischen Nationalismus einnehmen solle; und allgemein kann man sagen, daß die Partei immer der Außenpolitik der UdSSR gefolgt ist. Die jüngste der vielen eingenommenen absurden Positionen einer solchen Politik führt zu einer Unterstützung des Friedensplans von US-Außenminister Rogers. Das Ziel dieses Plans besteht darin, den gegebenen politischen Aufbau dieses Gebietes zu stabilisieren und sowohl das zionistische Regime wie die reaktionären arabischen Regimes zu konsolidieren. Ursprünglich hatte die Rakah diesen Plan als Versuch der USA bezeichnet, „ihren auf wackligen Füßen stehenden Einfluß in der arabischen Welt zu retten“[33]; anschließend rief sie zum gemeinsamen Kampf aller friedliebenden Kräfte in Israel auf, diesen Plan zu verwirklichen. Der Schlüssel zu dieser absurden Haltung liegt in der Politik der Sowjetunion, da der Rogers-Plan das Ergebnis einer Übereinkunft der USA mit der UdSSR ist.

1965 spaltete sich die Partei, als die Mikunis-Sneh-Führung, die sich immer an den Zionismus gehalten hatte, eine „konstruktivere“ Politik gegenüber dem Zionismus forderte. Diese Gruppierung unterstützte den Junikrieg von 1967 und suchte die Mitgliedschaft beim Zionistischen Kongreß. Obwohl sie sich sowohl die offizielle Tageszeitung der Partei als auch ihren Namen – Maki – widerrechtlich aneignete, hat sie nur geringen Einfluß in Israel. Die andere Fraktion, die von Vilner und Tuby angeführt wird, repräsentiert dieselbe alte stalinistische Partei; ihre Mitgliederzahl setzt sich in gleicher Anzahl aus Juden und Arabern zusammen. Sie erscheint unter dem Namen Neue Kommunistische Liste (Rakah). Im Augenblick gibt es nichts Neues über sie zu sagen. Die KP hat immer die Rechte der palästinensischen Araber verteidigt, und zwar nicht nur ihr Recht auf Selbstbestimmung, sondern auch viele ihrer Rechte im israelischen Alltag. Sie hat einen mutigen tagtäglichen gewerkschaftlichen Kampf um die Rechte der Palästinenser geführt. Sie hat aber auch schon vor langer Zeit Theorie und Praxis der Revolution aufgegeben. Die Rakah hat sich dem Wahlspruch vom „friedlichen Weg zum Sozialismus“ verschrieben und sieht ihr Hauptziel in „Frieden und Demokratie“.

Durch das Fehlen der revolutionären Politik sah sich eine Mitgliedergruppe gezwungen, die Maki 1962 zu verlassen und die Israelische Sozialistische Organisation zu bilden, welche jedoch besser unter dem Namen ihrer Zeitschrift Matzpen (Kompaß) bekannt ist. Die Matzpen-Gruppe akzeptiert die Haltung der Maki in bezug auf das Recht des palästinensischen Volkes und das der Israelis auf Selbstbestimmung. Ihr Schwerpunkt liegt im Kampf gegen den Zionismus, dem sie alle anderen Punkte, wie z. B. den Kampf der Arbeiterklasse in der Wirtschaft, unterordnet. Sie betrachtet die Überwindung des Zionismus als Hauptaufgabe für Revolutionäre in Israel. Gleichzeitig glaubt sie, daß die israelische Gesellschaft von innen heraus revolutioniert werden kann (ungleich der weißen Gesellschaft in Südafrika), vorausgesetzt, daß solch eine Entwicklung den revolutionären Entwicklungen in der arabischen Welt untergeordnet ist. Trotz ihrer geringen Größe hat die Matzpen einen Einfluß auf die israelische Jugend, besonders seit der Zeit des Junikrieges 1967, gegen den sie opponiert hatte. Die Matzpen hat einen offenen Dialog mit linken Richtungen in der palästinensischen Befreiungsbewegung und darüber hinaus in der arabischen Welt geführt. Sie unterstützt den antiimperialistischen Kampf und den palästinensischen Kampf gegen die israelische Vorherrschaft. Jedoch unterstützt sie nicht den arabischen Nationalismus oder den Nasserismus. Kürzlich trennten sich die Vertreter zweier Richtungen von der Matzpen, wobei es um die ebengenannten Punkte ging. Die eine betrachtete den Kampf gegen den Zionismus als irrelevant und ruft zu einem allgemeinen „Kampf der Arbeiterklassen gegen die Politik der Bourgeoisie“ auf. Die andere Gruppe sieht im arabischen Nationalismus eine revolutionäre Kraft. Dieser Bruch war vorauszusehen, aber die Mehrzahl der Matzpen-Mitglieder hat für einen Ausschluß dieser beiden Gruppen gestimmt. Die Matzpen glaubt, daß die Revolutionäre in Israel einen wichtigen Beitrag bei der Überwindung des Zionismus in Israel zu leisten haben, und darin unterscheidet sie sich nicht nur von der Siah und der kommunistischen Partei, sondern auch von den Gruppen, die sich von ihr getrennt haben.

Linke Demonstration in Israel

Diese Analyse hat die spezifische Klassenstruktur der israelischen Gesellschaft und die besondere Struktur der herrschenden Klasse beleuchtet. Diese Gesellschaft wurde durch Einwanderung und Kolonisierung eines bereits bevölkerten Landes gebildet; ihre innere Einheit wird durch den Konflikt mit einem äußeren Feind aufrechterhalten. In dieser Gesellschaft hat sich die herrschende Klasse mit dem Imperialismus verbündet und ist von ihm abhängig; sie dient jedoch nicht selbst dem Imperialismus im Sinne der wirtschaftlichen Ausbeutung des israelischen Volkes. Diese Klasse herrscht mittels einer Organisation von bürokratischen Institutionen (die Histadrut, Jewish Agency), die sich im Prozeß der Kolonisierung gebildet haben. Nur eine untergeordnete Gruppierung dieser Klasse fungiert im Sinne des Privatbesitzes an Produktionsmittel. Diese charakteristischen Erscheinungen können nicht als Ergebnis der der israelischen Gesellschaft innewohnenden Dynamik erklärt werden, sind jedoch leicht zu begreifen, wenn man sie als Produkt der Dynamik des gesamten zionistischen Unternehmens sieht.

Sowohl die Erfahrung der politischen Aktivität in Israel als auch die theoretischen Folgerungen, die wir hier dargelegt haben, führen zu einem bestimmten Schluß über die Strategie des revolutionären Kampfes in Israel: In der unmittelbaren Zukunft muß der politische Kampf gegen die zionistische Natur des Regimes Vorrang über alles andere haben. Dieser Kampf muß darauf gerichtet sein, die Unterstützung aller derjenigen zu gewinnen, die vom Zionismus direkt negativ betroffen sind. Dies schließt alle diejenigen ein, die wie die israelische Jugend und die israelischen Araber bei ihren täglichen Erfahrungen mit dem Regime selbst in Konflikt geraten. Diese Strategie ist auf eine Beseitigung des zionistischen Charakters des Regimes ausgerichtet.

**Übersetzt von**
**MONIKA und GEORG LINGES**

### Anmerkungen

[29] Der Generalsekretär der Histadrut-Unternehmen, des Industriezweigs, der 25 % der Wirtschaft kontrolliert, erklärte Anfang 1969 einer Gruppe zionistischer Geschäftsleute in Los Angeles, daß es keinen Unterschied zwischen dem H.-Unternehmen und anderen kapitalistischen Organisationen gebe, trotz deren gewerkschaftlicher Zugehörigkeit. Man erwarte von ihnen, daß sie Profite und anständige Kapitalerträge machten, wie jede andere private Firma (Sunday Times vom 27. 7. 1969).

[30] Siehe Elie Lobel „L'escalade à l'intérieur de la société israélienne“, Partisans Nr. 52, März-April-Ausgabe 1970.

[31] In den Kibbutzim waren nie mehr als 5 % der jüdischen Bevölkerung von Palästina oder Israel. Daher kann, abgesehen von anderen Einschränkungen, keine Rede davon sein, daß sie die israelische Gesellschaft ausmachten oder daß Israel ein sozialistisches Land sei.

[32] I. Amitai, Herausgeber in SIAH, Nr. 5 vom 5. 8. 1970.

[33] Zo Haderekh, 2. Sept. 1970.


**Artur Meier**
**Proletarische Erwachsenenbildung**

Die Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur systematischen sozialistischen Bildung und Erziehung erwachsener Werktätiger 1918-23. Mit Quellen- und Literaturverzeichnis, Sach-, Stichwort- und Personenregister.

A. Meier untersucht Theorie und Praxis der sozialistischen Erwachsenenbildung vor und nach der Novemberrevolution unter besonderer Berücksichtigung der Einwirkungen der Vorstellungen und Erfahrungen sowjetischer Arbeit auf diesem Gebiet nach der Oktoberrevolution 1917.

Erstveröffentlichung 1971. 290 S. 11,00 DM.

**Wilhelm Reich**
**Was ist Klassenbewußtsein?**

Ein Beitrag zur Diskussion über die Neuformierung der Arbeiterbewegung. Eine der bewußtesten Analysen der psychologischen Ursachen für das Versagen der Arbeiterbewegung vor dem Faschismus. Erstausgabe 1934. Preis: 2,50 DM

Versand nur per Nachnahme oder Vorausrechnung
Weitere große Auswahl an sozialistischen Texten
BUCHLISTE ANFORDERN!

★spartakus BUCHVERSAND
2 Hamburg 13, Postfach 117 Telefon 0411/41 74 84

Diese Texte sind in allen politischen Buchhandlungen erhältlich. In Hamburg: MANIFEST, Politischer Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79, Tel. 0411/44 40 03

# Ansätze zur Veränderung an der Basis

## Kritische Anmerkungen zu den Thesen des Sozialistischen Büros

Willi Michel

Die in der Januarausgabe von „links“ veröffentlichten Diskussionsbeiträge beklagen allgemein den Mangel an konkreten Aussagen über Möglichkeiten sozialistischer Strategie in den Thesen des sozialistischen Büros. Doch es können dazu konkret nur insoweit Aussagen gemacht werden, als in den verschiedenen Bereichen sozialistischer Arbeit Erfahrungen gesammelt wurden, die die besonderen Bedingungen in hochindustrialisierten Staaten widerspiegeln. Besonders wichtig erscheinen mir als Arbeiter, aus den Erfahrungen meiner jahrzehntelangen sozialistischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit heraus, einige

### Elemente des Arbeiterbewußtseins

Die Trennung in „oben und unten“, in Herrschende und Beherrschte scheint den Arbeitern unabwendbar. Ihre Arbeit ist eindeutig fremdbestimmt, wird im einzelnen entweder durch Vorgesetzte angeordnet und kontrolliert, oder durch die technische Apparatur vorgeschrieben. Die Bürokratien der Großorganisationen beherrschen anonym ihr Leben. Kein Ziel ist sichtbar, das lohnen würde, sich in einem revolutionären Kampf gegen die Herrschenden aufzulehnen. Dieses System, das sie satt macht, einigermaßen anständig kleidet und ihnen etwas „Luxus“ erlaubt, ist bei all seinen Mängeln immer noch das beste, das sie kennen. Ganze Arbeitergenerationen haben unter bitteren Erfahrungen gelernt, nur das anzuerkennen, was sie direkt und unmittelbar erfahren.

Diese Realitätsbezogenheit steht im Gegensatz zum „idealistischen“ Bildungs- und Kleinbürgertum, bei unzureichender Rationalität und mangelnder Reichweite des Gesellschaftsbildes der Arbeiter. Trotzdem haben empirische Untersuchungen ergeben, daß es ein allgemeines Kollektivbewußtsein gibt, das als kollektives Selbstbewußtsein bezeichnet werden kann, weil es – gestützt auf ein Leistungsbewußtsein – sowohl eine kollektive Selbsteinschätzung enthält als auch eine deutliche Abgrenzung von anderen Gruppen. Was fehlt, ist die Hoffnung, das gemeinsame Schicksal durch kollektives Handeln verbessern zu können. Solche Zukunftserwartungen können aber nicht an theoretischen Denkmodellen aufgebaut werden, sondern nur an den praktischen Erfahrungen der Arbeiter in den Betrieben.

Die Zufriedenheit mit dem nächsten Vorgesetzten und dem zugeteilten Arbeitsplatz rangiert vor betrieblichen Konflikten, die sie nur mittelbar berühren. Objektiv verursachte gesellschaftliche Erscheinungen werden den guten oder schlechten Eigenschaften der beteiligten Führungskräfte zugeschrieben. Dabei verlieren sie den Blick für die darin zutage tretenden Auseinandersetzungen widerstreitender Interessengruppen.

**Betriebsversammlung** Rose

Bei der von den Hamburger Genossen Blum, Dörner und Rebstock geforderten gründlicheren Diskussion über den Ausbau von „Gegenmacht im Rahmen des kapitalistischen Systems“ müssen wir allerdings Bewußtseinsveränderungen durch die

### Entwicklung der Technik beachten

Die Verwissenschaftlichung, Rationalisierung und Bürokratisierung der industriellen Großbetriebe hat entscheidende Folgen für überkommene Befehlsstrukturen. Mit der zunehmenden Technisierung tritt die Bedeutung der persönlichen Aufsicht der Vorgesetzten zurück. Der Fertigungsprozeß vermittelt von sich aus die sozialen Kontakte und gibt ihnen einen unpersönlichen sachbezogenen Inhalt. Der Vorgesetzte verliert dadurch an Anweisungs- und Kontrollfunktionen. Aus der Funktion der technischen Anlage ergibt sich, was zu tun ist und wie die Arbeit auszuführen ist. Es setzt sich eine Tendenz zur Enthierarchisierung durch, die zu einer allmählichen Auflösung von Über- und Unterordnungsverhältnissen führt. Der Zusammenschluß und die Konzentration zu Großbetrieben verlängert den Befehlsweg so stark, daß die direkte und unmittelbare Verbindung zur untersten Arbeitseinheit abreißt und durch Verwaltungsanordnungen ersetzt wird, die die Beweglichkeit stark einschränken.

Immer häufiger entstehen außerhalb der hierarchischen Betriebsorganisation Kontakte, die sich neben den überkommenen Befehlsstrukturen bilden. Daraus entwickeln sich Gruppierungen auch unter räumlich getrennten Gruppen. Es entstehen Interessengemeinschaften und bilden sich Sprecher heraus, die die Meinungsbildung beeinflussen. In den Septemberstreiks waren es gerade diese Gruppen, die durch ihre Tätigkeit in alle Abteilungen kamen oder dort Kontakte hatten, die den Streik auslösten und zum größten Teil auch getragen haben. Sie konnten für die einzelnen Abteilungen die Anonymität der Großbetriebe durchbrechen. Solche Gruppen sind der natürliche Ausgangspunkt und die Basis zum Angriff auf überholte Befehlsfunktionen. Die in den Thesen angeführten „Teilschritte auf dem Wege zum Sozialismus“ werden so durch die technische Entwicklung möglich und begünstigen den

### Einbruch in die Befehlsstrukturen

Der Eingriff in die unteren betrieblichen Kommandofunktionen muß den Arbeitern als Möglichkeit und als Beginn ihrer Selbstverwirklichung sichtbar werden. In ihnen steckt eine tiefe Sehnsucht, als Mensch unter Menschen zu leben. Es ist in wissenschaftlichen Großversuchen erwiesen worden, und ich habe es in meiner praktischen Arbeit bestätigt gefunden, daß sie trotz weniger Bezahlung lieber in Gruppen oder Abteilungen arbeiten, in denen ihnen eine relative Selbständigkeit gewährt wird, und daß sie dabei mehr leisten als an Arbeitsplätzen, wo zwar mehr verdient wird, sie aber dafür von den Vorgesetzten gegeneinander gehetzt und ständig überwacht werden. In gut geleiteten kapitalistischen Betrieben wird zwar versucht, solche Verhaltensweisen zur Leistungssteigerung auszunutzen, indem auf ein „gutes Betriebsklima“ geachtet wird, aber die Arbeiter merken doch, daß hinter diesen Samtpfötchen die Krallen versteckt sind.

Wenn von unten, im Angriff auf hierarchische Befehlsstrukturen, Interessengegensätze bloßgelegt werden, entsteht eine kollektive solidarische Bindung unter den Arbeitern. Dieser Kampf muß mit den ökonomischen Auseinandersetzungen verbunden werden. Denn Lohnforderungen und soziale Verbesserungen allein änderten bisher an der Ausgangssituation gar nichts. Sie werden auch von den Arbeitern inzwischen als immer wiederkehrendes Ritual angesehen, das durch laufende Preissteigerungen ständig sinnloser erscheint. Forderungen aber, die bei ihrer Durchsetzung zu Einbrüchen in die hierarchische Betriebsorganisation führen, legen die Schwächen in ihr bloß, ja wecken darüber hinaus Zweifel an der Allmacht des bürokratisierten Befehlsapparates. Wenn seine Legitimation an der Basis fraglich wird, und im Bewußtsein der Beherrschten zugleich Möglichkeiten der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung vollziehbar erscheinen, wird das ganze kapitalistische System in Frage gestellt. Das gestärkte kollektive Selbstbewußtsein durchbricht aber auch zugleich die allgemeine Lethargie gegenüber der scheinbar unüberwindlichen Allmacht der Herrschenden. Wichtig ist dabei die Stärkung des Kollektivbewußtseins, zweitrangig sind Stärke und Machtmittel der Herrschenden, da sie sich ja auf der Schwäche und Unterentwickeltheit des kollektiven Arbeiterbewußtseins aufbauen.

Der Betrieb, der Ort an dem die Klassenkämpfe in erster Linie ausgetragen werden, gehört dem Klassengegner. Er bestimmt souverän, was geschieht, wie Gesetze und Tarifverträge auszulegen sind. Bei Verstößen müssen die Arbeiter in einem jahrelangen Instanzenweg ihr Recht suchen, den Schikanen der Vorgesetzten und der Betriebsleitung ausgesetzt. Nach einem höchstrichterlichen Urteil dürfen sie sich gegen gesetzwidrige Maßnahmen der Unternehmer weder

mit einem Streik noch mit anderen Aktionen wehren, da ihnen sonst die – nach diesem Urteil zulässige – fristlose Entlassung droht. Mitbestimmungsrechte scheitern spätestens bei der Schlichtungsstelle. Die Durchsetzung ihrer Rechte ist deshalb nur mit der solidarischen Hilfe einer kampfbereiten Belegschaft möglich.

Die sozialistische Arbeit im Betrieb muß, wenn sie den Klassengegner an seinen verwundbarsten Stellen treffen soll, aber auch immer subversive Elemente aufweisen. Das von Gewerkschaftsapparaten den Mitgliedern und Funktionären aufgeschwätzte systemimmanente Denken führt immer wieder dazu, daß die Kollegen, im Vertrauen auf die letztlich doch vorhandene Gerechtigkeit, mit offenem Visier gegen einen Gegner antreten, der kraft seiner materiellen Machtmittel die Spielregeln, nämlich das Gesetz, unterlaufen kann. Der Aufbau einer Gegenmacht in den Betrieben wird früher oder später auf den härtesten Widerstand der Herrschenden stoßen. Der Durchbruch muß deshalb an besonders günstigen Schwerpunkten erfolgen, etwa wo der Gegner materiell vorerst nicht so schwer getroffen wird. Die Arbeiter müssen, vor einer vollen Konfrontation, zuerst einmal erkennen, daß sie tatsächlich viel besser über ihre unmittelbaren Angelegenheiten am Arbeitsplatz entscheiden können als der weiter entfernt sitzende Führungsapparat des Unternehmens. Erst wenn sie für ihre Selbstbestimmung eine reale Chance erkennen und von sich aus in ihrer Masse auf die Erkämpfung autonomer Arbeitsorganisationen an der Basis drängen, haben sie auch die Kraft und den Mut, solidarisch einen Kampf um weitergehende Forderungen zu führen. Allein im Betrieb, im direkt überschaubaren Bereich des Arbeiters, kann dann der Manipulationsschleier der Herrschenden durchbrochen werden. Nur im Kampf um unmittelbare Rechte am Arbeitsplatz kennt er selbst alle Fakten und ist nicht auf den Informationsmarkt angewiesen, den der Gegner beherrscht. Seine Mobilisierung und Politisierung ist dort weitgehend dem betrügerischen Einfluß der Massenmedien entzogen.

In den Thesen wird unter „Prinzipielle Annahmen" gesagt: „Die Beherrschten müssen organisierte Anstrengungen unternehmen, um emanzipatorische Prozesse durchzusetzen." Welche Aktionen aber entwickeln nun die

## Selbstbestimmung im Kollektiv

Die Arbeiterjugend hat bisher die Konfrontation mit dem System nur in Einzelfällen kollektiv erlebt. Wo sie Aktionen durchführte, hat sie zumindest Standfestigkeit und Solidarität bewiesen. Ihr Widerstand zeigt sich meistens individuell in den verschiedensten Formen. Die Not, die ihre Eltern erlebten, hat sie nicht mehr kennengelernt und entwickelt deshalb neue Lebenserwartungen. Sie will mehr als jede Generation zuvor sich selbst verwirklichen. Dem raffinierten System von Betrug und Täuschung, von wohldosierten Druckmitteln und Belohnungen, versucht sie sich passiv mit den verschiedensten Mitteln zu entziehen, ohne die ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge zu durchschauen. Ihre Unerfahrenheit und die Lethargie der älteren Arbeitergeneration können nur durch erfolgreiche Beispiele aufgehoben werden. Selbst kleine Erfolge leiten dann wirksame Entwicklungen ein. Aktionen, bei denen jeder sich sofort zurückziehen kann, wenn ihm die Sache zu gefährlich erscheint, schaffen eine breite Front. Dabei werden auch Kollegen mitmachen, die noch keine solidarische Aktion miterlebt haben. Die Brandmarkung und Lächerlichmachung der schärfsten Antreiber und Spitzel z. B. nimmt ihnen die Gloriole der Allmacht, mit der sie sich umgeben. Eine Solidarisierungsmöglichkeit besteht auch in dem ständigen zähen Eintreten für die Offenlegung der Lohn- und Gehaltsabrechnungen. Solche relativ kleinen Aktionen sind der Kitt der die Arbeiter aneinander bindet. Es gibt unzählige Ansatzpunkte, um nicht nur gegen die Ausbeutung anzukämpfen, sondern auch unmittelbar in die Ausbeutungsinstrumente selbst einzugreifen. Aus der kollektiven Beratung und Beschlußfassung heraus müssen Eingriffe in die Entscheidungsgewalt der unteren betrieblichen Instanzen erfolgen. Die Geschwindigkeit der Montagebänder, die Auswirkungen von Refa, MTM und anderen Bewertungssystemen, müssen gemeinsam diskutiert, entschieden, durchgesetzt und kontrolliert werden. Das Schätzen des Leistungsgrades bei Refa z. B. darf nicht nur eine Angelegenheit zwischen Betriebsrat und Refa-Mann bleiben und auch nicht allein Sache des betroffenen Kollegen sein, sondern die ganze Gruppe muß in kollektiver Beratung darüber entscheiden und Gegenmaßnahmen ergreifen, wenn ihre Auffassung nicht berücksichtigt wird. Das gilt auch für Umsetzungen von Kollegen oder Änderungen der Arbeitsorganisation allgemein. Jeder Erfolg ist dann ein Akt der kollektiven Selbstbestimmung, ist ein Lernprozeß, der Möglichkeiten der Arbeiterklasse an funktionierenden vorsozialistischen Kollektiven aufzeigt.

## Gewerkschaften im Betrieb

Die Gewerkschaften sind Massenorganisationen und können nicht Avantgarde-Funktionen übernehmen, ohne zugleich ihren Charakter als Massenorganisation zu verlieren. Ihre Mitgliedschaft umfaßt Anhänger der verschiedensten politischen Richtungen, die zwar gemeinsam ökonomische Probleme aufgreifen und lösen können, aber bei politischen Fragen sich hoffnungslos zerstreiten und trennen würden. Ein politischer Stützpunkt außerhalb der Gewerkschaften, wo sozialistische Auffassungen geklärt und, entsprechend dem Bewußtseinsstand der Massen, in die Gewerkschaften hineingetragen werden können, um ihnen die politischen Hintergründe ihrer wirtschaftlichen Lage aufzuzeigen, ist daher zwingend notwendig.

Viele betriebliche Gewerkschaftsorganisationen kranken daran, daß sie nur noch Werbeagenturen für neue Mitglieder sind, die lediglich die Verhandlungserfolge des Apparates preisen, aber keine Initiative von unten entwickeln. Der Klassenkampf wird dabei lediglich als kleiner Schönheitsfehler eines sonst gut funktionierenden Interessenausgleiches dargestellt. Nur dort, wo ein Vertrauensleutekörper selbständig eigene Initiativen entwickelt, ist die betriebliche Gewerkschaftsorganisation immer noch eine intakte Kampfeinheit, die allerdings, außer bei Streiks, nicht im Verband überbetrieblicher Kontakte kämpft, sondern meist isoliert und allein auf sich gestellt. Eine Stärkung der Gewerkschaften und die Mobilisierung der Mitglieder bedingt, daß der Informationsfluß von Betrieb zu Betrieb verstärkt über die Vertrauensleute an die Kollegen herangetragen wird und sich dadurch eine überbetriebliche Solidarität entwickelt. Ihr Wirkungsbereich in den einzelnen Abteilungen ermöglicht den ständigen direkten Kontakt mit allen Kollegen. Sie können daher viel intensiver agitieren und schlechter überwacht werden als der Betriebsrat. Die Selbständigkeit des Vertrauensleutekörpers, seine Unabhängigkeit vom Betriebsrat und ein eigener Führungskopf, würde dem Betriebsrat, der gesetzlichen Einschränkungen durch die Friedenspflicht unterworfen ist, entscheidende Hilfestellung geben. Wenn dies richtig erkannt und angewendet wird, dann entsteht daraus kein Gegensatz oder eine Konkurrenz, sondern eine wertvolle Ergänzung beider Organe. Eine betriebsspezifische tarifliche Vereinbarung, von den Vertrauensleuten beraten und beschlossen und von dem Betriebsrat mit der Unternehmensleitung verhandelt, könnte mithelfen, Einbrüche in die unteren Kommandofunktionen, in betrieblichen Abmachungen festzulegen. Tariflöhne dagegen sollten überbetrieblich verhandelt werden, um die Entstehung eines Betriebsegoismus zu verhindern und die Interessengemeinschaft der Arbeiter zu stärken.

Trotz Friedenspflicht können auch die Betriebsräte helfen bei der

## Schaffung emanzipatorischer Gegenmacht

Der Betriebsrat wird von den Arbeitern immer noch als der beste Vertreter ihrer Interessen gesehen. Er soll innerhalb des hierarchischen Systems Härten und Ungerechtigkeiten verhindern und so viel wie möglich für seine Kollegen herausholen. Auf Grund der gesetzlichen Auflagen aber ist er ausschließlich auf sein Verhandlungsgeschick und letztlich auf die Einsicht der Unternehmensleitung angewiesen. Indem er seine realen Möglichkeiten aufzeigt, verhindert er zugleich die Entstehung von Illusionen bei seinen Kollegen im Betrieb, die glauben, er könne auf Grund gesetzlicher Rechte mehr herausholen als die Betriebsleitung bereit ist zu geben. In dem Maße, wie er dann seine Ohnmacht als Organ des Gesetzes entlarvt, wird ihm echte Macht durch die Kollegen zuwachsen, die begreifen, daß sie selbst handelnd eingreifen müssen, wenn die Betriebsleitung sich sperrt.

Dazu müssen die Betriebsräte ihre Tätigkeit den Arbeitern transparent machen, zu Sitzungen jeweils aus Arbeitsgruppen, deren Angelegenheiten zur Sprache kommen, Sprecher delegieren lassen, die als Sachverständige zu Wort kommen und den Gruppen dann berichten. In gleicher Eigenschaft können sie auch an Verhandlungen mit der Betriebsleitung teilnehmen, Einblicke in größere betriebliche Zusammenhänge gewinnen und sie den Kollegen vermitteln. Um eine Zersplitterung zu vermeiden, darf aus diesen Gruppensprechern aber keine eigene Institution werden; sie sollen einen möglichst großen Kreis von Kollegen umfassen. Die Betriebsräte müssen die Delegierung und Berichterstattung nutzen, um gemeinsam mit Vertrauensleuten kollektiv mit den betroffenen Gruppen zu beraten, damit sie von sich aus beginnen, jede Veränderung in der Arbeitsorganisation zu diskutieren, dazu Beschlüsse fassen und Aktionen durchführen. Über geltende Mitbestimmungsrechte hinaus kann so die Durchsetzung der Selbstbestimmung das Gesetz unterlaufen und den Arbeitern zeigen, daß Sozialismus machbar ist.

Mit der Erkämpfung autonomer Arbeitsorganisationen an der Basis, innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaft, durch die Notwendigkeiten der modernen Technologie untermauert, würde das kollektive Bewußtsein der Arbeiterklasse in einem Maße wachsen, daß speziell in hochindustrialisierten Ländern eine echte Chance zur Verwirklichung sozialistischer Zielsetzungen gegeben wäre. Dazu ist weder eine große Krise, noch der wirtschaftliche Zusammenbruch des kapitalistischen Systems notwendig, sondern lediglich Vertrauen in die solidarische Kraft der Arbeiterklasse zur kollektiven Emanzipation.

Die Durchsetzung von Selbstbestimmungsrechten weist – wie jeder Erfolg der Arbeiter – zugleich auch

## Integrierende Tendenzen

auf, indem sie eine gewisse Befriedigung bewirkt. Dabei gilt abzuwägen, ob emanzipative Bewußtseinsveränderungen oder Integrationstendenzen überwiegen und welche neuen Ausgangspositionen entstehen. Im Angriff auf Herrschaftsstrukturen an der Basis werden jedenfalls Ausbeutungsfunktionen entlarvt, wird Widerstand

zuschriften

# Arbeiter, Intellektuelle, Funktionäre

## Ein Brief zur Diskussion der „Ansatzpunkte"

Ihr bedauert, daß bisher keine konkreten Vorschläge zur Präzisierung der Thesen vorliegen. Wie sollten sie auch! Der Kreis Eurer Leser ist beschränkt auf Nichtarbeitende oder Renommierproletarier irgendwelcher „Organisationen".

Wenn wir die heutigen „Linken" betrachten, abgesehen von ganz winzigen Mengen alter KP-Genossen und Gewerkschafter, sind es die Kinder einer zerfallenden, zukunftslosen bürgerlichen Schicht. Als „sozialistisch" erscheint hier ihre Enttäuschung über den bürgerlichen Staat (Notstandsgesetze, Hochschulreform, Anti-Imperialismus). Dabei sind sie nur ganz einfach von Rechtsanwälten und Ärzten zu Angestellen geworden, von gläubigen und praktizierenden Bürgern zu funktionierenden Abhängigen. Ich frage: was ist hier sozialistisch außer ihren Phrasen, Ansprüchen, Ansprüchen und „Parteien"?

Eine AK-Sozialistische Strategie in Hamburg (siehe „links" Nr. 29, Janurar '72) entwirft wohl eine Strategie der Arbeiterklasse. Fein, fein. Hauptsache, die Arbeiter wollen sich zum hundertsten Mal von Leuten taktisch und strategisch behandeln und wie unmündige Kinder verschaukeln und verplanen lassen. Macht nur einen Plan, und noch einen! Solange die Strategiediskutanten und Plänemacher nicht ganz klar ihre Interessen an diesem Sozialismus — oder was sie darunter verstehen — klargelegt haben, solange wird man ihnen nicht zuhören. Oder wer soll denn dem AK-Strategie oder meinetwegen auch den DKP-Funktionären glauben, solange ihre Interessen an dieser Sache nicht offenliegen. Daß diese Menschheitsbeglücker nicht von Arbeitern beauftragt sind, die Probleme der Arbeiter zu überdenken, steht ja wohl fest. Also erscheinen diese Funktionäre und Arbeitskreise und Parteien als die reinen Idealisten, famose Kerle. Marx war ja auch ein Intellektueller, und Jesus etwa nicht?

Kurz und gut: Eine Strategie hätte ja wohl auszugehen von den Schichten oder Klassen, die zur Zeit durch die Veränderungen im Verwertungsprozeß betroffen sind, in diesem Fall bis heute bürgerliche. Das also ist das Potential. Dieses Potential auf der Suche nach Bündnispartnern muß überhaupt selbst erst einmal bündnisfähig werden. Das heißt, diese Bürgersöhne und zukünftigen Funktionäre müssen lernen, sich zu orientieren und kollektiv für ihre Interessen zu kämpfen — also nicht, wie es bisher üblich war, für andere stellvertretend sich selber nach oben treten. Das ist der erste Ansatzpunkt einer jeden politischen Praxis. Haben jetzt erst einmal kollektiv kämpfende Lehrer, Ingenieure, Ärzte, Verwaltungsbeamte den arbeitenden Menschen gezeigt, daß sie nicht auf Kosten anderer Programme entwerfen, sondern daß diese künftigen Vorgesetzten begriffen haben, was es heißt: lohnabhängig zu sein — dann erst wäre der Zeitpunkt für eine Strategiediskussion gekommen.

Und nun zur DKP, dieser Partei der Arbeiterklasse. Wer die Augen aufmacht, sieht hier doch ganz genau das gleiche Bild. Die „Einheit" ist eine Forderung, das „Vertrauen" eine Verordnung, die „Arbeiterklasse" ein Wunschtraum, die „Betriebsgruppen" sind desorientierte mißbrauchte Arbeiter. Jeder, der etwas Erfahrung in der Betriebsarbeit hat, kann bestätigen, daß der politische Einfluß der Arbeiter auf die DKP gleich null ist. Hier überwiegt eindeutig das oben beschriebene idealistische, nach Posten suchende Bürgertum. Gutwillig und voller Eifer, unterordnungsbedürftig und gesellschaftlich isoliert, spinnen sie ihren Traum von der großen Revolution.

Es ist doch sinnlos, sich mit den theoretischen Aussagen und Forderungen einer Partei auseinanderzusetzen, deren Theorie mehr eine Hoffnung ist und keine reale Grundlage in der Partei und dieser Gesellschaft hat.

**R. Brandt, Hamburg**

FORTSETZUNG VON SEITE 19

gegen den Leistungsdruck aufgebaut und der Klassencharakter des kapitalistischen Systems kollektiv erfahren. Die Versuche, über genossenschaftliche Vereinigungen Selbstbestimmungsformen im Kapitalismus zu entwickeln, scheiterten bisher, weil sie nicht an dem leicht überschaubaren Bereich am Arbeitsplatz ansetzten, sondern auf einer für die Arbeiter nicht mehr einsichtigen Stufe des Kapitalverwertungsprozesses. Erst in einem Lernprozeß an Problemen, die die Arbeiter selbst in allen Aspekten kennen, wird ihre Mobilisierung gleichzeitig auf qualifizierterer Bewußtseinsebene, im ökonomischen und politischen Raum auch oberhalb der unmittelbaren Basis möglich.

■

### Druckfehlerberichtigung

Im Januarheft „links" (Nr. 29/1972, Seite 14) in dem Diskussionsbeitrag „Das Verhältnis zu den Gewerkschaften" muß es im dritten Absatz nicht „Mahnung", sondern „Nahrung" heißen. Im gleichen Beitrag im Schlußsatz muß es nicht „... den einzig möglichen Stützpunkt, nämlich der Gewerkschaften ...", sondern folgendermaßen heißen:

„... den einzig möglichen Stützpunkt, nämlich innerhalb der Gewerkschaften, und zwar in den Köpfen, herbeiführen kann".

# Soll ein „Linker" LSD schlucken?

In seinem Artikel „Darf ein ‚Linker' LSD schlucken?" („links" Nr. 29, Januar '72) untersucht Herbert Stubenrauch das Problem der Rauschmittel unter zwei Fragestellungen: Warum bekämpft die kapitalistische Gesellschaft den Gebrauch von Rauschmitteln? — Welchen Nutzen können Rauschmittel für Linke haben?

Er findet die Motive der hysterischen Erregung, mit der in der öffentlichen Diskussion die Halluzinogene abgelehnt werden, in dem Bangen um den Profit und das Funktionieren des Systems. Der westlichen Leistungsorientierung die friedliche Passivität in orientalischen Feudalgesellschaften entgegenzustellen, erscheint aber unangemessen; denn wenn man die von H. S. selbst gemachten Einschränkungen ernst nimmt, bleibt nichts Positives an orientalischer Introversion. Sie hat denselben Stellenwert wie die Flucht in den Rausch im Westen. Ein gewisses Maß an Aggressivität, Disziplin und Einsatzbereitschaft ist in allen Fällen notwendig, um gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Auch diese bürgerlichen Tugenden haben eben ihre Ambivalenz.

Das Problem scheint uns nicht zu sein, ob ein Linker LSD schlucken darf. Als Linker muß man sich dagegen Gedanken machen über die große Mehrheit der Rauschmittelkonsumenten, die keine Sozialisten sind und auch nicht unbedingt „die Sensibelsten, die Stärksten und Intelligentesten". Es sind doch die vom Kapitalismus Überforderten, die unter seinen Bedingungen Schwachen, wie H. S. selbst an anderer Stelle in seinem Beitrag schreibt, Ratlose und Hilflose, die eben nur die bestehende Misere kompensieren möchten. Die Mengen frustrierter Lehrlinge und Schüler stellen auch wohl kaum ein revolutionäres Potential dar, zu Beginn der Haschwelle erreichte ihr diffuses Leidensgefühl nicht einmal die Stufe der Artikulationsfähigkeit, heute dürfte bei der Mehrheit statt Einsicht höchstens Rationalisierung vorherrschen. Die wenigsten wohl haben „das Spiel durchschaut" und bewußt eine Entscheidung getroffen. Nur einige sind unabhängig von den Normen der Gesellschaft geworden, dafür unterliegen sie den Normen ihrer Subkultur, die sich an der Gesellschaft negativ orientiert und schon wieder, sogar direkt, von ihr beherrscht wird. Wahr ist, daß sie die ersehnte Identität nicht gefunden haben und im Rausch auch kaum finden werden.

H. S. unterscheidet nicht durchgehend zwischen Halluzinogenen und suchtbildenden Rauschmitteln. Diese Unterscheidung ist vor der Frage, ob ein Linker LSD schlucken darf, festzuhalten. Denn manche Rauschmittel sind tatsächlich „an sich" zerstörerisch, und ein Linker sollte sich Einsichten durch Rausch versagen, wenn sie mit physischer und psychischer Abhängigkeit erkauft werden oder werden könnten. Denn sonst — und nur dann — wäre auch der aufgeklärte Linke, der im Prinzip seinen Drogengebrauch steuern könnte, mit großer Sicherheit verloren — und nicht nur für politische Arbeit. Es stehen also nur Halluzinogene zur Diskussion, die nicht zwangsläufig in die Nervenklinik führen.

Darf nun ein Linker LSD schlucken? S. meint ja, wenn das die politische Arbeit nicht beeinträchtigt und nicht zur systemstabilisierenden Flucht wird. Er möchte den Linken gestatten, mit Hilfe von Rauschmitteln durch den Türspalt zu blicken, der das „Noch-Nicht, das Nichtrealisierte, das Prinzip Hoffnung" von der entfremdeten Leistungsgesellschaft aus ein wenig sichtbar macht.

Hat ein Linker das nötig? Vielleicht ja, aber muß er dann zu der Krücke Rauschmittel greifen, sollte er nicht besser erleben, daß er aus eigener Kraft, durch reale Erfahrung und deren Reflexion zu den gleichen Erkenntnissen kommen kann, und wäre das nicht ein viel stärkeres Motiv zum politischen Handeln? Sollte er den Vorgriff aufs Paradies nicht eher in besserer Kommunikation und gesteigerter Liebesfähigkeit suchen? Führt nicht das Erlebnis der Diskrepanz zwischen der unerreichbaren Möglichkeit, die der Rausch vor Augen führt, und der Realität zu einer Frustration, die den resignativen Rückzug in den Rausch nur begünstigt? Inwieweit ist es möglich, diese Frustration aufzuarbeiten? Kann man die im LSD-Rausch einzeln gemachten Erfahrungen den Genossen überhaupt zugänglich und somit praktisch nutzbar machen? Hat nicht „das Glück, das in sich selbst ruht", auch ein kleinbürgerliches Vorzeichen, und führt es nicht zur Vereinzelung anstatt zur Solidarisierung? Und schließlich: Gehört das spezifische Nicht-Realisierte des LSD-Rauschs nicht für immer in künstliche Paradiese? Muß man nicht, auch in einer sozialistischen Gesellschaft, Halluzinogene benutzen, um diese besonderen Erlebnisqualitäten kennenzulernen?

Sicher ist, auch Hasch und LSD zu konsumieren, erfordert Disziplin, Solidarität mit anderen, psychische Gesundheit (was das wirklich ist, wissen wir auch noch nicht genau) und Ich-Stärke, Qualitäten, die wir uns eigentlich erst aneignen müssen. Die Entscheidung, LSD zu schlucken, muß also von der Beantwortung der oben gestellten Fragen abhängig gemacht werden. Es scheint, als ob sich Rauschdrogen für manche aufgeklärten, reflektierten Linken zu einem exquisiten Genußmittel reduzieren, mit dem umzugehen wir allerdings noch lernen müssen. Danach wäre LSD für Linke kein Thema mehr.

**Irmgard Weick, Günther Vieser**

# Zum Verhältnis von praktisch-politischer Arbeit und Linie des Trikont-Verlages –

Ein politischer Verlag kann heute mehr leisten, als nur zur Vertiefung von allgemeinen Diskussionsprozessen innerhalb der Linken beizutragen; das können nämlich auch durchaus bürgerliche Verlage mit teilweise linkem Programm. Vielmehr muß ein Verlag, der sich politisch begreift, heute aktiver Teil einer im Entstehen begriffenen politischen Praxis sein. Um diese Funktion zu erfüllen, ist wichtig: daß die Texte Antworten erteilen auf die Fragen, die sich auf einem jeweils erreichten praktischen politischen Stand ergeben. Das heißt für die Verlagsarbeit wie für unsere gesamte politische Arbeit: der Schwerpunkt im Verhältnis Theorie/Praxis liegt auf der Praxis.

Wie wenden wir diese Aussage auf unsere Verlagsarbeit an? Indem wir als Kollektiv praktisch im Rahmen einer Organisation, der „Arbeitersache" München arbeiten, und zwar im strategisch wichtigsten Bereich, der Betriebsarbeit; indem wir also die Entwicklung einzelner Schritte auf Betriebsebene und darüberhinaus nicht nur verfolgen, sondern aktiv mitvorantreiben. Weiter bedeutet es für unsere Verlagspolitik: Wir müssen die Texte publizieren, die für die jetzige Weitertreibung der Diskussion innerhalb unserer politischen Arbeit dienen, die genau die Punkte treffen, wo eine theoretische Vertiefung oder auch Grundlegung der eigenen Erfahrungen anhand der Erfahrungen in Italien oder Frankreich nötig ist – um es kurz zu sagen: solche Texte, die sich im Rahmen unserer gegenwärtigen Arbeit als „programmatisch" begreifen lassen. Und da die konkreten politischen Schritte oft der Publikation und auch der Diskussion von Texten vorausgegangen sind, läßt sich sagen: unsere Arbeit dient nicht zuletzt dazu, die eigene politische Linie im Detail auf den Begriff zu bringen.

Nicht immer war unser Programm in solchem Maß mit praktischen Ansätzen verknüpft – es spiegelte selbstverständlich Entwicklungsprozesse des Kollektivs und der politischen Situation in München und der BRD wider. Das jetzt gerade vorgelegte und geplante Programm ist aber durchgehend geprägt von diesem politischen Arbeitszusammenhang; das zeigt sich nicht nur in der allgemeinen Linie – es zeigt sich vielmehr auch in den im einzelnen untersuchten Fragestellungen. Eines unserer politischen Kernmomente ist im Moment der Angriff auf die Organisation der Produktion in seinen unterschiedlichen Aspekten – also haben wir versucht, genau zu diesem Thema Texte zusammenzustellen, die Revisionismuskritik unter diesem Aspekt zu konkretisieren; und wenn es die Entwicklung erlaubt, werden wir auch versuchen, aus unserem eigenen politischen Erfahrungsraum Analysen unter diesem thematischen Aspekt zu erstellen. Die Überprüfung in der Praxis ist also keine Überprüfung mehr: vielmehr sind die Bücher Produkt einer anhand der Praxis bereits in Grundzügen bestätigten Linie. Diese Linie ist nun wiederum nicht nur gültig für die Gruppe „Arbeitersache" in München – sondern sie ist auch ein Bezugspunkt für Gruppen mit verwandten praktischen und theoretischen Ansätzen, kann also auch für diese Gruppen in direktem Sinn strategische „Hilfsfunktion" haben. Wir denken dabei in erster Linie (aber keineswegs ausschließlich) an den RK.

Unsere enge publizistische Zusammenarbeit mit der Lotta Continua ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu begreifen. Wir arbeiten mit der Lotta Continua am Aufbau einer multinationalen Organisation in der BRD – und diskutieren gleichzeitig mit ihr über die Texte, die für die Publikation in unserem Rahmen wichtig sind. In diesem Sinn trägt unsere Publikationsarbeit für die Lotta Continua propagandistischen Charakter, wie zum großen Teil unsere eigene. (Daß in diesem Fall wie in jedem anderen zusätzlich ökonomische Interessen bestehen, ist nicht nur nicht zu leugnen, sondern selbstverständlich.)

Die Verbindung mit der „Arbeitersache" und der Lotta Continua ist bisher im Bereich der Personalunion, der informellen Zusammenarbeit, der informellen gemeinsamen Diskussion von Projekten gesichert worden. Das heißt, in die redaktionelle, die graphische und sonstige Arbeit schalten sich Genossen ein, ohne daß bisher ein weitergehendes Modell entwickelt wurde. Lediglich die Redaktionskonferenzen sollen ab jetzt in institutionalisierter Weise von der Gruppe getragen werden, d. h. die Diskussion der Projekte. Das Problem des „Wer bestimmt gegen wen" stellt sich im Rahmen einer einheitlich politischen Gruppe auf dieser Ebene (noch) nicht.

Das Verlagskollektiv hat in dem oben beschriebenen dialektischen Prozeß Praxis/Theorie eine wichtige Rolle übernehmen können – nicht aufgrund naturwüchsiger Arbeitsteilung Theorie/Praxis, aber sehr wohl dadurch, daß die Notwendigkeit kontinuierlicher Publikationsarbeit auch eine Kontinuität der Auswertung und Verarbeitung von Erfahrungen erzwang. Auch in den früheren Phasen von noch sehr unstabiler praktischer politischer Arbeit erfolgte daher eine konkrete Vorarbeit in bezug auf die politische Entwicklung in anderen Ländern, die dann wiederum für die in München geleistete Arbeit wirksam wurde. Die Verbindung der Verlagsarbeit mit eigener politischer Aktivität aller Genossen bewirkte ein weiteres: sie festigte die politische Sicherheit und Einschätzungsmöglichkeit auch der Kollektivmitglieder, die weder aus dem studentischen Bereich kamen noch über sehr umfassende theoretische Kenntnisse verfügten (wobei diese beim Gesamtkollektiv ohnehin nur sehr unterschiedlich bestehen). Damit wurde aber ein teilweiser Abbau der Schwierigkeiten ermöglicht, die sich sonst für die Teilnahme der Genossen am inhaltlichen Diskussionsprozeß der Bücher ergeben hätten können. Daß diese Schwierigkeiten für die geplanten Theoriebände (z. B. Poulantzas) weiterbestehen, daß deren Diskussion auch intern ein Expertenproblem geblieben ist, sei allerdings unbestritten.

Um die Folgerungen aus all diesem zu ziehen: Die bei uns bestehende Verbindung politisch-organisatorischer Arbeit mit der Verlagsarbeit scheint uns der Garant dafür zu sein, daß unsere Arbeit nicht nur „irgendwie" zur Weiterentwicklung der Praxisansätze beiträgt, sondern daß sie auf jetzt und konkret bestehende Fragen die jeweils nötigen Antworten erarbeiten hilft: das aber heißt effektive Unterstützung der kommunistischen Bewegung.

Diese Frage leitet über zur Frage der ökonomischen Basis: Wir haben bisher einerseits von der Basis der langfristigen Chinaverbindlichkeiten gelebt, andererseits aus den Gewinnen, die durch das „Che Tagebuch" erzielt wurden. Trotzdem sind die beiden letzten Jahre nicht nur für die Optik des Finanzamts, sondern reell Verlustjahre gewesen. Angesichts dieser Tatsache haben wir uns zu einer offensiven Politik entschlossen: Während früher lediglich eine Genossin voll bezahlt wurde, sind jetzt zwei Kräfte voll, zwei mit fast vollem Gehalt eingestellt – wobei allerdings DM 700,– netto nicht überstiegen werden. Diese Notwendigkeit ergab sich einmal daraus, daß elterliche Finanzierung fortfiel, zum anderen aber daraus, daß die Programmplanung und -durchführung intensiver angegangen werden mußte.

Gleichzeitig mußten wir, um bei den kleinen Auflagen überhaupt noch sinnvolle Preise halten zu können, einen Teil der Produktion nach innen verlagern – etwa das Tippen und Montieren, was wiederum Arbeitskraft frißt.

Diese Strategie war langfristig angelegt, baute aber auf eine Expansion der Umsätze, die nicht eingetreten ist. Das bedeutet, daß wir gegenwärtig die geplante Produktion nur finanzieren können, wenn es uns gelingt, die Umsätze ab


**TRIKONT**

***abonnementreihe***

**SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF**

**SIND WIR PROLETARIER?** **NR. 28**

**Zur Verbindung der Kämpfe im Produktions- und Distributionsbereich.**
**Die Kämpfe der Kaufhausangestellten in Frankreich**

60 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 4,00

**NEHMEN WIR UNS DIE STADT**

**Klassenanalyse, Organisationspapier und Kampfprogramm von Lotta Continua.** **NR. 29**
**Beiträge von Lotta Continua zur Totalisierung der Kämpfe**

ca. 140 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 7,00

**M. REGINI/E. REYNERI** **NR. 30**

**DER KAMPF DER ARBEITER GEGEN DIE KAPITALISTISCHE ORGANISATION DER PRODUKTION**

ca. 160 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 9,00

**BEWAFFNETER KAMPF UND MASSENLINIE** **NR. 31**

**Beiträge der Gauche Proletarienne zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes**

ca. 85 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 4,00

**N. BALESTRINI** **NR. 33**

**VOGLIAMO TUTTO – WIR WOLLEN ALLES!** **Roman der Fiatkämpfe**

ca. 120 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 6,00

März gravierend zu steigern; das neue Programm müßte dies inhaltlich möglich werden lassen – wir müssen aber mit den Genossen aus den anderen Verlagen und aus den Buchhandlungen unbedingt über weitere Möglichkeiten von Werbung, gegenseitiger Unterstützung usw. diskutieren. Sollte die Erweiterung der Absätze nicht möglich sein, stehen wir möglicherweise nicht nur vor dem Problem der Reduktion der Lohnkosten, sondern des Bankrotts.

Diese Ausführungen machen zugleich klar, daß es für uns – wie die meisten linken Verlage – kein Problem der Gewinnkontrolle gibt. Es ist allerdings trotz allem so, daß wir finanziell die eigene Gruppe unterstützen, wenn wir auch nach wie vor glauben, daß darin nicht die eigentliche „politische" Ausweisung von Verlagen und Buchhandlungen angesiedelt werden kann.

**Trikont-Kollektiv**

# VDS-Mitgliederversammlung

Die diesjährige 24. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften, in dem ca. 95 % aller Studentenvertretungen der BRD vertreten sind, war gekennzeichnet durch die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen strategischen Ansätzen sozialistischer Politik. Im Gegensatz zu der im allgemeinen von der bürgerlichen Presse übernommenen Situationsschilderung, die die Einschätzung und Wortwahl von SHB/Mehrheitsfraktion und MSB Spartakus wiedergab, ist der Verlauf der 24. Mitgliederversammlung folgendermaßen einzuschätzen: Die Sozialistische Fraktion ging in i h r e r Funktionsbestimmung für den vds davon aus, daß unterschiedliche sozialistische Strategien ihre aktuelle historische Berechtigung haben und somit auch im vds vertreten sein müssen; dies kann jedoch weder einen Rückfall in „demokratisch-pluralistische" Konzeptionen, die den vds aufgrund eines gleichberechtigten Gegenüberstehens unterschiedlicher, ja gegensätzlicher strategischer Ansätze funktionsunfähig machen, bedeuten, noch kann es heißen, daß die diversen politischen Gruppen sich aufgrund der eben genannten unterschiedlichen Strategien auf einen „kleinsten gemeinsamen Nenner" einigen – der nur rein formaler Natur sein kann – und damit den vds zum „Briefkastenverein" absinken lassen. Vielmehr besteht die einzige Möglichkeit, den vds funktionsfähig zu halten, in einer Einigung der verschiedenen Gruppen auf ein gemeinsames Aktionsprogramm, das sich notwendig auf d i e Punkte beschränkt, die angesichts der sich zusehends verschärfenden Situation in allen gesellschaftlichen Bereichen von den Strategien aller sozialistischen Gruppen abgedeckt sind:

- der Kampf gegen den fortschreitenden Abbau demokratischer Rechte,
- das Aufklären der Studenten über das bevorstehende Hochschulrahmengesetz und seine Auswirkungen,

**vds-Notvorstand**

- das Aufgreifen der direkten materiellen Interessen der Studenten im Sozialbereich (Bundesausbildungsförderungsgesetz, Studentische Krankenversorgung, Wohnsituation etc.),
- der Kampf gegen die diskriminierenden und disziplinierenden Ausländergesetze im politischen und sozialen Bereich sowie die praktische Solidarität mit den in der BRD arbeitenden politischen Ausländergruppen,
- die verstärkte praktische Solidarität mit allen antiimperialistischen Kräften.

In allen diesen Punkten war und ist unserer Einschätzung nach eine Einigung zwischen der Mehrheit der auf der vds-MV vertretenen Gruppen möglich. Daß es zu dieser Einigung nicht kommen konnte, lag eindeutig daran, daß MSB/Spartakus und SHB nicht bereit waren, einen vds mitzutragen, der nicht auf der Grundlage ihrer – von der Mehrheit als grundsätzlich falsch erkannten – Politik der „Gewerkschaftlichen Orientierung" arbeitet. (Unsere Kritik an dieser Politik der „Gewerkschaftlichen Orientierung" richtet sich nicht gegen eine gewerkschaftlich orientierte Politik überhaupt, sondern gegen die Grundannahmen der durch Spartakus und SHB vertretenen Richtung: Gleichsetzung der gesellschaftlichen Lage der Studenten mit der gesellschaftlichen Lage der Arbeiter in den Betrieben sowie gleichartige Orientierung und Organisierung – in der gegenwärtigen Lage! – von Studenten und Arbeitern.)

Die bereits im vergangenen Jahr von der Vorstandsmehrheit betriebene bornierte Machtpolitik wurde von Spartakus und SHB auf der 24. o. MV des vds ungeachtet ihrer Minderheitsposition in einer Art und Weise praktiziert, die letztendlich zum politisch unvertretbaren Abbruch der MV führte. Bereits bei der Diskussion des Vorstandsberichts zeigte sich, daß die Mehrheit der Delegierten die Grundlagen der im letzten Jahr betriebenen vds-Politik als auch die Praktiken ihrer Durchsetzung als falsch erkannte und scharf verurteilte. Beispielhaft für diese falsche Politik war das Verhalten der Vorstandsmehrheit zur Frage der Aktionseinheit anläßlich der 2500-Jahr-Feier des faschistischen Schah-Regimes in Persepolis; entgegen einem klaren Beschluß der Bundes-Asten-Konferenz des vds wurden Artikel in einem vds-press zu dieser Feier, die anhand der Fragen des sowjetischen Waffenexports nach Persien und anhand des Persien-Besuchs einer sowjetischen Delegation anläßlich dieser Feier die Außenpolitik der UdSSR in diesem Punkt als konterrevolutionär analysierten und verurteilten, von der Vorstandsmehrheit unterschlagen bzw. zensiert. Die Mitgliederversammlung verurteilte diese Vorgehensweise der Vorstandsmehrheit entschieden. Darüber hinaus wurde den Vorstandsmitgliedern Albrecht (SHB), Krüger (Spartakus) und Würfl (SHB) eine politische Entlastung nicht erteilt. Lediglich Vorstandsmitglied Heiner Heseler (Sozialistische Fraktion) wurde mit großer Mehrheit entlastet.

Nachdem ein Aktionsprogramm für die weitere Arbeit des vds nach 20stündiger Grundsatzdebatte von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt wurde, verhinderten Spartakus und SHB die Wahl des Zentralrats und des Vorstands, indem sie die Mitgliederversammlung verließen und sie so durch einen formalen Trick beschlußunfähig machten. Damit bestätigten Spartakus und SHB erneut durch die Praxis, was Hauptkritikpunkt an ihrer theoretischen Konzeption war: daß sie Bündnisse nur dann eingehen – wie auch im vds – wenn sie ihre Politik kompromißlos durchsetzen können. Spartakus und SHB haben sich mit ihrem Verhalten auf der 24. o. MV eindeutig und endgültig außerhalb des Prinzips der Solidarität zwischen Sozialisten gestellt und damit das letzte ihrer reformistischen Praxis anhaftende Merkmal sozialistischer Politik aufgegeben.

Wir werden in Zukunft diese Politik in noch stärkerem Maße als das benennen, was sie ist:

- als Politik der Desorientierung in allen Bereichen und damit
- als aktuelle Schwächung der sozialistischen Organisationen an den Hochschulen und deren Bündnisorganisationen
- als indirekte Unterstützung d e r Kräfte, die die Zerschlagung der sozialistischen Bewegung betreiben.

Für unsere weitere Arbeit ergibt sich daraus aktuell, auf der im April stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung den vds wieder funktionsfähig zu machen und die notwendigen politischen Diskussionen weiterzuführen; grundsätzlich zeigt sich an diesem Beispiel die Notwendigkeit der Diskussion über die Frage des Bündnisses zwischen sozialistischen Gruppen an der Hochschule und darüber hinaus.

**Sozialistische Fraktion Frankfurt**

# Kleinanzeigen

## Arbeitshilfe

**Im Sozialistischen Büro schaffen wir die bürotechnischen Arbeiten nicht mehr. Auch haben wir kein Geld, um noch eine Genossin oder einen Genossen gegen Bezahlung einzustellen. Wer aus dem Raum Frankfurt kann auf Anforderung stundenweise ohne Bezahlung im Büro helfen? Vor allem: Zusammentragen, Verpacken und Einkouvertieren, aber auch Schreibmaschine schreiben und Korrektur lesen. – Solidarische Helfer, schreibt bitte 'ne Postkarte, möglichst mit Telefonangabe und welche Tageszeiten oder auch Tage in der Woche in der Regel in Frage kämen. Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.**

## Filme: Frauenbewegung

**Das Sozialistische Filmkollektiv Filmstudio verleiht an interessierte Gruppen Filme zur Frauenbewegung. Die ersten Titel sind „The Woman's Film – Der Frauenfilm" von der linken Gruppe Newsreel aus San Francisco und „Tu Luc Van Doan – Aus eigener Kraft" von Claudia Alemann über den Kampf der Frauen in Vietnam. Beide Filme sind in 16 mm und Magnetton. Weitere Titel in Vorbereitung. Nähere Informationen und Bestellungen über: Filmstudio e.V., 6 Frankfurt, Mertonstraße 26–28, Telefon 06 11/ 7 98 31 85 (nur Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 9.30 – 11.30 Uhr).**

## Arbeitsgruppe Analyse

**Analysen – Arbeiten zur politischen Theorie und Praxis. Die ersten drei Titel: 1. BRD – Presse und BILD; 2. Entwicklung und Relevanz des dialektischen Materialismus; 3. Zur Schulreform. Bezug über Arbeitsgruppe Analyse, c/o Hans-Peter Braun, 4902 Lockhausen, Im Hofgarten 8. Je Heft 50 Pfennig und einmal zusätzlich 30 Pfennig für Porto in Briefmarken beilegen.**

## Streik-Analyse

**Der Streik der Metallarbeiter in Genf: Avant-Garde und Massenlinie. Bezug: Centre de Liaison Politique, Case Postale 22, CH-1211 Genf 13, Schweiz.**

## SHB/Sozialistische Fraktion

**diskus-Materialien zur Strategieentwicklung. Enthält Texte, die als Grundlage zur weiteren Diskussion um die Erarbeitung einer Strategie auf zwei Seminaren von Mitgliedern der SHB/SF-Gruppen Bochum, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Göttingen, Hannover, Heidelberg, Kaiserslautern, Kassel und Kiel formuliert worden sind. Weiteres Material: Sozialistische Front, Organ des SHB/Sozialistische Fraktion. Bezug über diskus-Verlag, 6 Frankfurt, Jügelstr. 1.**

# eva titel:

**eva Allgemeines Buchprogramm**

Peter Brückner
**Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus**
Sozialpsychologie der antiautoritären Bewegung 1
182 Seiten, kartoniert DM 12,–
Veröffentlichung des Psychologischen Seminars der TU Hannover
*Am Beispiel wichtiger Symptome zunehmender Gewalttätigkeit belegt Brückner das korrespondierende Verhältnis zwischen der öffentlichen Gewalt und dem Terror in der sogenannten Privatsphäre.*

Peretz Merchav
**Die israelische Linke**
Zionismus und Arbeiterbewegung in der Geschichte Israels
Aus dem Englischen von Jürgen Schwab
Eingeleitet von Heinz-Joachim Heydorn
320 Seiten mit Register, kartoniert DM 18,–, Leinen DM 24,–
*Dies ist die erste umfassende Darstellung und Analyse der Geschichte der Arbeiterbewegung in Palästina und seit 1948 in Israel aus der Sicht der israelischen Linken.*

**evareihe: „Politische Ökonomie Geschichte und Kritik"**

Alexander Erlich
**Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928**
Aus dem Amerikanischen von Gisela Engel und Sigrid Meuschel
192 Seiten, kartoniert DM 18,–, Leinen DM 26,–
*Im Oktober 1928 nahm das ZK der KPdSU den ersten Fünfjahresplan in Angriff, dessen unerbittliche Verfolgung auf Kosten anderer deklarierter Ziele mit dem Argument gerechtfertigt wurde, daß sich die sowjetische Wirtschaft gegen Ende der 20er Jahre vor eine radikale Entscheidung gestellt sah: entweder Stagnation auf sehr niedrigem Niveau oder schnelle Expansion. Erlich zeigt, daß sich diese Alternative gar nicht so kraß stellte.*

**evareihe: „basis studienausgaben"** basis

Karl Kautsky
**Der Weg zur Macht**
Anhang: Kautskys Kontroverse mit dem Parteivorstand
Herausgegeben und eingeleitet von Georg Fülberth
164 Seiten, kartoniert DM 6,–
*Dies ist die letzte revolutionäre Schrift Kautskys; von Lenin wurde sie noch nach 1914 hoch geschätzt. Der Parteivorstand der SPD zwang ihn, öffentlich zu erklären, die im „Weg zur Macht" vertretene Position sei lediglich seine persönliche Meinung.*

**evareihe: „basis arbeitsergebnisse"** basis

Marx-Arbeitsgruppe Historiker
**Zur Kritik der Politischen Ökonomie**
Einführung in das „Kapital" Band I
204 Seiten, kartoniert DM 5,–
*Es werden die grundlegenden Kategorien der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie dargestellt, und zwar in einer zur Arbeiterschulung geeigneten Form.*

14/72

**eva**
**Europäische Verlagsanstalt**
Frankfurt am Main


linker digest

# Neues Forum, Wien Januar '72

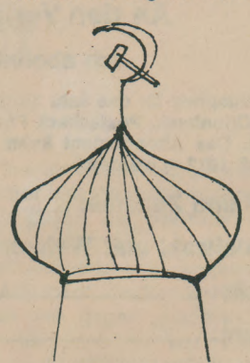
## Ernest Mandel: Wege aus der Krise der Kommunistischen Weltbewegung

Ausgehend von dem gesamten historischen Hintergrund und von dem Stand, den die Krise der kommunistischen Weltbewegung heute erreicht hat, zeigt sich eine Reihe falscher Lösungen, falscher Auswege aus dieser Krise, vorgeschlagen von verschiedenen Strömungen innerhalb der kommunistischen Bewegung, ehrliche, nichtbürokratische oder halbbürokratische, zentristische Strömungen.

Die erste solcher falschen Lösungen ist der sogenannte Polyzentrismus oder das Aufbauen des Sozialismus je nach den nationalen Bedingungen jedes Landes, oder das Aufstellen eines eigenen nationalen Weges zum Sozialismus in jedem Land. Es ist offensichtlich, daß in diesen Formeln ein kleiner Kern Wahrheit steckt. Dieser Kern Wahrheit ist der Wille, aufzuhören mit der schablonenhaften mechanischen Übertragung nicht russischer, sondern falscher Schemata. Sie sind nicht deshalb unübertragbar, weil sie zufällig aus Rußland stammen, man könnte in einigen Fällen sogar den Beweis bringen, daß sie gar nicht aus Rußland, sondern irgendwo anders her stammen, z. B. aus Deutschland.

Der Wunsch ist berechtigt, beim Kampf um die Eroberung des Einflusses über die Mehrheit der eigenen Arbeiterklasse in jedem Land den nationalen, spezifischen Zügen dieser Arbeiterklasse, den historischen Besonderheiten des eigenen Landes, der spezifischen Struktur der Gesellschaft, dem spezifischen Gewicht des ländlichen und städtischen Kleinbürgertums, usw. usf. Rechnung zu tragen.

Aber das hat alles mit einem sogenannten nationalen Weg zum Sozialismus nichts zu tun, und noch viel weniger mit Polyzentrismus, d. h. mit Zersetzung der zentralen



Errungenschaft der internationalen Arbeiterklasse seit dem Jahre 1848. Seit damals wissen wir, daß der Kampf gegen das Kapital nur ein internationaler Kampf sein kann und daß sich die Proletarier aller Länder vereinigen sollen. Eine gebrannte Katze will ihre Pfoten nicht mehr ins Feuer legen; deshalb wird heute etwa scheuer entgegengehalten: nicht daß die Proletarier aller Länder sich vereinigen sollen, sondern daß die Proletarier aller Länder „brüderliches Verständnis" gegenseitig zeigen und sich nicht in die „inneren Angelegenheiten" anderer Länder einmischen sollen. Die Formel „Proletarier aller Länder, vereinigt euch" bleibt die einzig mögliche Organisationsform der internationalen Revolution im Zeitalter der internationalen Wirtschaft, der internationalen Politik und der internationalen Klassenkämpfe, die wir heute erleben.

Eine andere falsche Lösung der Krise der kommunistischen Weltbewegung ist die sogenannte „Liberalisierung". Wie sollten „Demokratisierung" und „Liberalisierung" sehr scharf voneinander trennen. Demokratisierung heißt Wiedereroberung elementarer Rechte der freien Meinungsäußerung, der Versammlungsfreiheit, der Pressefreiheit, der Demonstrations- und Organisationsfreiheit und des Streikrechtes durch die Arbeiterklasse Osteuropas und der Sowjetunion – dem kann jeder aufrechte Kommunist nur beistimmen. Jeder Schritt in diese Richtung ist nicht ein Schritt zur Schwächung des sozialistischen Weltlagers, sondern zu dessen Stärkung. Denn nur die Verteidigung dieser Arbeiterstaaten durch die bewußte politische Aktivität der Arbeiterklasse ist auf die Dauer eine wirksame Verteidigung. Eine Verteidigung, gestützt auf Geheimpolizei und fremde Besatzung ohne Anteilnahme oder gar bei wachsender Feindschaft der eigenen Arbeiterklasse, ist eine furchtbare Bedrohung dieser Staaten.

Wir dürfen die Wiedereroberung der Arbeiterdemokratie, der Rätemacht, diesen Kampf um politische Revolution in der Sowjetunion und in Osteuropa, nicht verwechseln mit der sogenannten ökonomischen Liberalisierung. Eines der größten Verbrechen Stalins war es, daß er den Marxschen Begriff der sozialistischen Planwirtschaft, des unmittelbar gesellschaftlichen Charakters jeder Arbeit nach gemeinschaftlicher Inbesitznahme der Produktionsmittel, zutiefst diskreditiert hat durch seine bürokratisch-zentralistischen Praktiken und die fürchterlichen Vergeudungen in der Sowjetwirtschaft. Das hat u. a. dazu geführt, daß am Tag von Stalins Tod die Prokopfproduktion an Weizen und Fleisch in der Sowjetunion geringer war als zur Zeit des Zarismus. Aber eines ist es, die Schwächen dieser bürokratisch-zentralistischen Planung zu erkennen und zu korrigieren, und etwas anderes ist die vollständige Dezentralisierung durch die sogenannte „sozialistische Marktwirtschaft". Einschlägige Erfahrungen gibt es – vor

allem in Jugoslawien, wo dieser Prozeß am weitesten vorangetrieben wurde: wachsende gesellschaftliche Ungleichheit, unvermeidliches Wachstum der inneren Gegensätze und Spaltung in der Arbeiterschaft, von dem Augenblick an, wo anstelle assoziierter Produzenten einander befehdende, miteinander konkurrierende und einander bekämpfende Produktionsgenossenschaften auftreten. Dies ist nur die traurige Bestätigung einer Voraussage, die Karl Marx vor mehr als 120 Jahren in seiner großen historischen Debatte mit Proudhon gemacht hat.

Der richtige Ausweg für revolutionäre Kommunisten, für Marxisten-Leninisten, ist Ablehnung dieses Dilemmas, in das man uns einsperren will: entweder stalinistisch-bürokratische Überzentralisation oder titoistische Überdezentralisation und Marktwirtschaft. Der Ausweg liegt in der Formel: demokratisch-zentralistische, geplante Selbstverwaltung: Alle Macht nicht einzelnen Räten über einzelne Produktionsmittel, in getrennten Betrieben, sondern alle Verfügungsmacht über die Produktionsmittel muß einem demokratisch gewählten, jeweils abwählbaren Rätekongreß zukommen, der durch Gewährleistung der Rätedemokratie, durch politische, Organisations-, Presse- und Streikfreiheit sicherstellt, daß in seinem Rahmen eine überwältigende Mehrheit von weiterhin im Produktionsprozeß stehenden Produzenten, und nicht hauptamtliche Funktionäre, Technokraten, Ingenieure oder Berufspolitiker stehen — ein Rätekongreß, der die tatsächliche Macht ausübt, und der diese Ausübung der Macht so artikuliert, daß Beschlüsse immer dort getroffen werden, wo sie am wirksamsten erreicht werden können, d. h. gewisse Beschlüsse in jedem Betrieb, andere auf lokaler und regionaler Ebene, andere wiederum auf nationaler, wenn nicht in wachsendem Ausmaß auf internationaler Ebene.

Eine weitere falsche Lösung der Krise der kommunistischen Weltbewegung ist das Spiel mit dem Ersetzen des Marxismus und des Leninismus als wissenschaftliche Theorie der modernen revolutionären Arbeiterbewegung und der modernen Arbeiterklasse durch alle möglichen Varianten, wie „arabischer Sozialismus", „afrikanischer Sozialismus", „lateinamerikanischer Humanismus" und wie sie alle heißen. Man muß verstehen, was dahinter steht: ein fürchterliches historisches Versagen der Kommunistischen Parteien in diesen Ländern, die in den letzten 20 Jahren unfähig gewesen sind, mit der ruhmvollen Ausnahme von Vietnam, auch nur eine einzige erfolgreiche Revolution in einem Land der dritten Welt zu führen, wo es Dutzende revolutionäre Bewegungen gegeben hat.

Daß der Sieg der kubanischen Revolution, nicht nur nicht unter Führung der KP Kubas, sondern direkt gegen die Anweisungen dieser KP

# links

stattfinden konnte, hat das Prestige dieser kommunistischen Parteien in Lateinamerika zutiefst erschüttert. Desgleichen erleben wir heute in so wichtigen Ländern der Welt wie Indien, daß nicht nur rechtskommunistische Parteien, sondern sogar Parteien, die sich „linkskommunistisch" nennen und die vor kaum zwei Jahren sich noch maoistisch nannten, Koalitionsregierungen mit dem Bürgertum bilden, auf Streikende schießen, Bauern, die Land von Großgrundbesitzern besetzen, durch die Polizei verjagen lassen; auch dies hat das Prestige des Kommunismus in Afrika, Asien und Lateinamerika erschüttert. Tragisch, daß die junge Generation von Revolutionären, die mit den chruschtschowistischen KPen gebrochen hat, glaubt, sie müsse von einer Tabula rasa ausgehen: als gebe es überhaupt keine Kampferfahrung, keine Vergangenheit, keine Lehren, die man aus dieser Vergangenheit ziehen kann. Sie verurteilt sich selbst, all jene Fehler zu wiederholen, die die kommunistische Bewegung in diesen Ländern in ihrer Jugend bereits begangen hatte und danach ziemlich schnell überwinden konnte.

Ich möchte hier nicht über das Unwesen des Putschismus und des Abenteuertums im allgemeinen reden, über die völlige Aussichtslosigkeit, die Gesellschafts- und Staatsstruktur in einem Land durch die Aktion winziger Gruppen umwälzen zu wollen, ohne Verbindung mit den Massen. Diejenigen, die die Erfahrung der kubanischen Revolution in diesem Sinne deuten, kennen deren Geschichte nicht; sie wissen nicht, daß es sich um eine Massenbewegung handelte, die in jeder Stadt Kubas ihre Zellen und Sektionen hatte, die große Streiks,

dpa

sogar einen Generalstreik organisieren konnte. Sie ahmen nur einen technischen Aspekt des Kampfes der kubanischen Revolutionäre nach, der losgelöst von diesem Zusammenhang nicht zum Erfolg führen kann.

Kinderkrankheiten der revolutionären Bewegung werden heute leider von einigen Gruppen wiederholt, die mit dem Chruschtschowismus und Stalinismus gebrochen haben. Es sind Kinderkrankheiten, die der internationalen Arbeiterbewegung in der Vergangenheit riesigen Schaden verursacht haben. Ich meine die Ablehnung der Arbeiterdemokratie, die Ablehnung der Demokratie in den Reihen der Revolutionäre selbst, der Versuch, Auseinandersetzungen mit anderen Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften, der anderen Massenorganisationen der Arbeiter oder armen Bauern durch physische Gewalt zu lösen. Diejenigen, die das heute in ihrer Jugend versuchen, kennen nicht die fürchterlichen Folgen desselben Terrors, angewandt durch Stalinisten und durch sozialdemokratische Bonzen, gegen revolutionäre Minderheiten in der Vergangenheit. Sie verstehen nicht, daß sie hier buchstäblich mit dem Feuer spielen, das sie selbst in jedem Augenblick verbrennen kann und um so mehr verbrennen wird, als sie schwach, klein und isoliert sind.

Wir bedürfen heute im Kampf gegen das Kapital und gegen die stalinistische Bürokratie eines Prinzips, das wir überall aufrechterhalten müssen: völlige Solidarität aller Revolutionäre, aller fortschrittlichen Tendenzen gegen jeden Versuch der physischen Unterdrückung auch nur eines einzigen überzeugten Sozialisten, sei es seitens eines bürgerlichen Staates, sei es einer Sowjetbürokratie, sei es seitens einer kleinen terroristischen, ultralinken Gruppe . . .

**ERNEST MANDEL**


## IMPRESSUM

**Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links" z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Mathias Walter, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro (presserechtlich verantwortlich), Gert Schäfer, Klaus Vack ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,— zuzüglich DM 2,40 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 610 41; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei der Prospekt Sammlung Luchterhand, der Frühjahrsprospekt des Verlag 2000 GmbH, die Drucksache „Erklärung zum Berufsverbot und zur Kampagne gegen Linke", die Wandzeitung „Berufsverbot".**



## Bestellschein

**(bitte gut leserlich schreiben)**

**An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591**

**Ich abonniere „links" sozialistische Zeitung ☐ ab 1. 1. 1972**

**(Bezugspreis für das Jahr 1972 DM 15,—, zuzüglich DM 2,40 Versandkosten — einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokkonto Nr. 1/74 1 269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt — erstmals zum 31. 12. 1972 — werden.)**

**Vor- und Zuname:** .....

**Postleitzahl und Wohnort:** .....

**Straße:** .....

**Datum:** ..... .....

**Unterschrift**